

SPARTAKIST



HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 159

SOMMER 2005

€ 0,50

Für Klassenkampf gegen Sozialraub PDS/WASG-Linkspartei keine Alternative zur SPD

Das imperialistische EU-Bündnis ist in einer tiefen Krise. Das Referendum zur EU-Verfassung ging in Frankreich und den Niederlanden verloren, weil weite Teile der Arbeiterklasse die EU zunehmend mit der Demontage ihrer sozialen Errungenschaften identifizieren, deshalb dagegen stimmten und so ihren Regierungen herbe Niederlagen bereiteten. Selbst in Luxemburg stimmte in den Arbeiterbezirken die Mehrheit gegen die EU-Verfassung. Viele der europäischen Bourgeoisien reagierten verstört auf diese Serie von Absagen an die EU. Konnten sich Schröder und Chirac vor kurzem noch wegen ihrer Opposition zum Irakkrieg in Popularität sonnen, so ist auch das jetzt vorbei. Wir betonten immer, dass ihre Opposition zu Bush nichts mit der berechtigten Ablehnung des Kriegs

seitens der Arbeiterklasse zu tun hatte, sondern dass Schröders und Chiracs Opposition einfach ein Ausdruck konkurrierender imperialistischer Nationalinteressen war und sie der Arbeiterklasse und kolonial unterdrückten Völkern nicht weniger feindlich gegenüberstehen als Bush oder Blair, und warnten vor den Balkanschlächtern Fischer und Schröder.

Schröders „Referendum“ war die Wahl in Nordrhein-Westfalen. Nach sieben Jahren Angriffen der SPD/Grünen-Bundesregierung auf die Arbeiterklasse, den Hartz-Gesetzen und der Agenda 2010, den Kriegseinsätzen auf dem Balkan und in Afghanistan, laufen der SPD die Mitglieder und Wähler in der Arbeiterklasse weg. Dies versucht Schröder durch die Neuwahlen zu stoppen. Wir warnten schon bei den Wahlen 1998: „SPD/PDS: Rassistische Abschieber und



Berlin, 16. August 2004: Protest gegen Hartz IV vor SPD-Zentrale. Während Reformisten für Linkspartei trommelt, ist Bruch von Sozialdemokratie und Reformismus nötig

imperialistische Kriegshetzer!“ und forderten: „Keine Stimme für SPD, PDS!“ (*Spartakist* Nr. 133, Herbst 1998). Und natürlich waren wir auch gegen eine Stimme für die bürgerlichen Grünen. Was die Risse in der SPD verursacht, liegt begründet in ihrem Charakter als einer Partei, deren Programm bürgerlich und deren Führung pro-kapitalistisch ist, die aber zugleich ihre Basis in der Arbeiterklasse hat, was sich in den sehr engen Beziehungen zu den Massenorganisationen der Arbeiterklasse, den Gewerkschaften, ausdrückt. Sie ist eine bürgerliche Arbeiterpartei, wie Lenin, der Führer der ersten erfolgreichen Arbeiterrevolution, der russischen Oktoberrevolution von 1917, erklärte. Dass Sozialdemokraten die dreckigen Geschäfte der Bourgeoisie

Fortgesetzt auf Seite 5

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!

Leserbrief: Die Rolle der KPD 1933

Nachfolgender Brief von Fritz D., Hamburg, erhalten am 7. Juni, und die Antwort der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands vom 17. Juli beziehen sich auf das Spartakist-Flugblatt vom 24. Mai 2005, abgedruckt auf Seite 29 in dieser Zeitung.

Betr.: „Spartakist, 24. Mai 2005“

„Sie (Die deutsche Bourgeoisie, die Hitler Anfang der 30er-Jahre an die Macht brachte) wurde dabei unterstützt durch die verräterische (!) KPD-Führung.“

Ihr seid ja wohl von allen guten Geistern verlassen! Das übernimmt, auf links gewendet, die Totalitarismus-Lüge der bürgerlichen Ideologen, KPD und Nazis hätten gemeinsam die Weimarer Republik zerstört.

Als Begründung behauptet ihr, dass die KPD-Führung „sich weigerte, die SPD-Führung in eine Einheitsfront zu zwingen, um die Nazis zu stoppen“. Das ist Schwachsinn.

Die SPD-Führung in eine Einheitsfront zwingen hätten ja wohl nur die SPD-Mitglieder können. Die Erwartungen an die KPD-Führung konnte nur sein, der SPD-Führung solche Angebote öffentlich zu machen. Aber genau das hat die KPD immer wieder getan, beim Kapp-Putsch, bei den Volksentscheiden gegen die Fürstenentschädigung und gegen den Panzerkreuzerbau, und zuletzt durch eine Aufforderung an SPD und ADGB zum gemeinsamen Generalstreik am 30. Januar 33. Letzteres leider ohne Erfolg. Die SPD-Führung hatte nämlich vor einem Sieg über die Faschisten mehr Angst als vor der Diktatur der Faschisten. Die Angst vor einem Sieg über die Faschisten steckte ihnen noch von der Niederschlagung des Kapp-Putsches durch die Einheitsfront in den Knochen.

Ja, aber, führt ihr an: „Die KPD-Führer (bezeichneten) die SPD als ‚sozialfaschistisch‘. So entfremdeten sie sozialdemokratische Arbeiter davon, den gemeinsamen Kampf gegen die Nazis weiter zu verfolgen“. Das schreibt *ihr*, nach „SPD/PDS: keine Gegner des Faschismus... SPD/Grüne betreiben rassistischen Staatsterror, Sozialraub und Krieg“ (*Spartakist* 141, Herbst 2000). Auch sonst habe ich von euch häufiger die Aufforderung gelesen: Brecht mit der Sozialdemokratie!, als: Zwingt eure Führung zur Einheitsfront. Offenbar ist es das Privileg der Trotzlisten, die sozialdemokratischen Arbeiter zu beleidigen!

Nun wird ein Fehler nicht dadurch entschuldigt, dass der Kritiker ihn selbst ausgiebig macht. Trotz aller blutigen

Erfahrung mit der SPD-Führung, von der Ermordung von Liebknecht und Luxemburg mit Hilfe der Freikorps-Faschisten und dem Terror gegen Spartakus, über die Unterdrückung der Roten Ruhr-Armee, die Kapp besiegt hatte, bis zu Zörgiebels Massaker am 1. Mai in Berlin und vielen ähnlichen Gewalttaten – trotz alledem war die Losung des Sozialfaschismus ein taktischer Fehler. Man konnte allerdings Fakten und theoretische Argumente anführen, dass zwischen SPD-Führung und Faschisten keine *wesentlichen* Unterschiede bestanden. Aber Fehler bleibt Fehler! Diesen Fehler haben wir selbst kritisiert und ausgemerzt. Aber gibt euch das etwa das Recht, uns *Verrat* vorzuwerfen?

Der Unterschied zwischen Verrat und einem Fehler ist, dass der Verräter seine wahren Interessen und Absichten versteckt und *bewusst* die angeblich verfolgten Zwecke schädigt. Das hieße im konkreten Fall, *dass die KPD-Führung die Machtergreifung der Nazis wollte* (inklusive der nach kurzer Zeit erfolgten Ermordung der Hälfte der ZK-Mitglieder durch die Nazis?). Selbst wenn ich verstehe, dass ihr als euer ceterum censeo braucht, dass angeblich die Stalinisten an allem schuld sind: Jeder Rest von menschlichem Anstand musste euch sagen, dass der Begriff „Verrat“ hier eine unverzeihliche Beleidigung ist. Ohne Selbstkritik und Entschuldigung für diese Entgleisung bin ich an weiterem Dialog mit euch nicht mehr interessiert.

Spartakist antwortet:

Ja, die KPD-Führung hat die Arbeiterklasse Anfang der 30er-Jahre verraten. Hitlers Machtergreifung 1933 war eine historische Niederlage für das Proletariat in Deutschland und international. Die deutsche Arbeiterklasse war eine der mächtigsten und am besten organisierten Arbeiterklasse der Welt und wollte um jeden Preis gegen die Nazis kämpfen. Nicht nur die KPD-Unterstützer wollten kämpfen, sondern auch die sozialdemokratischen Arbeiter, die die Mehrheit der Industriearbeiterklasse in Deutschland stellten. Ende der 20er-, Anfang der 30er-Jahre stand Deutschland am Rande eines Bürgerkriegs zwischen der organisierten Arbeiterbewegung und den außerparlamentarischen Terrorbanden der Nazis. Die Alternative war klar gestellt: Revolution gegen Konterrevolution. Die Verantwortung für die kampflose Kapitulation muss klipp und klar der *Führung* der Arbeiterklasse, den Führungen von SPD und KPD, gegeben werden. Die KPD trägt insofern besondere Verantwortung für die Niederlage, als sie die revolutionär gesinnten Arbeiter organisierte, die sich mit der russischen Oktoberrevolution von 1917 identifizierten.

Es ist von zentraler Bedeutung, zu verstehen, was Faschismus wirklich ist. Trotzki erklärte 1932 in *Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats*:

„Die Reihe ist ans faschistische Regime gekommen, sobald die ‚normalen‘ militärisch-polizeilichen Mittel der bürgerlichen Diktatur mitsamt ihrer parlamentarischen Hülle für die Gleichgewichtserhaltung der Gesellschaft nicht mehr ausreichen. Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat.“

In der sozialen Krise, die Deutschland erschütterte, stellten die Nazis der Bourgeoisie eine irreguläre Bürgerkriegstruppe von 600 000 paramilitärisch ausgebildeten SA-Schlägern zur Verfügung, eine *unmittelbare* tödliche

Fortgesetzt auf Seite 4

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus, Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Nach „antideutschem“ Überfall in Hamburg:

Aktionseinheit sichert erfolgreiche Veranstaltung in Verteidigung der Palästinenser

Trotz des Überfalls „Antideutscher“ am 14. Mai auf uns nach unserer Veranstaltung zum Tag der Befreiung und trotz weiterer „antideutscher“ Provokationen gegen die Lehrveranstaltungen Prof. Hanischs an der Hamburger Universität machte es eine Aktionseinheit von Linken und Gewerkschaftern möglich, erfolgreich unsere Spartakist-Jugend-Veranstaltung „Verteidigt das palästinensische Volk gegen zionistischen Terror! Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!“ ohne Zwischenfälle durchzuführen. *Dies ist ein Sieg für alle Linken und Immigranten!*

Die Spartakist-Jugend mobilisierte auf dem Campus in den drei vorangehenden Wochen Unterstützung gegen den „antideutschen“ Angriff sowie für die Teilnahme an und die Verteidigung unserer Veranstaltung. Unser Flugblatt gegen die „antideutschen“ Angriffe auf uns und andere polarisierte. Wir argumentierten, dass die „Antideutschen“ nicht Teil der Linken sind: Sie wollen die Linke zerstören. Wir stießen auf Interesse und positive Reaktionen für die Verteidigung der Rechte der Palästinenser, sowie auf Ablehnung und auf Empörung über die Angriffe der „Antideutschen“ und ihren Versuchen, das Thema zu unterdrücken. Auf der studentischen Norddemo gegen Studiengebühren am 2. Juni in Hannover, sagte ein Juso zu unserem Flugblatt gegen die „Antideutschen“: „Gut, dass endlich mal jemand was dazu sagt!“ Wir trafen auf viele, die so fühlten. Im Zug auf dem Weg zur Demo versuchten „Antideutsche“, Unterstützung für ihren dreckigen Vorwurf des „Antisemitismus“ gegen uns zu bekommen, aber wir konnten erfolgreich unser im Anhang abgedrucktes Flugblatt verteilen.

In einem klaren Akt politischer Zensur weigerte sich die Uni-Leitung, uns einen Raum für unsere Veranstaltung zu vermieten. Letzten Dezember wurde eine Veranstaltung des Deutsch-Palästinensischen Frauenverbandes in letzter Minute durch den Uni-Präsidenten verboten. Der damalige

AStA der HWP (Hochschule für Wirtschaft und Politik) stellte ihnen einen Raum zur Verfügung. Gegen Professor Hanischs Seminare zum Nahen Osten appellierten die „Antideutschen“ an die Uni-Leitung, diese zu verbieten. Inzwischen wurden die Seminare eingestellt. Die „Antideutschen“ wollen jegliche Debatte über Palästina zum Schweigen bringen, im Interesse des Staatsterroristen Scharon und seinen imperialistischen Unterstützern von den USA bis



Spartakist

Hamburg, 8. Juni: Lebhaftige Diskussion bei Spartakist-Veranstaltung in Räumen der GEW

Deutschland. Es war daher sehr wichtig, dass uns die Gewerkschaft GEW einen Versammlungsraum am Curiohaus vermietet. Die Gewerkschaften GEW und ver.di organisieren die Uni-Arbeiter und Lehrkräfte und die Provokationen der „Antideutschen“ gegen Linke und Immigranten an der Uni sind eine Gefahr auch für sie. Gewerkschaftliche Opposition gegen die Gewalt der „Antideutschen“ ist entscheidend und wir werden unter Gewerkschaftern weiterhin

Fortgesetzt auf Seite 29

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 235 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 - Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartakist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 235 55, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Die Rolle der KPD...

Fortsetzung von Seite 2

Bedrohung für die Arbeiterbewegung, und damit auch für die vielen Millionen Arbeiter, die in der SPD und in den SPD-geführten Gewerkschaften organisiert waren.

Die sozialdemokratischen Führer bereiteten dem Faschismus den Weg – Fritz sagt richtig: „Die SPD-Führung hatte nämlich vor einem Sieg über die Faschisten mehr Angst als vor der Diktatur der Faschisten.“ Was hätte ein wirklicher „Sieg über die Faschisten“ anderes sein können als die Machtübernahme der Arbeiter? Die ganze Lage schrie nach der kommunistischen Einheitsfronttaktik, die Mehrheit der Arbeiter zu erobern, wofür Lenin und Trotzki mit der KPD-Führung (einschließlich Thälmann) auf dem III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (KI) 1921 gekämpft hatten. Zu Fritz' Liste der blutigen Verrätereien der SPD-Führung würden wir deren Unterstützung für Hindenburg hinzufügen, der dann seinerseits Hitler direkt die Macht übergab. Aber das allein reicht nicht, um eine revolutionäre Politik festzulegen. Wie Trotzki (ebenfalls in *Was nun?*) ausführte:

„In seinem Kampf gegen die Sozialdemokratie muß sich der deutsche Kommunismus in der jetzigen Etappe auf zwei untrennbare Grundsätze stützen: a) die politische Verantwortung der Sozialdemokratie für die Macht des Faschismus; b) die absolute Unversöhnlichkeit zwischen dem Faschismus und jenen Arbeiterorganisationen, durch die sich die Sozialdemokratie hält.“

In den Jahren des Aufstiegs der NSDAP vor 1933 wollten die SPD-Führer nicht kämpfen und sich lieber zurückziehen. Aber für die Arbeiter an der SPD-Basis gab es keinen Rückzug – sie mussten kämpfen oder sie würden ausgelöscht werden. Durch den Aufruf an die SPD (einschließlich ihrer Führung), eine gemeinsame Verteidigung gegen die Nazis durchzuführen, wären die sozialdemokratischen Führer entweder gezwungen worden, die sozialdemokratischen Arbeitermassen für den Kampf zu mobilisieren, oder aber ihre verräterische Weigerung hätte sie unmittelbar entlarvt. *Im Fall eines gemeinsamen Kampfes* könnte die kommunistische Führung den SPD-Arbeitern praktisch beweisen, dass sie die bessere Führung ist, die wirklich die Interessen der Arbeiter vertritt. Zumal ein künftiges Zurückweichen der SPD-Führung unvermeidlich war, wenn die Arbeitermassen, einmal in Bewegung gesetzt, die Grenzen der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu überschreiten drohten.

Fritz macht die SPD-Mitglieder dafür verantwortlich, dass keine Einheitsfront zwischen SPD und KPD zustande kam (womit er leugnet, was für eine Rolle die KPD-Führer dabei spielten, eine solche Einheitsfront zu *verhindern*; aber dazu später). Dies stellt die Dinge auf den Kopf. Wären die SPD-Mitglieder politisch fortgeschritten genug, um den Widerstand und die Sabotage ihrer verräterischen Führung ohne Hilfe zu durchbrechen, dann wären sie keine Sozialdemokraten mehr, sondern Kommunisten. Das Eingreifen einer *revolutionären Partei* war notwendig, um den Verrat dieser Führung aufzuzeigen und zu durchbrechen. Das ist die Perspektive, für die Trotzki und die Linke Opposition (Bolschewiki-Leninisten) kämpften.

Was war los mit der KPD-Führung? Im Gegensatz zu dem, was Fritz behauptet, war „Sozialfaschismus“ nicht einfach ein „taktischer Fehler“ oder nur eine schlechte „Losung“. Es war eine *Politik*, Bestandteil der „Dritten Periode“ der stalinisierten KI von 1928 bis 1932. Diese „Dritte Periode“ war eine „ultralinke“ Wende der KI, die durch Schwankungen zwischen Abenteuerertum und krimineller Passivität, wie in Deutschland, gekennzeichnet war. Ein zentrales Element der „Dritten Periode“ waren die Verfolgung und der Terror gegen die Linke Opposition, deren Einfluss



Permanente Revolution, Zeitung der Linken Opposition. Wir Trotzkiisten kämpften dafür, die KPD für die Strategie zu gewinnen, die Nazis durch Arbeitereinheitsfront zu stoppen mit dem Kurs auf Revolution

unter revolutionären Arbeitern von der sowjetischen Bürokratie als Bedrohung ihrer Privilegien und ihres Prestiges gefürchtet wurde. Eine revolutionäre Ausweitung der Errungenschaften der Oktoberrevolution hätte eine tödliche Bedrohung für das konservative, nationalistische Regime Stalins dargestellt. Als Reaktion auf die Unterstützung, die der Aufruf der Trotzkiisten zur Einheitsfront – die in Bruchsal, Erkenschwick und Oranienburg auch umgesetzt werden konnte – bei den Arbeitern in Deutschland fand, brandmarkten die KPD-Führer die Trotzkiisten als „Faschisten“. So schrieb Willi Münzenberg (*Roter Aufbau*, 15. Februar 1932):

„Auf die Frage in seiner Broschüre: ‚Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?‘ gibt Trotzki immer nur die eine Antwort: ‚Die KPD muss mit der SPD einen Block bilden‘... In dieser Blockbildung sieht Trotzki das einzige Allheilmittel für die deutsche Arbeiterklasse gegen den Faschismus: Entweder wird die kommunistische Partei mit der Sozialdemokratischen Partei zusammen einen Block bilden oder die deutsche Arbeiterklasse ist auf 10–20 Jahre verloren.“

Das ist die Theorie eines völlig verlorenen und konterrevolutionären Faschisten.“

Dies sind nicht die Worte eines „ehrlichen Revolutionärs“ mit ein paar „taktischen“ Problemen, die man klären muss, sondern es sind die Worte einer bürokratisch-zentristischen Führung, die *unfähig und unwillig* ist, einen Kampf um die Loyalität der sozialdemokratischen Arbeiter und um die Macht zu führen. Die KPD-Führung ging mit Ausschüssen und Schlägermethoden insbesondere gegen die Kritik der Linken Opposition vor, was der trotzkistische Arbeiter und ehemalige KPD-Kader Oskar Hippe lebendig in seiner Autobiographie ... *und unsere Fahne ist rot* schildert.

Und nein, im Gegensatz zu dem, was Fritz in seinem Brief sagt, ist die verräterische, kampflöse Kapitulation in Deutschland niemals „kritisiert und ausgemerzt“ worden! Nach Hitlers Machtergreifung wurde die Diskussion über die Ereignisse in Deutschland in allen Parteien der Komintern verboten. Jegliche ernsthafte Diskussion oder Auswertung der deutschen Katastrophe wäre mit der Tatsache konfrontiert gewesen, dass die Trotzkiisten den richtigen Kurs vorgeschlagen und für ihn gekämpft hatten.

Fortgesetzt auf Seite 28

Linkspartei...

Fortsetzung von Seite 1

erledigen, ist nichts Neues. Bereits 1932 schrieb Trotzki in *Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats*:

„Die Sozialdemokratie unterstützte den Krieg im Namen künftiger Prosperität. Statt Prosperität kam Verfall. Jetzt bestand die Aufgabe nicht mehr darin, aus der Unzulänglichkeit des Kapitalismus die Notwendigkeit der Revolution zu folgern, auch nicht darin, durch Reformen die Arbeiter mit dem Kapitalismus auszusöhnen. Die neue Politik der Sozialdemokratie bestand darin, die bürgerliche Gesellschaft um den Preis des Verzichts auf Reformen zu retten.

Aber auch das war nicht die letzte Stufe der Entartung. Die gegenwärtige Krise des sterbenden Kapitalismus zwang die Sozialdemokratie, auf die Früchte des langen wirtschaftlichen und politischen Kampfes zu verzichten und die deutschen Arbeiter auf das Lebensniveau ihrer Väter, Großväter und Urgroßväter hinabzuführen.“

In seinem höchsten und letzten Stadium – dem Stadium des Imperialismus – gerät das kapitalistische Profitsystem zunehmend in Konflikt mit selbst den grundlegendsten Interessen des Proletariats. In einem System, das auf der Jagd der Kapitalisten nach immer mehr Profiten basiert, ist keine Errungenschaft der Arbeiter dauerhaft sicher. Wer den Rahmen des Kapitalismus akzeptiert, kann nicht erfolgreich und dauerhaft die Interessen der Arbeiterklasse durchsetzen – dies erfordert eine revolutionäre Perspektive, das kapitalistische System durch sozialistische Revolution zu stürzen. Dafür brauchen wir eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die revolutionäres Bewusstsein in die Arbeiterklasse trägt. Die endgültige Zerstörung des ersten Arbeiterstaates der Welt, der Sowjetunion, hat ein ideologisches Klima hervorgebracht, das durch den weit verbreiteten Glauben an den „Tod des Kommunismus“ beherrscht wird und in dem das proletarische Bewusstsein zurückgeworfen worden ist. Dies hat die Notwendigkeit einer revolutionären Partei erhöht, den Kampf zu führen, der Arbeiterklasse das Bewusstsein über ihre historische Aufgabe zu vermitteln, den Kapitalismus zu stürzen. Diejenigen, die versuchen die SPD oder andere sozialdemokratische Formationen wie die WASG/PDS/Linkspartei, die grundlegend dem Kapitalismus verpflichtet sind, zum „Kämpfen“ zu bringen, sind ein *Hindernis* für den Kampf, eine Partei zu schmieden, die die Illusionen in Reformismus zerstört und die Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie bricht.

Seit der Konterrevolution 1991/92 stehen die Kapitalisten nicht mehr in Konkurrenz zur geplanten Wirtschaft des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion und der deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa und deren sozialen Errungenschaften, wie Arbeit für alle, Kindergärten, kostenlose Gesundheitsversorgung, keine Obdachlosigkeit usw. Die Zerstörung der DDR 1990, gegen die wir Spartakisten bis zuletzt kämpften, führte zur Demontage der ostdeutschen Industrie, wodurch die Massenarbeitslosigkeit um Millionen zunahm. Der „Sozialstaat“ ist heute in den Augen der Kapitalisten nichts als überflüssige Lohnnebenkosten. Er war ein System sozialer Zugeständnisse, das helfen sollte, die Arbeiterklasse im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion ruhig zu stellen. Deshalb wurde er von den Kapitalisten, der SPD und der CDU getragen. Osteuropa und die Länder der

ehemaligen Sowjetunion sind heute für die kapitalistische Ausbeutung geöffnet und stellen ein Reservoir billiger Arbeitskräfte. Die Bosse brauchen oft nur mit der Verlagerung von Fabriken zu drohen, um von den Gewerkschaften massive Zugeständnisse zu bekommen, wie Arbeitszeitverlängerungen, Lohnkürzungen und Niedriglöhne bei Neueinstellungen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung akzeptiert dies, weil sie die nationalistische Logik vom „Standort Deutschland“ teilt und glaubt, dass die „guten alten Zeiten“ von Vollbeschäftigung und „Sozialstaat“ wiederkehren würden, wenn die hocheffiziente deutsche Industrie nur wieder „konkurrenzfähig“ sei. Das ist blanker Unsinn. Kürzungen kampfflos zu akzeptieren heißt nur, dass die Löhne und Arbeitszeiten sich immer weiter verschlechtern werden. Die Arbeiter haben diese Fabriken aufgebaut, sie haben den Profit der Bosse erwirtschaftet. Die Fabriken sollen ihnen gehören.

Arbeiterkämpfe gegen SPD/Grünen-Regierung und PDS

An Versuchen der Arbeiterklasse, sich gegen die Angriffe der Bosse und der Regierung zu wehren, hat es wahrlich nicht gefehlt. Die Demonstration von Hunderttausend Arbeitern am 1. November 2003, die von linken Gruppen und Gewerkschaftern gegen den expliziten Widerstand der



ND/Burkhard Lange

Berlin, 25. Mai: BVG-Warnstreik. Ver.di-Spitze verhindert Streik und akzeptiert drastischen Lohnraub des SPD/PDS-Senats

sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen organisiert wurde, ist davon ebenso ein Zeugnis wie der Versuch der ostdeutschen Metalller, die 35-Stunden-Woche durchzusetzen, was von dem damaligen IG-Metall-Vorsitzenden Zwickel offen sabotiert wurde. Sobald der Streik Auswirkungen auf die Produktion im Westen zu haben drohte, also effektiv Wirkungen zu zeigen begann, sahen Zwickel & Co. die Klassenzusammenarbeit gefährdet, d. h. das nationalistische Konzept vom „Standort Deutschland“, und sie verkauften den Streik aus. Seit dieser von Teilen der Gewerkschaftsbürokratie gewollten Niederlage fühlen sich die Kapitalisten im Aufwind und greifen jetzt die Arbeiterklasse an vielen Fronten an. Und die SPD/Grünen-Regierung tat das Ihre dazu. Den Protest am 3. April 2004 gegen die Agenda 2010 hat die Gewerkschaftsbürokratie übernommen, um anschließend zu versuchen, weitere Proteste zu ersticken. Doch letzten Sommer kamen diese in Form der Montags-

Fortgesetzt auf Seite 6

Linkspartei...

Fortsetzung von Seite 5

demonstrationen insbesondere in Ostdeutschland zurück, als die Auswirkungen der Hartz-Gesetze deutlich wurden. Den Weg vorwärts zeigte der militante Streik gegen die angedrohten Entlassungen bei Opel in Bochum, der gegen den Willen der Gewerkschaftsführung geführt wurde, die alles Mögliche tat, um den Streik zu sabotieren, dafür sorgte, dass er auf Bochum beschränkt blieb, und ihn nach neun Tagen ausverkaufte. Dieser Kampf hatte das Potenzial, nicht nur in Deutschland zu einem Flächenbrand zu werden, sondern auch in Britannien, Schweden und Polen unter den dortigen Opel/GM-Arbeitern Resonanz zu finden. Hier zeigte sich die potenzielle soziale Macht der Arbeiterklasse.

Aus diesen Kämpfen gegen die Kapitalisten und ihre SPD/Grünen-Regierung entstand die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit, um diesem Protest ein parlamentarisches Ventil zu geben und ihn dahingehend zu kanalisieren, dass man Druck auf die SPD ausübt, doch bitte sozialer zu sein. WASG, PDS und Lafontaine versuchen alles in parlamentarische Bahnen zu lenken und behaupten, allein durch ihre Präsenz im Bundestag „werden die etliche Sozialabbau-Maßnahmen nicht mehr wagen“ (*Frankfurter Rundschau*, 5. Juli). Unsinn! Wenn das so wäre, warum hat es dann die PDS nicht verhindert in den ersten vier Jahren der SPD/Grünen-Regierung und warum ist Lafontaine nicht im Bundestag geblieben? Die Regierung ist das Vollzugsorgan der herrschenden Klasse, deren Interessen das Regierungsprogramm bestimmen. Um den Kapitalisten Einhalt zu gebieten, muss die Arbeiterklasse in ihrem eigenen Interesse mobilisiert werden, Klasse gegen Klasse. Das heißt Arbeiter in den Betrieben auch zu politischen Streiks gegen die Regierung zu mobilisieren. Ein entschiedener Kampf der Gewerkschaften, basierend auf Streiks in den Betrieben, hätte die Hartz-Reformen und die Agenda 2010 tatsächlich für einige Zeit stoppen können, wie es der Kampf der IG Metall gegen Kohl über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall 1996 geschafft hat. Solche Kämpfe hätten auch das Selbstbewusstsein der Arbeiterklasse gehoben und ihr die eigene soziale Macht gezeigt. Diese Perspektive ist entgegengesetzt zu den parlamentarischen Manövern der WASG, Lafontaines und Co., wofür diese die unzufriedenen Arbeiter gewinnen wollen. In den Gewerkschaften ist



dpa/Probst

1. Mai: Eier auf SPD-Münzfeiring. Nach 7 Jahren Sozialraub glaubt keiner verlogene Kapitalismus-Kritik

entscheidend jedoch der politische Kampf *gegen die sozialdemokratischen Ausverkäufer in den Gewerkschaftsführungen, egal ob diese in SPD, PDS oder WASG organisiert sind!* Für eine *klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!* Dazu braucht es eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei.

Revolutionärer Internationalismus kontra reformistischer Nationalismus

Die WASG ist ein Sammelsurium von Gewerkschaftsbürokraten, dem DGB verbundenen Intellektuellen, immigrierten gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und Betriebsräten sowie diversen linken Gruppen, das sich als eine „Sozialstaatspartei“ und Alternative zur SPD darzustellen versucht. Das erklärte Ziel ist, die SPD auf ihren Kurs von 1998 zurückzubringen und auf parlamentarischer Ebene Druck auf die SPD zu machen, damit diese ihren Kurs ändere. Seit der SPD-Niederlage bei der NRW-Wahl hat sich die WASG den ehemaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine mit ins Boot geholt, um genau dieses parlamentarische Manöver durchzuführen. Die Funktion der WASG ist, einen wirklichen Bruch enttäuschter Arbeiter mit sozialdemokratischer Klassenzusammenarbeit zu verhindern und alle Wut zurück in die Sackgasse des reformistischen Parlamentarismus zu kanalisieren.

Das wirft die Frage auf, wie die Arbeiterklasse ihre Errungenschaften verteidigen und ausweiten kann. Ganz grundsätzlich werden Reformen im Kapitalismus immer wieder in Frage gestellt werden, da es im Kapitalismus darum geht, Profit zu erwirtschaften. Dies führt zwangsläufig zur Verschärfung der Ausbeutung und zu Kriegen um Absatzmärkte und Rohstoffe. Wie irrational dieses Profitsystem ist, zeigt sich allein schon daran, dass das hoch industrialisierte Deutschland eine offizielle Arbeitslosenquote von mehr als 10 Prozent hat, während die Arbeitszeit verlängert und das Rentenalter erhöht werden soll. Als proletarische Internationalisten treten wir für die Interessen der Arbeiter in Deutschland und überall sonst auf der Welt ein. Wie Karl Marx bereits im *Kommunistischen Manifest* 1848 schrieb: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Gegen die Massenarbeitslosigkeit ist ein Kampf notwendig *für eine gleitende Skala von Löhnen und Arbeitszeit! Für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich!* Gegen das Gegeneinander-Ausspielen von Jungen und Alten, Frauen und Männern muss für *gleichen Lohn für gleiche Arbeit* gekämpft werden. Die machtvolleren Produktionsarbeiter müssen für die schwächeren Teile von Belegschaften, wie das Küchen- oder Reinigungspersonal, einstehen und gegen Outsourcing einen gemeinsamen Kampf führen. Insbesondere aber ist es unabdingbar, der Spaltung der Arbeiterklasse entlang nationaler und ethnischer Linien einen Riegel vorzuschieben durch einen Kampf *für volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben*, und für die effektive Durchsetzung *gleicher Rechte für nationale und ethnische Minderheiten*. Immigrierte Arbeiter sind ein strategischer Bestandteil der organisierten Arbeiterklasse und stellen eine Brücke zu den Klassenkämpfen in den Ländern dar, aus denen sie kommen. Die nach wie vor machtvollen Gewerkschaften in Deutschland müssen ihre *Solidarität mit ihren Klassenbrüdern in Polen und Osteuropa* bei deren Kämpfen zeigen. Insbesondere müssen sie den Arbeitern, die von deutschen Firmen in diesen Ländern ausgebeutet werden, dabei helfen, Gewerkschaften aufzubauen und für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Ein solcher Kampf ist im Interesse aller Arbeiter. Wenn der Kapitalismus so bankrott ist, dass er die grundlegenden Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung wie *Arbeit für Alle* und *eine menschenwürdige Existenz* nicht befriedigen kann, so hat er es verdient, gestürzt zu werden. Notwendig ist die Errichtung einer Planwirtschaft, die für die Bedürfnisse aller und nicht für den

Profit einer winzigen Minderheit produziert.

Wenn man nicht auf einem revolutionären internationalistischen Programm steht, sondern den Rahmen der gegebenen kapitalistischen Gesellschaft akzeptiert, dann muss man sich zwangsläufig mit Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen, rassistischen Angriffen und so weiter arrangieren. Das tun WASG, PDS und die entstehende Linkspartei, und sie wollen Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein, sprechen davon, den „Sozialstaat“ erhalten zu wollen, der für viele, beispielsweise Immigranten, ohnehin nie so sozial gewesen ist. Die „sozialistische“ PDS im Berliner SPD/PDS-Senat steht in der ersten Reihe der Angreifer auf die Arbeiterklasse, um drastisch mehr Profit herauszuschlagen und die Stadt auf Kosten der Arbeiter und Immigranten zu sanieren. Bereits im Februar 2002 forderten wir: „Dieses Programm des sozialen Kahlschlags und verschärfter Arbeitslosigkeit muss durch Klassenkampf gegen diese kapitalistische SPD/PDS-Regierung verhindert werden.“ Die Kahlschlagpolitik des SPD/PDS-Senats lässt viele WASG-Mitglieder aus gutem Grund sehr skeptisch auf die PDS reagieren. So fordern viele den Austritt der PDS aus den Landesregierungen, bevor sie sich mit ihr vereinigen.

Nur was ist das Programm der WASG und ihres Frontmanns Oskar Lafontaine? Die WASG beschreibt sich selbst als Sozialstaatspartei, und ihre ganze Strategie ist es, Druck auf die SPD auszuüben, damit die ihren Kurs ändert. Dies wurde durch Klaus Ernsts Kommentar nach der NRW-Wahl unterstrichen, dass es nicht das Ziel der WASG gewesen sei, die SPD/Grünen-Regierung zu stürzen. Also die Logik des kleineren Übels.

Lafontaines Linkspartei – Neuaufguss der SPD

Lafontaine gibt sich als ein Vertreter der „kleinen Leute“. So argumentiert er: „Nur eine gerechte Entlohnung der Arbeit führt zu Wachstum und Beschäftigung“ (*Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft*), und tritt für eine stärkere Besteuerung der Reichen und die Besteuerung von Spekulationsgewinnen ein. Viel Kredit hat er in der Arbeiterklasse dadurch gewonnen, dass er 1999 den Balkankrieg der SPD/Grünen-Regierung ablehnte. Insgesamt aber ist es ein Abklatsch der alten SPD, bevor diese mit Schröder und Lafontaine auf der Regierungsbank Platz nahm. Lafontaine ist aber auch berüchtigt für seine gewerkschaftsfeindlichen und rassistischen Positionen, die sich aus seinem Programm von ökonomischem Nationalismus und Protektionismus ergeben, um Arbeitsplätze für Hiesige auf Kosten von Ausländern zu schaffen bzw. zu erhalten. Bei seinem ersten Auftritt für die WASG am 14. Juni in Chemnitz hetzte Lafontaine gegen Immigranten: „Der Staat ist verpflichtet, seine Bürger zu schützen, wenn ihnen Fremdarbeiter die Arbeitsplätze wegnehmen“ („Lafontaine auf Platz 1 in NRW“, *sozialismus.info*, 20. Juni). In den frühen 90er-Jahren griff er die Gewerkschaften an und forderte damals schon die Flexibilisierungen, die Schröder dann durchsetzte. Als saarländischer Ministerpräsident war er verantwortlich für das Schüren von Pogromstimmung gegen Roma und Sinti, und er war eine zentrale Figur in der SPD, als die 1992 die faktische Abschaffung des Asylrechts betrieb. In der *Bild-Zeitung* klatschte er Beifall für die Pläne von SPD-Innenminister Schily, Internierungslager für Flüchtlinge in Nordafrika zu errichten, so dass diese es gar nicht erst bis hierher schaffen.

Verlogene Hetze wie diese wird benutzt, um deutsche Arbeiter und Arbeitslose gegen ihre immigrierten Kollegen aufzuhetzen und von dem für die Massenarbeitslosigkeit wirklich Verantwortlichen, das kapitalistische Profitsystem, abzulenken. Lafontaine appelliert sehr bewusst an rassistische und nationalistische Rückständigkeit und versucht diese in Wählerstimmen zu verwandeln. Die Kritik aus der



ND/Burkhard Lange

Linkspartei von Gysi und Lafontaine - Hindernis für Aufbau revolutionärer multiethnischer Arbeiterpartei

WASG und von dem Bündnispartner PDS an Lafontaine war anfangs verhalten, wurde aber inzwischen so massiv, dass dieser sich inzwischen gezwungen sah, zumindest Teile zurückzunehmen. Die Sozialistische Alternative Voran (SAV), die in der WASG liquidiert ist, berichtet darüber, dass Lafontaine bei dem NRW-Parteitag der WASG am 18./19. Juni in Köln seine Rede verstanden wissen wollte „als Verteidigung der Beschäftigten in Deutschland, *„nicht nur von deutschen Arbeitnehmern sondern auch von Türken, Italienern“* und anderen, die seit Jahrzehnten hier lebten und Steuern zahlten... *„Lohndrücker sind nicht die Leute, die hier rein kommen, sondern die Leute hier, die davon profitieren“*.“

Während dies eine Abschwächung der Chemnitz-Rede darstellt, ist es aber dennoch von nationalistischem Protektionismus geprägt und richtet sich gar nicht sonderlich verdeckt gegen die osteuropäischen Arbeiter, die eben noch nicht zwanzig Jahre lang hier Steuern gezahlt haben. Lafontaines Programm gegen Massenarbeitslosigkeit ist es, die Grenzen dicht zu machen und von deutschen Firmen zu verlangen, dass sie gute Jobs „zu Hause“ schaffen sollen. Dies führt zwangsläufig dazu, dass man einer Politik das Wort redet, bei der ein Teil der Arbeiterklasse gegen einen anderen gehetzt wird. Lafontaine rechtfertigte seine Chemnitz-Rede damit, dass er „das Thema Schutz vor Billiglohnkonkurrenz nicht der NPD überlassen“ (*FAZ online*, 29. Juni) wolle. Wer aber nicht eindeutig Partei ergreift für die Rechte osteuropäischer Arbeiter, der hilft dabei, die Arbeiterbewegung rassistisch zu spalten und so den Nazis den Weg zu bereiten.

Bei einer von der PDS organisierten Veranstaltung in Berlin am 4. Juli stellte der Berliner IG-BAU-Vorsitzende Lothar Nätkebusch die Arbeit der IG BAU gegenüber ausländischen Bauarbeitern dar, richtete sich implizit gegen Lafontaines Politik und zeigte auch, wie widersprüchlich die WASG/PDS ist. Laut Nätkebusch gehen sie auf die Baustellen und klären die entrechteten Arbeiter über ihre Rechte auf und unterstützen die Arbeiter, diese durchzusetzen. So hat die IG BAU für diese Arbeiter einen Wanderarbeiterverband aufgebaut. Das sind zwar Schritte in die richtige Richtung, wie auch der Streik der Berliner Bauarbeiter 2002, als aufgrund der Arbeit der IG BAU ausländische Arbeiter sich in Solidarität dem Streik anschlossen. Tatsächlich steht diese Politik in starkem Kontrast zu IG-BAU-Demos Mitte der 90er-Jahre, auf denen Republikaner-Nazis Flugblätter

Fortgesetzt auf Seite 8

Linkspartei...

Fortsetzung von Seite 7

verteilen konnten und immigrierte und/oder ausländische Arbeiter physisch angegriffen wurden. Auf nationaler Ebene führt die IG BAU heute die Kampagne „Ohne Regeln geht es nicht“. Hier wird nach neuen Gesetzen gegen Schwarzarbeit gerufen, die dann von Polizei, Arbeitsämtern und Zoll umgesetzt werden, was zwangsläufig bei Razzien zu staatlichen Hetzjagden auf ausländische Arbeiter führt und anschließend zu deren Abschiebung. Das Vertrauen in den bürgerlichen Staat schwächt die Gewerkschaften und ist entgegengesetzt dazu, die Arbeiter in ihrem eigenen Interesse zu mobilisieren.

SPD und Grüne und die mit ihnen verbundene bürgerliche Presse griffen die Chemnitz-Rede von Lafontaine und dessen Wortwahl „Fremdarbeiter“ mit Vergnügen auf, um sich selbst in ein besseres Licht zu rücken. Das ist aber reine Heuchelei. Insbesondere kritisiert keiner von ihnen, dass Lafontaine gegen immigrierte Arbeiter hetzt. Tatsächlich hat die SPD/Grünen-Regierung, die im Jahr 2000 Erleichterungen für Einbürgerungen einführt, die Grenzen für Immigranten dichter als je zuvor gemacht. Die „Ausländergesetze“ wurden verschärft; unter dem Deckmantel des „Kampfs gegen den Terrorismus“ wurde die Rasterfahndung durchgeführt und wurden Gesetze verabschiedet, die sich gegen die Arbeiterklasse insgesamt richten; hinzu kamen Kopftuchverbote; Abschiebungen am laufenden Band und eine Repression gegen Immigranten muslimischen Hintergrunds oder arabischer Abstammung in nie gesehene Ausmaß. Eines der staatlichen Mittel sind die Massenrazzien gegen Moscheen, die einschüchtern und isolieren sollen. Und hier treffen sich der bürgerliche Staat und die „demokratischen“ Parteien wieder mit den Nazis, die auch gegen das Kopftuch und generell gegen Muslime hetzen. *Weg mit dem rassistischen Kopftuchverbot! Stoppt die Abschiebungen durch Gewerkschaftsaktionen! Weg mit den Anti-Terror-Gesetzen! Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!*

Der EU-Beitritt der Türkei

Merkel/Koch (CDU) und Stoiber (CSU) wollen wieder, wie 2000 mit der Unterschriftskampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, den rechten Rand mobilisieren in einer rassistischen antimuslimischen und antitürkischen Kampagne. Sie bekommen Unterstützung vom *junge-Welt*-Redakteur Jürgen Elsässer, einem früheren Chefideologen der „antinationalen/antideutschen“ Nationalisten und Proimperialisten. Elsässer gibt vor, die Interessen polnischer und osteuropäischer Arbeiter zu vertreten, und schlägt vor: „Eine Unterschriftensammlung für ein Referendum über die EU-Verfassung, über die Osterweiterung und über den Türkei-Beitritt – damit könnte die bunte Truppe von Lafontaine und Gysi nicht nur die zehn Prozent-Marke knacken, da wäre noch mehr drin!“ (*junge Welt*, 18. Juni). Das ist nichts weiter als der Versuch, auf antitürkischem Rassismus zu reiten.

Lafontaine will die Stimmung gegen die EU ausnutzen, die sich in der Ablehnung der Referenden in Frankreich und Holland ausdrückte. Neben der Ablehnung aus chauvinistischen Motiven wurden die meisten Stimmen gegen die EU-Verfassung deshalb abgegeben, weil die imperialistische EU mit den Angriffen auf die Sozialsysteme und mit der „neoliberalen“ Politik identifiziert wird. Lafontaine wendet sich gegen den EU-Beitritt der Türkei, stellt aber nirgendwo die EU als solche in Frage, die ein Bündnis der kapitalistischen Herrscher verschiedener imperialistischer sowie ökonomisch rückständiger Länder gegen die europäische Arbeiterklasse ist. Tatsächlich ist er ein Befürworter speziell des Bündnisses mit Frankreich und argumentierte wieder-

holt dafür, dieses Kerneuropa zu vertiefen, um ein stärkeres imperialistisches Gegengewicht zu den USA zu schaffen.

Viele Arbeiter türkischer Herkunft versprechen sich eine Erleichterung ihrer Lebenssituation, wenn die Türkei in der EU wäre. Verwandte könnten einfacher zu Besuch kommen oder man könnte wieder leichter nach Deutschland einwandern. Aber als ein Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution hat die deutsche Bourgeoisie heute wieder ein riesiges Reservoir von Facharbeitern in Osteuropa zur Verfügung und versucht, ungelernete Arbeit in die Länder zu verlagern, wo die Profitrate wesentlich höher ist. Und so sind türkische und kurdische Immigranten doppelt so hoch von Arbeitslosigkeit betroffen. Besonders Jugendliche der zweiten und dritten Generation werden von der herrschenden Klasse mit rassistischer Verachtung bedacht und als Zündstoff für soziale Explosionen gefürchtet. Dennoch ist ein wichtiger Teil von Immigranten türkischen oder kurdischen Hintergrunds in den unteren Schichten der Arbeiterklasse in der Schwerindustrie konzentriert und bildet einen strategischen Bestandteil der deutschen Arbeiterklasse. Bei



indymedia

Demo gegen Verbot baskischer Batsuna (5. Mai 2002). Imperialistische EU kein Freund unterdrückter Völker

den Streiks in der Metallindustrie 2002 waren die Streikpostenkettten integriert, und türkische und kurdische IG-Metaller standen in vorderster Reihe, um die Betriebe dicht zu machen.

Kurdische Arbeiter und Bauern erwarten sich von der EU-Mitgliedschaft das Ende ihrer nationalen Unterdrückung. Die EU wird aber nicht der Bildung eines kurdischen Staates zustimmen, weil dies die Destabilisierung der Türkei, Irans, Iraks und Syriens bedeuten würde. Auch werden in der EU selber nationale Minderheiten unterdrückt, man braucht sich nur die Basken in Spanien und Frankreich anzusehen, die irischen Katholiken in Nordirland oder die Albaner, Türken, Roma, Makedonier in Griechenland, um nur ein paar Beispiele nationaler Unterdrückung in der EU aufzuzählen. Wie wir bereits im *Spartakist* (Nr. 157, Winter 2004/2005) schrieben:

„Wir sind kompromisslos gegen die chauvinistische antitürkische Kampagne. Gleichzeitig sind wir unversöhnliche Gegner der imperialistischen EU und jeder ihrer Ausweitungen. Dies würde nur die imperialistische Ausbeutung der türkischen Bevölkerung erleichtern, wozu auch die brutalen Kürzungsmaßnahmen gehören, die für Kandidaten erforderlich sind. Wie das rassistische Arbeitsverbot gegen die neuen EU-Mitglieder unterstreicht und die Kampagnen zur Unterdrückung von PKK und linken türkischen Organisationen in EU-Ländern zeigen, sind die EU-Imperialisten Feinde der Arbeiterklasse sowie der Kurden und anderer unterdrückter nationaler Minderheiten.“

Arbeiter in Deutschland müssen den Arbeitern in Osteuropa und der Türkei helfen im Kampf für ordentliche Löhne und Arbeitsbedingungen und gegen die Auswirkungen der Konterrevolution in Osteuropa. Dafür ist eine revolutionäre Partei notwendig, die auf einem Programm von internationalistischem Klassenkampf basiert. Letztendlich kann nur eine geplante Wirtschaft die riesigen ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen diesen Ländern schließen. Auf dieser Basis und mit dieser Perspektive kämpfen wir für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

PDS/WASG: Einig gegen Klassenkampf

Es bedurfte des Drucks von Lafontaine, um die WASG-Führung, die in den letzten Monaten versuchte, sich durch Antikommunismus und Hetze gegen die DDR einen Namen zu machen, zu einem Bündnis mit der PDS zu bewegen. Die Führung der WASG betonte immer, dass sie nach rechts hin offen sei, tatsächlich auch die CDU-Wähler ansprechen möchte, und sie machte dem ehemaligen Gesundheitsminister Seehofer (CSU) schöne Augen. Um ihre Respektabilität zu unterstreichen, suchten sie einen Pfaffen aus, der bei den NRW-Wahlen an der Spitze der WASG-Liste kandidierte. Die Aussicht, im Bundestag zu sitzen und der SPD das Händchen zu halten, überwand letztlich die Anti-PDS-Stimmung in der WASG.

Die PDS, die die DDR ausverkaufte, wobei Gorba-



dpa/Michael Hanschke

Berlin, 6. Juni: Bullen des SPD/PDS-Senats räumen brutal linkes Hausprojekt Yorckstraße 59 in Schöneberg

tschow die Fäden zog, ist im wiedervereinigten Deutschland mittlerweile bei den Kapitalisten nicht ungen gesehen, um die dreckigste Arbeit für sie zu erledigen. Der Berliner SPD/PDS-Senat ist seit Jahren die beispiellose *Speerspitze im Kampf gegen die Gewerkschaften*, um die Kahlschlagpolitik mit möglichst wenig Widerstand der Betroffenen durchzusetzen. Erst kürzlich erpresste der Senat von den Arbeitern der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) Lohnkürzungen von 10 Prozent bei dort bereits Beschäftigten und 25 Prozent bei Neueingestellten durch die Drohung mit weiterer Privatisierung. Die sozialdemokratische Ver.di-Führung leistete den sozialdemokratischen Verrätern im Senat aktive Schützenhilfe, indem sie die Streik-Urabstimmung gar nicht mehr auszählen ließ, statt den notwendigen Kampf der BVG-Arbeiter mit ihren Kollegen der Berliner S-Bahn zu organisieren. Diese offene Kapitulation vor dem Senat wird diesen nur ermutigen, auch die Löhne und

Gehälter aller anderen im Öffentlichen Dienst Beschäftigten massiv zu reduzieren. Klaus Wowereit, Harald Wolf, Heidi Knaake-Werner und Co. müssen gestoppt werden durch Klassenkampf gegen den SPD/PDS-Senat.

Die WASG-Führung selbst hält sich aus allen Klassenkämpfen heraus, um ja nicht in einen Loyalitätskonflikt mit der sozialdemokratischen Führung der Gewerkschaften zu geraten. Bei einer WASG-Veranstaltung am 29. Juni in Berlin zu dem Konflikt bei der BVG – mit prominenter Anwesenheit von SAV und Linksruck – wurde der Charakter dieses verrotteten Bündnisses deutlicher. Während ein Gewerkschaftsbürokrat darüber berichtete, wie ihm die Arbeiter die Hölle heiß machten für den Ausverkauf, wurden nur die SPD-Politiker im Senat erwähnt und über die Rolle der PDS und Lafontaines Rassismus verschämt geschwiegen. Nur wir Spartakisten kritisierten deren schmutzige Rolle. Diese Veranstaltung zeigte deutlich, dass die Politik der WASG nicht eine Seite mit den angegriffenen Arbeitern bezieht, sondern dass sie den Ausverkäufern assistiert. Unsere Seite ist die der Arbeiter, die gegen die sozialdemokratischen Ausverkäufer kämpfen wollen.

Das passt ganz in das Gesamtbild der WASG: kein Wort zu dem Daimler-Ausverkauf im letzten Jahr, da sie ja eine Wahlalternative sei. Zum wilden Streik bei Opel gab es Mitglieder der Basis, die auf den Kampf schauten und Unterstützungsarbeit leisteten, die WASG hatte aber als

Organisation keinerlei Interesse an diesem bedeutenden Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze der Opel-Arbeiter. In Wirklichkeit heißt dies bei einer zu einem großen Teil aus Gewerkschaftsfunktionären bestehenden Organisation, dass sie dem Streik in den Rücken gefallen ist. Aber nicht nur das. Als nach einem Bericht der SAV Opel-Arbeiter bei der NRW-Konferenz am 15. Januar ihren Fall – der Vorstand hatte es abgelehnt, sie als Betriebsgruppe in die WASG aufzunehmen – vortragen wollten, wurden sie rausgeschmissen, was nur zu deutlich beweist, was die WASG-Führung von kämpferischen Arbeitern hält. Die Arbeiterklasse hat eine PDS/WASG/Lafontaine-Partei – oder auch nur die einzelnen Bestandteile – so nötig wie Pest und Cholera. *Brecht mit sozialdemokratischem Reformismus! Keine Stimme für SPD, PDS/WASG/Linkspartei!*

SAV zeigt ihr sozialdemokratisches Gesicht

Die SAV, die innerhalb der WASG unschuldigerweise die Zielscheibe einer antikommunistischen Hexenjagd ist, versucht der WASG ein linkes Image zu verpassen und verschweigt bewusst die schmutzige Rolle der WASG-Führung in den Klassenkämpfen: „Die WASG muss zu einer kämpferischen Arbeiterpartei gemacht werden. Eine Partei ist nötig, die ihren Schwerpunkt nicht in der parlamentarischen Arbeit sieht, sondern im Widerstand in den Betrieben und auf der Straße“ (*Solidarität*, Juni/Juli 2005). Die SAV stellte als Begründung für ihre Ablehnung eines Bündnisses von WASG und PDS die Regierungsbeteiligung der PDS in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern in den Vordergrund. Letztes Jahr gaben wir der SAV kritische Wahlunterstützung bei den Kommunalwahlen in Rostock, weil sie – was außergewöhnlich ist – dort unabhängig und gegen die PDS (und SPD) antrat und eine grobe Klassenlinie zog, was sie andernorts nicht tat. Die SAV lehnte unser

Fortgesetzt auf Seite 10

Linkspartei...

Fortsetzung von Seite 9

Angebot ab, weil wir Michael Jackson gegen die rassistische Kampagne des bürgerlichen US-Staates verteidigten. Diese prüde, gegenüber Rassismus bestenfalls gleichgültige Rückständigkeit der SAV ist konkreter Ausdruck ihrer Unterstützung der sozialdemokratischen WASG, gegenüber der sie sich als respektabel beweisen will, und es ist Ausdruck ihrer Unterstützung des kapitalistischen Staats und der bürgerlichen Familienwerte, auf die er sich stützt.

Wie wenig der Bezug der SAV auf eine „kämpferische Arbeiterpartei“ wert ist, zeigt sich deutlich an ihrer Bejubelung von Lafontaines Auftritt in Köln und der Unterstützung des Bündnisses mit der PDS. Beides enttarnt den prinzipienlosen Opportunismus der SAV:

„Dankbar nahmen die Delegierten auf, wie der künftige Spitzenkandidat die wirtschaftlich Mächtigen ins Visier nahm und die Politik der etablierten Parteien geißelte. Trotz mancher Vorbehalte – mit Lafontaine zog die Gewissheit ein: Wir können es schaffen, erfolgreich zu sein und eine Stimme für die Opfer von Kahlschlag und Kürzungen, für die Masse der Bevölkerung, im Bundestag erheben...“

Die SAV-Mitglieder machten auf dem Parteitag deutlich, sich auch in Zukunft konstruktiv am Aufbau der WASG mit der Ausrichtung auf eine kämpferische Arbeiterpartei zu beteiligen und unmittelbar engagiert und entschlossen an einem WASG-Wahlkampf – ob auf der kritisierten PDS-Liste oder eigenständig – einzusetzen. Selbst in dieser Form sorgt die Kandidatur für eine enorme Politisierung neuer Schichten von Beschäftigten und Erwerbslosen.“ („Lafontaine auf Platz 1 in NRW“, *sozialismus.info*, 20. Juni)

Wenn das nicht der blanke parlamentarische Kretinismus ist! Trotz aller linken Rhetorik der SAV über eine neue Arbeiterpartei zeigten wir bereits im Herbst 2004 auf, wie ähnlich die Programme von Lafontaine und der SAV sind:

„Sehen wir uns das ‚sozialistische‘ Programm der SAV mal näher an: ‚Wir fordern, dass die Reichen und Superreichen zur Kasse gebeten werden, um Sozialleistungen und ein gutes Gesundheitswesen zu finanzieren. Eine drastische progressive Besteuerung auf Gewinne und Vermö-

gen wäre ein erster Schritt in diese Richtung‘ (*Solidarität*, September 2004). Dies stellt im Kern genau das dar, was Lafontaine argumentiert. Die SAV argumentiert aber auch, man höre und staune, für ‚sinnvolle Enteignungen‘. Was darunter zu verstehen ist, wird dann auch erklärt: ‚Nämlich von solchen Firmen, die dicht machen, verlagern oder Arbeitsplätze im großen Umfang vernichten ... [sowie] die großen Banken und Konzerne generell‘. Ohne den revolutionären Sturz des kapitalistischen Staats aber, und darüber spricht die SAV nie, bleibt dieses schon sehr limitierte Programm von Enteignungen der Kapitalisten einfach ein utopischer sozialdemokratischer Traum, der darauf baut, dass man den kapitalistischen Staat für die Zwecke der proletarischen Machtübernahme benutzen kann.“

Als die SPD nach der Wiedervereinigung anfang, zusammen mit der Kohl-Regierung die Arbeiterklasse zu attackieren, trat die SAV nach Jahrzehnten Mitgliedschaft aus der SPD aus und bezeichnete die SPD von da an als bürgerliche Partei. Die exstalinistische PDS hatte inzwischen ihren sozialdemokratischen Charakter ausreichend demonstriert, um die Unterstützung der SAV zu bekommen. Auch bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2002, woraus der jetzige SPD/PDS-Senat entstand, unterstützte die SAV die PDS. Jetzt zeigt sich die SAV enttäuscht von der PDS, weil diese genau das tut, was sie ankündigte und wovon jeder wusste, dass sie es tun würde. Jetzt erwartet die SAV von der WASG, dass die den Kampf führt, wobei jedem, der sehen will, klar ist, dass das, was da entsteht, fragil wie es ist, bestenfalls ein Neuaufguss der Sozialdemokratie ist, ein weiteres Hindernis für den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei.

Für ein revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Viele linke Organisationen wie DKP, Linksruck, SAV oder die Gruppe Arbeitermacht versuchen, Arbeitern und linken Jugendlichen die WASG und/oder PDS als klassenkämpferische Arbeiterpartei oder linke Alternative zu verkaufen, und unterstützen sie politisch. Die Basis dafür ist, dass diese Organisationen weitgehend die Sozialdemokratie mit dem Sozialstaat identifizieren, und die WASG stellt sich als „Sozialstaatspartei“ dar. Die Kapita-

Fortgesetzt auf Seite 29

SPARTACIST

Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten).

Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.



English edition No. 58
(60 pages) US \$1.50



Edition français n° 36
(60 pages) 1,50 €



Deutsche Ausgabe Nr. 24
(64 Seiten) € 1,50



Edición en español No. 33
(64 páginas) 1,50 €

Vorhergehende Ausgaben erhältlich. Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin

Sozialforen...

Fortsetzung von Seite 32

An der Spitze der Mechanismen zur Übernahme von „Anti-Globalisierungs“-Protesten stehen das Welt-Sozialforum (WSF) und das Europäische Sozialforum (ESF), die hauptsächlich von denselben Kräften geführt und organisiert werden, die „Make Poverty History“ anführen. Von Anfang an, seit 2001, wurden diese Sozialforen dazu benutzt, die Welle von Massenprotesten zu entschärfen, die sich gegen G8, Welthandelsorganisation (WTO), Internationaler Währungsfonds (IWF) und andere imperialistische Agenturen richten und für die die Proteste von Seattle 1999 ein Beispiel sind. Der Zweck war es, radikale Jugendliche wegzuholen von offenen Auseinandersetzungen mit den Kräften des kapitalistischen Staats und sie hinter der „demokratischen Alternative“ des parlamentarischen Reformismus zusammenzutreiben, aber gleichzeitig so zu tun, als wären diese Schwatzbuden „außerparlamentarisch“. Der Einsatz von Tränengas, Wasserwerfern und Kugeln des kapitalistischen Staats, wie im Juli 2001 in Genua geschehen, galt niemals dem WSF und ESF, denn diese Sozialforen wurden von verschiedenen Agenturen der imperialistischen Herrscher unterstützt und finanziert.

Das liegt daran, dass die Sozialforen und die so genannte „antikapitalistische“ Bewegung in Wirklichkeit keine grundsätzliche Bedrohung für die kapitalistische Herrschaft darstellen. Ihre Organisatoren teilen den vorherrschenden Mythos der „nachsowjetischen“ Welt: dass Klassenkampf gegen die kapitalistische Ordnung ein Ding der Vergangenheit sei; dass die Arbeiterklasse als ein Faktor für gesellschaftliche Veränderungen ohne Bedeutung sei und das Beste, was man erreichen könne, sei es, dem System ein „menschliches“ Antlitz zu geben. In Wahrheit ist das kapitalistische System wie eh und je von der Arbeiterklasse abhängig, die die Macht hat, den Kapitalismus zu stürzen. Um das zu erreichen, muss sich die Arbeiterklasse bewusst werden, dass ihre eigenen Interessen mit denen der Kapitalisten unvereinbar sind. Die Sozialforen sind ein Hindernis für dieses Klassenbewusstsein.

Sozialforen und staatliche Finanzierung

Die Europäischen und Welt-Sozialforen wurden alle vom kapitalistischen Staat desjenigen Landes finanziert, in dem sie jeweils stattfanden, und erhielten offizielle Unterstützung entweder von der bürgerlichen Stadtregierung oder vom Bürgermeisteramt. Die Liste der Sponsoren für das WSF beinhaltete nicht nur die Regierung der Stadt Porto Alegre, die Landesregierung von Rio Grande do Sul und die Bundesregierung von Brasilien, sondern auch die Banco do Brasil und ihre größte Erdöl-Gesellschaft, Petrobras! Das ESF von 2002 wurde von der Stadt Florenz finanziert und das ESF von 2003 in Paris von der Chirac-Regierung. Das Londoner ESF von 2004 hatte als Geldgeber und Gastgeber das Bürgermeisteramt von New Labour unter Ken Livingstone, der die imperialistische Bombardierung Serbiens unterstützt und den Polizeiterror gegen „antikapitalistische“ Demonstranten am Maifeiertag 2000 bejubelt hatte.

Die Sozialforen waren ebenfalls alle dominiert von den zu Unrecht so bezeichneten „Nichtregierungs“organisationen (NGOs). Natürlich sind diese Organisationen, die von Kirchen und kapitalistischen Staaten die Zustimmung und einen Großteil ihrer Geldmittel erhalten, kaum unabhängig von den Regierungen, denen gegenüber sie zur Rechenschaft verpflichtet sind. Wohltätigkeitsvereine sind seit langem das „menschlich-freundliche“ Gesicht imperialistischer Einmischung und von multinationalen Konzernen, die danach streben, die Länder der „Dritten Welt“ wirt-

schaftlich auszuplündern. Bekannte NGOs bei Sozialforen waren Oxfam, War on Want und Christian Aid. Der Hauptsponsor von NGOs rund um die Welt sind die Vereinten Nationen, die selber geschaffen wurden, um den Verwüstungen durch den Imperialismus, besonders den US-Imperialismus, einen menschenfreundlichen Anstrich zu geben. Zu dieser Tradition passend erhielt das Welt-Sozialforum in Porto Alegre im Januar 2003 eine Unterstützungsbotschaft von UN-Generalsekretär Kofi Annan.

Wie das alte Sprichwort sagt: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing.“ Und während all die Sozialforen gegen die wahrlich grausame und durchgeknallte Bush-Regierung in den USA wettern, gehören zu den Geldgebern des WSF immerhin solche Stiftungen wie der Rockefeller Brothers Fund und die Ford Foundation. Die Rockefeller-Stiftung wurde benutzt, um das Ansehen der Rockefeller wieder aufzubessern, nachdem bei dem Massaker am 20. April 1914 in Ludlow, Colorado, 20 Menschen – einschließlich Kindern – von Firmen-Wachschutz und -Miliz während eines erbitterten Kampfes der Bergarbeitergewerkschaft ermordet wurden. Die Ford Foundation wurde 1936 bekannt auf dem Gipfel der Arbeiterkämpfe in der Automobilindustrie der USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde sie zu einem Kanal für CIA-Gelder an antikommunistische Machenschaften rund um die Welt.

Während die Welt-Sozialforen von manchen der berüchtigtsten Agenturen des US-Imperialismus finanziert wurden, waren sie nicht so freundlich zu denjenigen, die man für eine potentielle Bedrohung der Interessen des Imperialismus hielt. Die Erklärung in der Grundsatz-Charta des WSF: „Weder RepräsentantInnen von Parteien noch militärische Organisationen können am Forum teilnehmen“, wurde dazu benutzt, die Zapatistas auszuschließen sowie die FARC (Revolutionäre Armee von Kolumbien). Selbst die Madres de Plaza de Mayo, eine Organisation von Müttern der Linken, die während der argentinischen Militärdiktatur 1976–1983 „verschwunden“ worden sind, wurde vom WSF 2002 ausgeschlossen. Andererseits wurden verschiedenen kapitalistischen Regierungschefs – die an der Spitze von „besonderen Formationen bewaffneter Menschen“ stehen, besser bekannt als kapitalistischer Staat – ein herzliches Willkommen entgegengebracht.

Ein scharfsinniger Artikel von Rajani X Desai mit der Überschrift „The Economics and Politics of the World Social Forum“ in *Aspects of India's Economy* (September 2003) erfasste den Zweck und Charakter der Sozialforen:

Fortgesetzt auf Seite 12

SPARTACIST

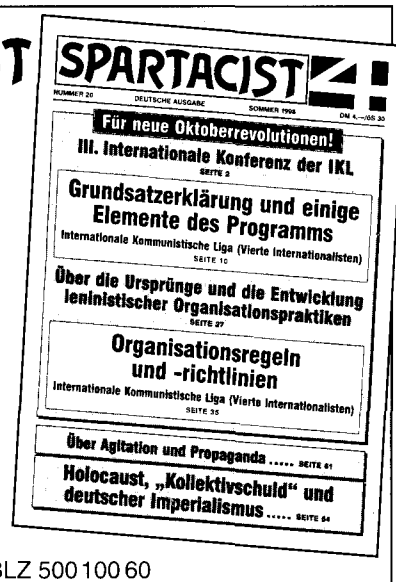
Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998

€ 2,-
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60



Sozialforen...

Fortsetzung von Seite 11

„Während mehrere politische Kräfte, die für einen Systemwechsel kämpfen, von den WSF-Treffen ausgeschlossen wurden, waren politische Führer der imperialistischen Staaten scharenweise anwesend. Nicht nur das WSF als Institution erhält Gelder von Agenturen, die gebunden sind an imperialistische Interessen und Operationen, sondern auch unzählige Institutionen, die am WSF teilnehmen, sind von solchen Agenturen abhängig. Die Auswirkungen davon kann man an der Geschichte einer

gigkeit gegenüber und Zusammenarbeit mit IWF und Weltbank sind. Aber die Wahrheit ist, dass Lula die Politik und das Programm des WSF auf der Ebene der Staatsmacht repräsentiert. Genau das ist bekannt als Volksfront: ein klassenkollaborationistischer politischer Block von Organisationen der Arbeiterklasse mit kapitalistischen Agenturen, bei dem die Politik des proletarischen Teils des Blocks untergeordnet ist der Politik der Bourgeoisie, der Verteidigung des bürgerlichen Staates und des Kapitalismus. Wie Lulas Regierung in Brasilien werden Volksfronten von den Herrschern eingesetzt, damit sie den Arbeitern den Kahlschlag effektiver verkaufen, als es die diskreditierten bürgerlichen



AP



Simone Bruno

Links: Brasilianische Bullen beim Angriff auf Demonstranten von der Bewegung landloser Bauern (MST) in Brasilia, 17. Mai. Rechts: Lula, Chef der brasilianischen Volksfrontregierung, spricht Anfang dieses Jahres beim Welt-Sozialforum in Porto Allegre

dieser Agenturen sehen, der Ford Foundation, die international mit der Central Intelligence Agency [CIA] der USA eng zusammengearbeitet hat und in Indien geholfen hat, die Regierungspolitik zu Gunsten der amerikanischen Interessen zu gestalten.“

Linker Deckmantel für Klassenzusammenarbeit

Die Tatsache, dass die Welt- und Europäischen Sozialforen alle von verschiedenen kapitalistischen Regierungen und Agenturen gekauft und bezahlt wurden, ist kein großes Problem für die SWP. Wie SWP-Führer (und prominenter Sprecher auf der Bühne von Sozialforen) Alex Callinicos es schamlos formulierte: „Wir haben alle verstanden, dass ein Massen-Sozialforum Geld braucht, und Geld bedeutet Kompromisse“ (International Socialist Tendency *Discussion Bulletin*, Januar 2005). In der Tat! Solche Ansichten sind kaum eine Eigenart von Callinicos. Das erste Welt-Sozialforum im Jahr 2001 wurde teilweise organisiert vom pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariat (VS). Dort wurden junge Radikale mittels scherzhafter „Teilnehmer-Etats“ im Verwalten einschneidender Sparmaßnahmen für den kapitalistischen Staat geschult. Das WSF war für die kapitalistischen Gönner, die es finanzierten, das Geld wert. Heute verwaltet die Arbeiterpartei (PT) des brasilianischen Präsidenten Lula – mit der Hilfe eines „Genossen Ministers“, der ein Mitglied des VS ist – den kapitalistischen Staat in Brasilien und befolgt sklavisch die Befehle des IWF, indem sie der verarmten Bevölkerung einschneidende Sparmaßnahmen verordnet.

Beim letzten WSF im Januar wurde Lula von vielen Teilnehmern kräftig ausgepiffen, die gegen seine offene Gefü-

Parteien können.

Da Lula inzwischen wegen seiner Angriffe auf brasilianische Arbeiter und Bauern diskreditiert ist, war der neue Held des WSF 2005 Venezuelas Präsident Hugo Chávez. Das war eine ziemliche Kehrtwende, denn zum WSF 2003, als er gegen die Versuche der US-Regierung, ihn zu stürzen, kämpfte, war er nicht eingeladen und bekam keinen offiziellen Status, als er trotzdem auftauchte. Chávez' Beliebtheit bei den Unterdrückten in Venezuela rührt von der Tatsache her, dass er die Öl-Einnahmen dazu benutzt hat, Reformen zugunsten der Armen einzuführen, und dass er nicht als ein Lakai der USA gilt. Aber das sind noch nicht einmal grundlegende Strukturreformen, schon gar keine soziale Revolution, und sie unterliegen den Schwankungen der Weltmarktpreise für Erdöl.

Chávez ist ein bürgerlicher Nationalist, der für den Kapitalismus in Venezuela regiert. Nationalistischer Populismus und wirtschaftlicher Neoliberalismus sind lediglich alternative Methoden der Herrschaft derselben Kapitalistenklasse. Es ist eine Tatsache, dass viele der Großgrundbesitzer und Kapitalisten in Venezuela über Chávez schimpfen wie auch die Neokonservativen in der Bush-Regierung, die im April 2002 einen Militärputsch gegen ihn unterstützt hat. Aber rationalere Vertreter des Imperialismus sehen in Chávez, mit seiner populären Anziehungskraft, einen Mann, dem man vertrauen kann, dass er ihre Investitionen schützt. Den Sieg von Chávez 2004 beim Volksentscheid über seine Abberufung wurde als ein Garant für „Stabilität“ begrüßt von solchen Sprachrohren des Imperialismus wie der *Financial Times* und der *New York Times*. Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 831, 3. September 2004, schrieben (übersetzt in

Spartakist Nr. 156, Herbst 2004):

„Die sich unmittelbar aufdrängende Perspektive besteht nicht nur darin, sich den Vorstößen des US-Imperialismus in Venezuela und anderen Ländern zu widersetzen; man muss auch dafür kämpfen, die Unterstützung der Arbeiterbewegung für Chávez oder die Opposition zu erschüttern und eine revolutionäre internationalistische Arbeiterpartei zu schmieden, um die Arbeiterklasse zur Macht zu führen. Das erfordert einen unnachgiebigen Kampf gegen den Nationalismus in Venezuela, der die Klassenlinien vernebelt. Nur der siegreiche Kampf für die Herrschaft der Arbeiterklasse, das heißt eine sozialistische Revolution auf dem gesamten amerikanischen Kontinent, wird den Landlosen Land garantieren und es den Ölarbeitern und anderen Proletariern ermöglichen, in den Genuss des durch ihre Arbeit geschaffenen Reichtums zu kommen.“

Indem die Sozialforen bürgerliche Nationalisten wie Chávez als Kämpfer gegen „Globalisierung“ hinstellen, machen sie sich nützlich gegen den Kampf um eine sozialistische Revolution und ketten die Arbeiterklasse an ihre „eigene“ nationale Kapitalistenklasse. Tatsächlich wurden die Welt-Sozialforen alle deshalb in Ländern der „Dritten Welt“ wie Brasilien und Indien abgehalten, um die Klassengegensätze zwischen der Arbeiterklasse dieser Länder und ihren einheimischen bürgerlichen Ausbeutern zu verbergen. Die Botschaft war, man könne sich darauf verlassen, dass die Bourgeoisie des „Globalen Südens“ sich „den Menschen“ anschließt und gegen „Globalisierung“ kämpft. Aber die Hauptsorge der Kapitalisten der „Dritten Welt“ gilt der Verteidigung ihrer Profite, bei der sie von den Imperialisten abhängig sind und für die sie die maximale Ausbeutung der Arbeiterklasse brauchen.

Mit demselben Ziel, die Ausgebeuteten an ihre Ausbeuter zu ketten, schürt das ESF die Illusion in ein humanes „Soziales Europa“ unter dem Kapitalismus, im Gegensatz zum „neoliberalen“ Modell, das von den USA und Britannien repräsentiert wird. Gerade die Propaganda für diese Vision eines „Sozialen Europas“ hat das ESF attraktiv gemacht für die prokapitalistischen Gewerkschaftsführer sowie die sozialdemokratischen Politiker vom ganzen Kontinent. Die politische Perspektive des Europäischen Gewerkschaftsbundes wurde von dessen Generalsekretär bei den Protesten gegen den EU-Gipfel 2000 in Nizza zum Ausdruck gebracht: „Nötig ist die Einbeziehung der Gewerkschaften und NGOs in die Entscheidungsfindungsstrukturen in Brüssel... Wir stimmen zu, dass Europa konkurrenzfähiger werden muss, ja. Aber das neue Europa muss ebenfalls eine würdevolle Lebensqualität für alle seine Bürger beinhalten“ (zitiert in „The Economics and Politics of the World Social Forum“). „Konkurrenzfähiger“ werden bedeutet, größere Profite aus dem Schweiß und der Schufterei der Arbeiterklasse herauszuholen. Die Bürokraten des britischen Trades Union Congress (TUC) unterstützten das ESF 2004 in London und benutzten es als Gelegenheit, um Sobhi Al-Mashadani vom Irakischem Gewerkschaftsbund (IFTU) auftreten zu lassen, der eine Marionette des Marionettenregimes der Imperialisten im Irak ist. Dies war nach der Konferenz der Labour Party, wo auf Geheiß der Gewerkschaftsbürokraten ein anderer IFTU-Repräsentant, Abdullah Muhsin, die imperialistische Besetzung unterstützte, indem er mit dafür sorgte, dass ein Antrag abgeschmettert wurde, der einen schnellen Abzug britischer Truppen aus dem Irak forderte.

Workers Power im Banne ihrer eigenen Hypnose

In ihrer Broschüre *Anti-Capitalism: Summit Sieges and Social Forums* [Anti-Kapitalismus: Gipfel-Belagerungen

und Sozialforen] (2005) posiert die Liga für die Fünfte Internationale (L5I) von Workers Power [in Deutschland Gruppe Arbeitermacht, GAM] als linker Kritiker von WSF-Organisatoren wie Bernard Cassen und Susan George von ATTAC, einer Organisation, die gegründet wurde, um für eine Steuer auf internationale Finanztransaktionen und gegen „Neoliberalismus“ einzutreten. Trotz der Tatsache, dass ihre Büros mit Unterstützern der Kommunistischen Partei Frankreichs und des VS besetzt sind, gibt ATTAC nicht vor, gegen Kapitalismus zu sein. Es ist eine völlig bürgerliche Organisation, die mit ihren engen Beziehungen zur französischen Volksfront-Regierung von Lionel Jospin geprahlt hat. Doch in Bezug auf Cassen und George argumentiert die L5I: „Wir brauchen keinerlei künstliche Spaltung mit ihnen herbeizuführen. Aber ebenso brauchen wir uns vor einer Spaltung mit ihnen nicht zu fürchten. Wenn wir entschlossen vorangehen, werden sie uns sofort im Stich lassen.“ Mit einer „künstlichen Spaltung“ meint die L5I eine *Spaltung entlang von Klassenlinien*. Die L5I ist nicht gegen Klassenzusammenarbeit; sie will bloß eine militantere Volksfront.

Tatsächlich haben L5I, Workers Power und ihre Jugendgruppe Revolution die verrückte Vorstellung, dass sie nicht nur eine „Bewegung“, sondern sogar eine „revolutionäre“ Partei aus diesen klassenübergreifenden, staatlich finanzierten Bündnissen aufbauen können: „Die antikapitalistische Bewegung, die Arbeiterbewegung, die Bewegung der rassistisch und national Unterdrückten, Jugendliche, Frauen, alle muss man zusammenbringen, um eine neue Internationale zu schaffen – eine Weltpartei der sozialistischen Revolution“ (*Anti-Capitalism: Summit Sieges and Social Forums*). Workers Power beschwert sich lauthals über die Vorherrschaft rechter Bürokraten und versucht gleichzeitig, „demokratische Strukturen“ innerhalb der Sozialforen zu erreichen, um die Umwandlung der Bewegung hinzukriegen. Sie drängen darauf, „Initiativen wie die Versammlung Sozialer Bewegungen“ zu nutzen, „um dauerhafte Delegierten-basierte, gewählte Koordinierungsgremien vorzuschlagen, die den Weg bereiten können für einen strukturierten Kongress, in dem organisatorische und politische Vorschläge ausdiskutiert, geändert und angenommen werden können“.

In der Gleichung von Workers Power gibt es keinerlei Kampf gegen den ganzen Zweck dieser Sozialforen, die auf der *Aufrechterhaltung* des kapitalistischen Systems aufbauen und lediglich versuchen, ihm eine „demokratischere“ und „menschfreundlichere“ Kosmetik zu verpassen. Aber selbst Workers Power ist gezwungen zuzugeben, dass diesen

Fortgesetzt auf Seite 14

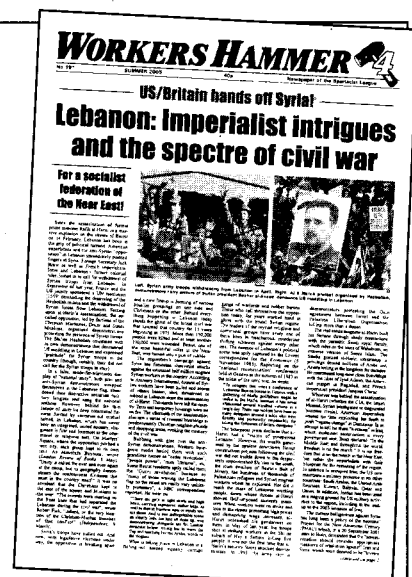
Abonniere jetzt!

Zeitung der
Spartacist
League/Britain

Jahresabo
€ 7,- (Europa)
€ 10,- (Übersee Luftpost)

inkl. *Spartacist*
(englische Ausgabe)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Sozialforen...

Fortsetzung von Seite 13

Versammlungen eine Konzeption fehlt vom „kapitalistischen Staat als dem Feind“, von „der Arbeiterklasse als der Kraft“ und vom „Sozialismus als der einzig möglichen Basis für die ‚andere Welt‘, die sie aufbauen will“ (*Workers Power*, März 2005).

Die Wirklichkeit der Klassenzusammenarbeit wurde krass deutlich beim ersten ESF in Florenz 2002. Die LSI schwärmte: „Die reine Euphorie darüber, ‚tout ensemble‘ (alle zusammen) zu sein, bedeutete, dass sogar unverbesserte Reformisten wie revolutionäre Energiebündel sprachen. Auch wurde jeder mitgerissen von der Dringlichkeit, alles Mögliche zu tun, um George Bushs Krieg gegen den Irak zu stoppen.“ „Alles Mögliche“ beinhaltete einen expliziten Appell an Europas imperialistische Herrscher, sich gegen die US-Pläne zur Invasion des Irak zu stellen, unterzeichnet von einem Spektrum der europäischen Linken einschließlich SWP, Workers Power und Revolution bei einem Brüsseler Treffen zur Vorbereitung des ESF von Florenz. Darin hieß es: „Wir fordern alle Staats- und Regierungschefs Europas auf: Sprechen Sie sich öffentlich gegen diesen Krieg aus, unabhängig davon, ob die UNO ihn am Ende billigt oder nicht! Fordern Sie von George W. Bush, auf seine Kriegspläne zu verzichten“ (*Liberazione*, 13. September 2002): Dieser jämmerliche Appell an die „friedliebenden“ kapitalistischen Herrscher Europas dient nur dazu, die Ausgebeuteten an ihre Ausbeuter zu ketten.

Die Hauptakteure hinter dem ESF von Florenz waren italienische reformistische Massenparteien wie Rifondazione comunista (RC) und Demokratische Linke (DS). In den 1990er-Jahren bildete DS einen Teil der „Olivenbaum“-Koalitionsregierung, die im Dienste des italienischen Imperialismus Terror gegen Immigranten und scharfe Angriffe auf die Arbeiterklasse durchführte. Bis Ende 1998 bildete RC eine stillschweigende Koalition mit DS. Das ESF bietet diesen vollendeten Volksfront-Politikern eine billige Möglichkeit, Unterstützung zurück zu gewinnen, so dass sie wieder an die Regierung kommen können. Ebenso wurde das Pariser ESF organisiert von der Kommunistischen Partei (PCF) und Alain Krivines pseudotrotzkistischer Ligue communiste révolutionnaire (LCR). Dieselben Kräfte arbeiten heute in Frankreich, wo Chiracs Regierung völlig diskreditiert ist durch die Abstimmung gegen die EU-Verfassung, fieberhaft daran, ein neues Bündnis der Klassenzusammenarbeit zusammenzustellen, in der Hoffnung, die Regierung zu übernehmen. Das bedeutet, die Angriffe auf Sozialleistungen durchzuführen und auch den rassistischen „Krieg gegen den Terror“:

Die Volksfront: keine Taktik, sondern das größte Verbrechen

Die grundlegende Aufgabe revolutionärer Marxisten ist es, die Arbeiterklasse und radikale Jugendliche von der Vorstellung zu brechen, sie könnten eine gemeinsame fortschrittliche Zukunft mit den Vertretern der herrschenden Kapitalistenklasse aushandeln, die verantwortlich ist für Ausbeutung, imperialistischen Krieg, Rassismus sowie Frauen- und sexuelle Unterdrückung. Da die Arbeiterklasse den Reichtum der kapitalistischen Gesellschaft produziert, und die Profite der Bourgeoisie, ist sie der einzige Faktor mit der sozialen Macht und dem objektiven Interesse, das kapitalistische System zu stürzen und seinen Staat zu zerschmettern. Dies erfordert eine sozialistische Revolution, die die Diktatur der Bourgeoisie durch einen Arbeiterstaat ersetzt, der

eine vergesellschaftete, geplante Wirtschaft verteidigen und verwalten wird. Im internationalen Rahmen würde damit die Grundlage geschaffen, den Mangel zu beseitigen und für die Bedürfnisse der ganzen Menschheit zu produzieren. Das einzige Werkzeug, das den proletarischen Kampf für den Sturz des Kapitalismus organisieren kann, ist eine revolutionäre Avantgardepartei.

Das ist entgegengesetzt zur Klassenzusammenarbeit der Sozialforen. Die Sozialforen – zugeschnitten auf die Ansichten von Aktivisten, die genug haben von parlamentarischer Politik und Parteien – sind Volksfronten, die den Mythos verbreiten, ein „Volksbündnis“ mit angeblich „fortschrittlichen“ Kapitalisten könne mit den verheerenden Auswirkungen des Imperialismus Schluss machen. Die Volksfront war die bevorzugte Waffe der Stalinisten in den 1930er-Jahren,



AP/Enrique Aracena/FILE

Volksfrontregierung in Chile 1973 unter Salvador Allende (rechts) ebnete Weg für Putsch durch Pinochet (links). Klassenzusammenarbeit der Volksfront fesselt das Proletariat und ist tödliche Sackgasse

eingesetzt zu dem Zweck, eine Arbeiterrevolution zu verhindern. Trotzki war vehement gegen die Volksfront und warnte unablässig vor ihren schrecklichen Konsequenzen für die Arbeiterklasse. Wie der damalige trotzkistische Führer James Burnham 1937 in seiner Broschüre „The People’s Front, the New Betrayal“ [Die Volksfront, der neue Verrat] betonte:

„Wenn das Proletariat, durch seine Parteien, sein eigenes unabhängiges Programm aufgibt, heißt das, dass es sein unabhängiges Funktionieren als Klasse aufgibt... Durch das Akzeptieren des Programms der Volksfront akzeptiert es damit die Ziele eines anderen Teils der Gesellschaft; es akzeptiert das Ziel der Verteidigung des Kapitalismus, während die ganze Geschichte beweist, dass nur der Sturz des Kapitalismus den Interessen des Proletariats dienen kann.“

Die Volksfront hatte oft blutige Konsequenzen für die Arbeiterklasse und die Unterdrückten. Ein klassisches Beispiel ist Chile 1973, wo Salvador Allende und seine reformistischen Kollegen die revolutionär gesinnte Arbeiterklasse in eine Koalitionsregierung mit den Kapitalisten führten. Allende gelobte, die kapitalistische Ordnung und den Staat nicht in Frage zu stellen; er beendete die Landbesetzungen der Bauern und die Übernahme von Fabriken durch Arbeiter. Mit Hilfe des US-Imperialismus wandte sich die chilenische Bourgeoisie dann an General

Augusto Pinochet, um die Arbeiterklasse und ihre Führer (einschließlich Allende) anzugreifen, und errichtete eine brutale Militärdiktatur, die 30 000 Menschen umbrachte.

Von Seattle zu den Sozialforen

In der Hoffnung, militante Jugendliche anzusprechen, die die Sozialforen als endlose Schwatzbuden verachten, plädiert die LSI für eine Rückkehr zu den Straßendemonstrationen von Seattle und Genua. Ihre Broschüre verkündet: „Fünf Jahre lang hat unsere Bewegung die Gipfel der Reichen und Mächtigen belagert... Sie muss zur Straße zurückkehren und ihre Absicht durch direkte Massenaktion zeigen; eine Welt aufzubauen ohne Klassen, Unterdrückung, Rassismus, Krieg und Imperialismus.“ Aber die Politik des WSF ist eine Erweiterung und kein Gegensatz zu der Politik von Seattle. Zwar war Seattle für viele Jugendliche attraktiv, die gegen die internationalen Auswirkungen des Kapitalismus sind, aber politisch hatten dort die Sozialdemokraten und Gewerkschaftsbürokraten das Sagen, die mit ihren antikommunistischen Tiraden gegen China die Interessen der imperialistischen Herrscher wiedergeben; deren Ziel ist die Wiederherstellung des Systems der kapitalistischen Ausbeutung im chinesischen deformierten Arbeiterstaat. Protest durch „direkte Aktion“ auf der Grundlage von proimperialistischer Volksfrontpolitik ist nichts anderes als „militante“ Klassenzusammenarbeit.

Hintergrund für die starke Vermehrung der Sozialforen sind die Konterrevolution in der ehemaligen UdSSR und die ideologische Kampagne der Bourgeoisie vom „Tod des Kommunismus“. Typisch für den Rückgang des Bewusstseins, der durch die Zerstörung der Sowjetunion herbeigeführt wurde, ist die bei jungen Linken weit verbreitete Vorstellung, dass die Arbeiterklasse bedeutungslos sei als Faktor für eine gesellschaftliche Veränderung oder bloß ein weiteres Opfer von Unterdrückung. Unterdessen rechtfertigen Gewerkschaftsbürokraten jetzt den Verrat von Arbeiterkämpfen damit, dass sie argumentieren, „Globalisierung“ mache den Klassenkampf ineffektiv, weil die Kapitalisten die Produktion leicht in Niedriglohnländer Asiens oder Osteuropas verlagern können. Es hat zwar in den letzten Jahrzehnten bestimmte *quantitative* Veränderungen in der Weltwirtschaft gegeben, aber „Globalisierung“ ist kein *qualitativ* neues Phänomen. Die Tatsache, dass die kapitalistische Marktwirtschaft „global“ ist, dass Banken und Konzerne diejenigen (Niedriglohn-)Länder aussuchen, wo sie den höchsten Gewinn machen können, und die Internationalisierung des Finanzkapitals wurden von W. I. Lenin vor fast 90 Jahren erklärt:

„Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Trusts begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“

(*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*)

Armut, Krankheit, Ausbeutung und Krieg sind keine Abweichungen im kapitalistischen System, sondern ein wesentlicher Bestandteil seiner Funktionsweise. Nur durch den Sturz des Kapitalismus können die Produktivkräfte so entwickelt werden, dass sie der gesamten Menschheit einen würdigen Lebensstandard bieten.

Als es nach dem Polizeimord an dem linken Demonstranten Carlo Giuliani in Genua 2001 eine internationale Hexenjagd gegen „Direkte-Aktion“-Anarchisten des Schwarzen Blocks gab, machte die Masse der sozialdemokratischen Linken in der Anti-Globalisierungs-Bewegung bei der Hetze mit, den Schwarzen Block als Gewalttäter und

Provokateure hinzustellen. Wir von der IKL stachen hervor mit unserer offenen Verteidigung des Schwarzen Blocks gegen den kapitalistischen Staat und seine Lakaien. Gleichzeitig betonten wir:

„Den sehr zahlreichen jungen Radikalen, die von den ‚Anti-Globalisierungs‘-Protesten in den letzten Jahren angezogen wurden, stellt sich die Frage: Wie verändert man die Welt? Zwar haben die Proteste mit Erfolg die Imperialisten dazu gezwungen, ihre zukünftigen Treffen in abgelegenen Provinznestern zu planen, doch dies behindert das Funktionieren des kapitalistischen Systems nicht im geringsten. Die Abschaffung von imperialistischer Ausbeutung erfordert eine politische Mobilisierung des Proletariats in einer gründlichen sozialistischen Revolution...“

Notwendig ist eine neue, revolutionäre Führung der Arbeiterklasse, ein Volkstribun und Kämpfer für die Belange aller Unterdrückten. Es ist notwendig, mit der Politik der Klassenzusammenarbeit zu brechen, die von denen betrieben wird, die im Namen des ‚kleineren Übels‘ die lebenswichtigen Interessen des Proletariats den Interessen seiner kapitalistischen Ausbeuter und Unterdrücker unterordnen. Es ist notwendig, eine revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden, die dafür kämpft, eine Arbeiterregierung zu errichten durch eine sozialistische Revolution gegen das gesamte kapitalistische System.“ („Blood and Bullets in Genoa“ [Blut und Kugeln in Genua], *Workers Vanguard* Nr. 762, 3. August 2001)

Wir Marxisten von der Spartakist-Jugend und der Internationalen Kommunistischen Liga verstehen, dass der Kampf für die Unabhängigkeit der Arbeiterklasse die Voraussetzung ist für die Emanzipation der Menschheit durch sozialistische Revolution. Unsere Haltung zu den Sozialforen, wie zu jeder anderen Volksfront, ist die, dass wir durch unsere Interventionen, in denen wir diesen Betrug präzise charakterisieren und erklären, gegen sie auftreten. Damit versuchen wir diejenigen, die wirklich gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen wollen, für ein internationalistisches, revolutionäres, proletarisches Programm zu gewinnen. Wir sind stolze Kommunisten und lehnen es ab, Lakaien der Sozialdemokraten, Gewerkschaftsbürokraten und ihrer kapitalistischen Herren zu sein. Tust du das auch – dann schließ dich uns an! ■

Bestell!

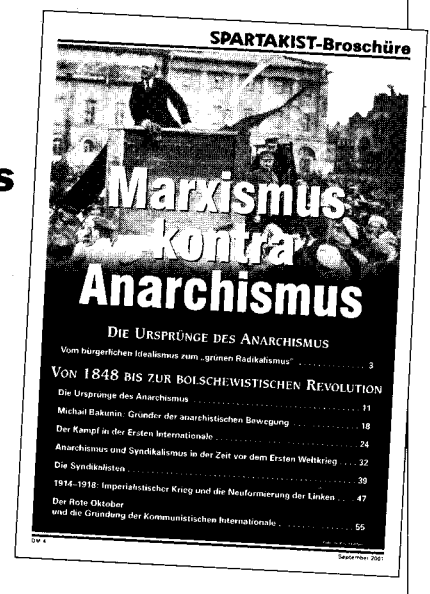
Marxismus kontra Anarchismus

Deutsche Ausgabe
€ 2,-

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Die Geburt des zionistischen Staates

Die jüdische Kolonialisierung von Palästina

„Die Geburt des zionistischen Staates“ erschien erstmalig am 23. November 1973 in Workers Vanguard Nr. 33, der Zeitung unserer amerikanischen Sektion, Teil 2 dieses Artikels erschien am 24. Mai 1974 in WV Nr. 45. Wenige Tage nach dem Waffenstillstand im vierten Nahost-Krieg (1948, 1956, 1967, 1973) lieferte dieser Artikel die grundlegende marxistische Analyse für die Ursachen der fortgesetzten Kriege und abscheulichen Massaker: die völkermörderische Logik des Nationalismus, die in

Eine marxistische Analyse

immer neuen Konflikten um die Aufteilung des Eigentums am „heiligen“ Land und dem Ölreichtum dieser Region entbrennt. Nur der Sturz des Kapitalismus und der imperialistischen Herrschaft durch die Errichtung einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens kann diesem fortgesetzten Blutbad, das gerade in die nächste Runde geht, ein Ende setzen. Das unterstreicht die brennende Aktualität dieser marxistischen Analyse.

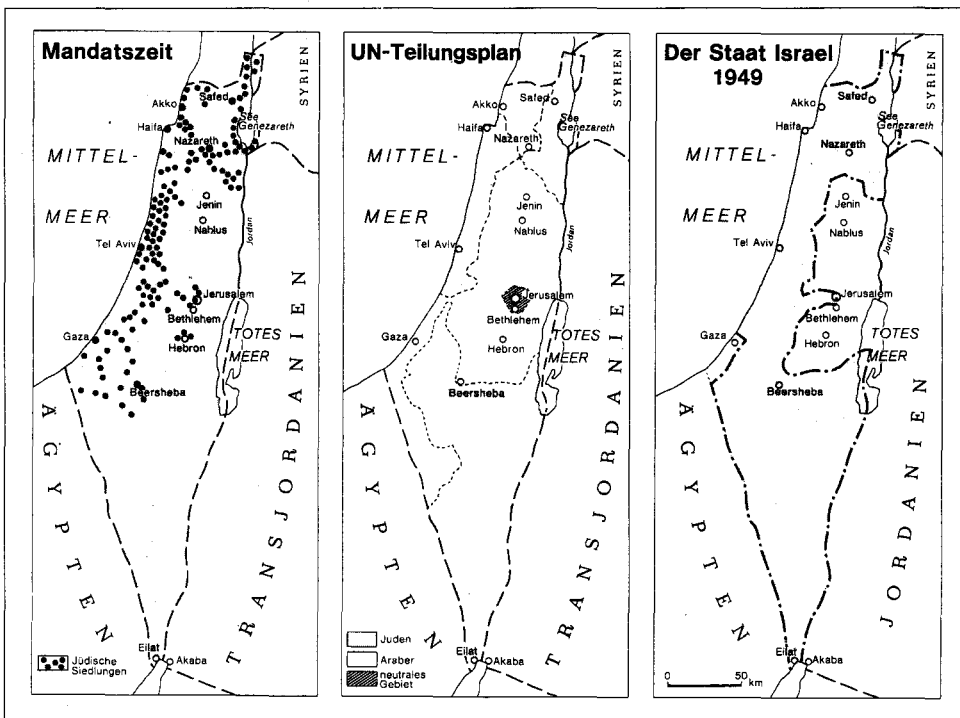
Heute, nach der Konterrevolution in der Sowjetunion und dem Anschlag auf das World Trade Center, haben viele Linke die Verteidigung der Palästinenser wie eine heiße Kartoffel fallen gelassen. Die den US-Neokonservativen nacheifernden „Antideutschen“ (deutsche Unterstützer der Kollektivschuld-Volksgemeinschaft) unterstützen die imperialistische Beherrschung und das vom zionistischen Regime betriebene Einmauern der palästinensischen Ghettos. Damit werden weitere

Kriege und Massaker, auch mit Beteiligung des deutschen Imperialismus, vorbereitet. Vor diesem Hintergrund sticht die marxistische Analyse der Geburt des zionistischen Staates hervor, um internationalistische deutsche, jüdische und palästinensische Linke politisch zu bewaffnen.

Der „Jom-Kippur“-Krieg von 1973 ist direktes Ergebnis davon, dass die arabischen Staaten im Krieg 1967 gegen Israel unterlagen; aber grundsätzlich ist er Produkt des Konflikts zwischen Zionismus und arabischem Nationalismus, der Palästina seit dem Ableben des Osmanischen Reichs im Ersten Weltkrieg auseinander reißt. Um zu bestimmen, welche Position im gegenwärtigen Krieg eingenommen werden muss, ist es nützlich, den gesamten Balkanisierungsprozess im Nahen Osten anzuschauen. Dessen Ergebnis war die Entstehung eines zionistischen Staates Seite an Seite mit einer Reihe von künstlichen Monarchien und „Republiken“, geführt von kleinbürgerlichen Militärcliquen, die alle (in unterschiedlichem Ausmaß) imperialistischer Vorherrschaft unterworfen sind. Insbesondere müssen wir den Krieg 1948 untersuchen, der zum gegenwärtigen Staat Israel führte und gleichzeitig zur Vertreibung mehrerer hunderttausend Araber aus ihren Wohnstätten und von ihrem Land.

Für die Zionisten war der Krieg 1948 ein „antiimperialistischer“ Krieg der „nationalen Befreiung“, die Schaffung eines Zufluchtsorts für ein vom faschistischen Völkermord dezimiertes Volk. Für die palästinensischen Araber war

1948 der Ursprung ihrer „Diaspora“, der Zerstörung ihrer Nation; ihnen wurden die Mittel für ihren Lebensunterhalt entzogen, man verbannte sie in die elenden Flüchtlingslager, wo sie eingesperrt und zur Untätigkeit gezwungen sind und sich von UN-Rationen zu zehn Cents pro Tag ernähren müssen. Dies alles erzeugte einen der schwierigsten nationalen Konflikte der letzten Jahrzehnte, da sowohl eine hebräische als auch eine arabische Nation um das gleiche kleine Territorium wetteifern. Die Tatsache, dass Israel aus den ersten drei Kriegen (1948, 1956 und 1967) siegreich hervorgegangen ist und deshalb die direkte Verantwortung für das tragische Elend der palästinensischen arabischen Flüchtlinge trägt, darf uns nicht blind machen für die Notwendigkeit, das Recht auf Selbstbestimmung für beide Seiten anzuerkennen als notwendige Garantie gegen Völkermord. Der Kampf um einen wahrlich demokratischen binationalen Arbeiterstaat in Palästina als Teil einer sozialistischen Föderation



Karten zeigen fortschreitende Vertreibung der Palästinenser. 1967 wurden Gaza-Streifen und Westbank durch den zionistischen Staat besetzt

ration des Nahen Ostens und als Produkt des gemeinsamen Kampfes hebräischer und arabischer Arbeiter und Bauern kann die nationale Frage nicht einfach ignorieren.

Ursprünge des Zionismus

Zionismus als politische Bewegung ist ebenso sehr ein Produkt der Epoche des Imperialismus wie sein Gegenstück, der Faschismus. Juden als eine „Volksklasse“, um den Ausdruck Abraham Léons, des belgischen trotzkistischen Theoretikers zur jüdischen Frage, zu gebrauchen, trieben als Geldverleiher und Händler die Entwicklung des Kapitalismus voran. Jene Juden, denen es gelang, über den Obskurantismus der Synagoge und die Knauserigkeit des Marktes hinaus zu gelangen, waren oft Führer der kulturellen Aufklärung. Aber der Kapitalismus in seinem Niedergang und Todeskampf bietet keinen Platz für die Handelskaste des Mittelalters. Wie das Proletariat hatten die Juden „kein Vaterland“. Juden spielten eine führende Rolle in der proletarischen Bewegung, besonders auf deren linkem Flügel, und das lag teilweise daran, dass sie frei von den Fesseln des Nationalismus ins 20. Jahrhundert traten.

Nur durch die welthistorische Niederlage des deutschen Proletariats 1933 wurde der Zionismus zu einer Massenbewegung. Vor 1933 war der Zionismus eine winzige Sekte kleinbürgerlicher jüdischer Intellektueller, die emanzipiert, aber nicht assimiliert waren. Falls die Juden der osteuropäischen Ghettos sich überhaupt mit irgendwelchen politischen Bewegungen identifizierten, waren sie entweder Kommunisten oder Mitglieder des Bundes, einer antizionistischen jüdischen sozialistischen Gruppe mit menschwistischer Politik.

Ende des Ersten Weltkriegs gab es 60 000 Juden in Palästina, viele von ihnen lebten in altentümlichen orthodoxen Gemeinschaften, die dem politischen Zionismus feindlich gegenüberstanden, und 644 000 Araber lebten dort, davon 574 000 Muslime und 70 000 Christen. Um eine arabische Revolte gegen das Osmanische Reich zu ermutigen, bewaffnete Britannien den Scherifen von Mekka, Hussein, und rüstete ihn aus für einen „Heiligen Krieg“ gegen die Türken. Die Levante wurde mit dem geheimen Sykes-Picot-Vertrag (1916) zwischen Britannien, Frankreich und dem zaristischen Russland aufgeteilt, einem Vertrag, der erst von den Bolschewiki nach der Oktoberrevolution veröffentlicht wurde. Der Vertrag sprach Frankreich den Libanon und Syrien zu, Britannien bekam Palästina, Transjordanien und den Irak.

Die Zionisten erkannten früh, dass sie ihr Ziel der Schaffung eines jüdischen Staates im arabischen Osten nur unter der Patenschaft irgendeines Imperialismus erreichen konnten. Theodor Herzl, der Schöpfer des modernen Zionismus, wandte sich zunächst an den osmanischen Sultan und den deutschen Kaiser und erhielt eine Abfuhr. Nachdem der zaristische Innenminister Plehwe das Schwarzhunderter-Pogrom von Kischirew organisiert hatte, in dem hunderte Juden massakriert wurden, erhielt Herzl eine Audienz bei Plehwe und bot ihm die zionistische Methode an, „die Juden los zu werden“. Wie Nathan Weinstock in seinem *Le sionisme contre Israel* [Der Zionismus kontra Israel] (Paris, 1969) sagt: „Der zionistische Kurs und antisemitische Logik sind zueinander symmetrisch.“

In der Tat fanden die Zionisten schließlich ein offenes Ohr bei dem notorischen Antisemiten Lord Chamberlain, damals britischer Kolonialminister. Chaim Weizmann, der führende britische Zionist und künftige erste Präsident Israels, hatte in einem Brief vom November 1914 an den Herausgeber des *Manchester Guardian*, C.P. Scott, der britischen Bourgeoisie schon kurz und bündig die Sache der Zionisten dargelegt:

„Würde Palästina in die britische Einflussphäre fallen und sollte Britannien die jüdische Besiedlung dort ermu-

tigen, können wir durchaus davon ausgehen, dass wir als britisches Schutzgebiet dort in zwanzig oder dreißig Jahren eine Million oder mehr Juden haben könnten; sie würden das Land entwickeln, die Zivilisation zurückbringen und wären ein sehr wirksamer Wachtposten für den Suezkanal.“

Dieses Argument fand Anklang beim britischen Ableger der Bankiersfamilie Rothschild, größter Besitzer von Suezkanal-Aktien und auch inzwischen prominentester Spender für den zionistischen Finanzapparat, den Jüdischen Nationalfonds. Unmittelbar nach der bolschewistischen Revolution und dem Rückzug Russlands aus dem Krieg erließen die Briten – um sowohl jüdische Unterstützung für den Krieg zu mobilisieren als auch zionistische Unterstützung für britische imperiale Ambitionen im arabischen Osten – am 2. November 1917 die Balfour-Deklaration, die eine „jüdische Nationalheimat“ in Palästina versprach.

Vor der Zerschlagung des Osmanischen Reiches existierte keine palästinensische Nation als solche, zumindest nicht im modernen Sinne einer Nation. Stattdessen betrachteten sich arabische Nationalisten, die in palästinensischen Städten lebten, als Teil Syriens und nahmen im Juli 1919 am Syrischen Nationalkongress teil. Auf der Grundlage von Wilsons Vierzehn Punkten und von Versprechungen, die sowohl Frankreich als auch Britannien den Arabern gemacht hatten, proklamierte dieser Kongress die politische Unabhän-



bpb

14. Mai 1948: David Ben Gurion verliest in Tel Aviv die Gründungserklärung des Staates Israel

gigkeit eines vereinigten syrischen Staates (Syrien, Libanon, Palästina und Transjordanien). Dieser Staat sollte eine konstitutionelle Monarchie sein unter der Herrschaft von Husseins Sohn Faisal.

Auf diese Weise wurde das „gelobte Land“ gleichzeitig dem britischen Imperialismus, den Juden und den Arabern versprochen. Der Sykes-Picot-Vertrag wurde auf der San-Remo-Konferenz bestätigt und dann durchgesetzt, als französische Truppen Damaskus besetzten und „König“ Faisal verjagten. Die Briten gaben Faisal den irakischen Thron als Trostpries, trennten Transjordanien von Palästina ab und erkannten den Bruder Faisals, Abdullah, als Emir von Transjordanien an.

Zionismus und Kolonialismus

Vor dem Ersten Weltkrieg gab es in Palästina jüdische Kolonisation durch religiöse Gemeinschaften, die dem politischen Zionismus feindlich gegenüberstanden. Spätere Kolonisierung durch jüdische Unternehmer, die Palästina kolonisieren wollten, um arabische Arbeitskraft auszubeuten –

Fortgesetzt auf Seite 18

Israel...

Fortsetzung von Seite 17

in der Tradition der französischen Kolonisierung Algeriens und Tunesiens –, wurde durch die *Palestine Jewish Colonization Association* gefördert. Die PJCA wurde von den Rothschilds unterstützt, stand dem politischen Zionismus feindlich gegenüber und kam bald mit ihm in Konflikt.

Zionismus war durch ein ausgeklügeltes, ja sogar „marxistisches“ Verständnis der „jüdischen Frage“ motiviert; er erkannte die Juden als eine „Volksklasse“, deren ökonomische Funktion als Händler und Geldverleiher überholt war. Aber der Zionismus suchte die Lösung der „jüdischen Frage“ nicht bei dem assimilierten Juden Marx, sondern bei dem Antisemiten Proudhon. Der Jude sollte vom Stigma des Ghettos befreit werden durch die Schaffung seines eigenen Ghetto-Staates. Die Transformation des Juden vom Geldverleiher und Händler zum Proletarier und Bauern sollte in einer rassistisch abgeschlossenen, abgetrennten Wirtschaft vor sich gehen.

Der Zionismus ging nach Palästina unter den Losungen „Eroberung der Arbeit“ und „Eroberung des Landes“, wohlwissend, dass Arbeit und Land den Arabern entrissen werden sollten. Schon im Juni 1895 schrieb Theodor Herzl in sein Tagebuch:

„Den Privatbesitz der angewiesenen Ländereien müssen wir sachte expropriieren.

Die arme Bevölkerung trachten wir unbemerkt über die Grenze zu schaffen, indem wir ihr in den Durchzugsländern Arbeit verschaffen, aber in unserem eigenen Lande jederlei Arbeit verweigern.

Die besitzende Bevölkerung wird zu uns übergehen. Das Expropriationswerk muss ebenso wie die Fortschaffung der Armen, mit Zartheit und Behutsamkeit erfolgen.

Die Immobilienbesitzer sollen glauben, uns zu prellen, uns über dem Werth zu verkaufen.

Aber zurückverkauft wird ihnen nichts.“ (Theodor Herzl: *Zionistisches Tagebuch 1895-1899*)

Dies war eine akkurate Prognose der nächsten 55 Jahre des Zionismus im arabischen Osten, nur ging die Eroberung weder behutsam noch friedlich vonstatten, und der größte Teil des Landes, das den modernen israelischen Staat ausmacht, wurde auch nicht „gekauft“, schon gar nicht „über dem Wert“, sondern durch offenen Terror, Einschüchterung und militärische Gewalt geraubt. Im Ge-



Olga Ignatowitsch

Juli 1944: Rote Armee befreite Vernichtungslager Majdanek. Jüdische Überlebende sahen oft keine andere Alternative, als nach Israel zu emigrieren

gensatz zum klassischen Kolonialismus und Imperialismus, der Siedlerkolonien schuf, um einheimische Arbeitskraft auszubeuten, kolonisierte der Zionismus, um einheimische Arbeiter zu *vertreiben*. Die Auswirkungen der zionistischen „Eroberung der Arbeit“ auf die einheimischen Palästinenser waren viel bösartiger und verheerender als die Rolle der Briten in Rhodesien, der Portugiesen in Angola oder der Franzosen in Algerien; den Palästinensern wurde nicht nur ihre nationale Unabhängigkeit geraubt, sondern schließlich jegliche Verbindung zur gesellschaftlichen Produktion überhaupt.

Der Stolz der „linken“ Zionisten – der alten Poale Zion, die einmal sogar Aufnahme in die Kommunistische Internationale beantragt hatte, und der Haschomer Hazair (Junge Garde) – waren die so genannten Zwillingsäulen des zionistischen „Sozialismus“: Histadrut und Kibbuz. Diese Institutionen verkörperten jedoch die reaktionären rassistischen Losungen „Eroberung der Arbeit“ und „Eroberung des Landes“. Die Histadrut wurde 1920 als „Allgemeine Föderation der hebräischen Arbeiter im Lande Israel“ gegründet von 4500 der 5000 jüdischen Arbeiter in Palästina. Zu jener Zeit gab es zehnmal so viele arabische Arbeiter in Palästina, aber sie waren von der Histadrut ausgeschlossen.

Tatsächlich wurde die Histadrut nicht zu dem Zweck gegründet, das jüdische Proletariat in Palästina zu verteidigen, sondern um das arabische Proletariat in Palästina zu *zerstören!* Ihre ersten Aktivitäten waren Boykottmaßnahmen gegen Geschäfte (sowohl jüdische wie auch arabische), die arabische Arbeiter beschäftigten, die physische Einschüchterung von Juden, die auf dem arabischen Markt einkauften, sowie von arabischen Arbeitern, die für Juden arbeiteten.

Die Kibbuzim waren ursprünglich gegründet worden, um die jüdische Gemeinschaft zum landwirtschaftlichen Selbstversorger zu machen, aber sie sahen zunehmend US-Armee-Forts im „Wilden Westen“ ähnlicher als Agrarsiedlungen. Wie Amos Perlmutter in seinem Buch *Military and Politics in Israel* zeigt, waren die Kibbuzim die Grundlage für Israels moderne Armee, und Kibbuzniks stellten sowohl die Elite des Generalstabs als auch das Herz des Verteidigungsministeriums. Die Hagana war ursprünglich der Verteidigungsarm der Kibbuzim, eine Art Bauernmiliz.

Vor dem Krieg von 1948 war, wie Herzl gefordert hatte, der größte Teil des von der Kibbuz-Bewegung in Anspruch genommenen Landes gekauft worden, im Allgemeinen von nichtansässigen Landbesitzern zu „über dem Wert“. Die Jewish Agency, die unter dem britischen Mandat etablierte jüdische Schattenregierung, sagte 1929 vor der Shaw-Kommission aus, dass 90 Prozent des bis zu diesem Zeitpunkt gekauften Landes von nichtansässigen Grundbesitzern stammten. Ein Teil dieser Ländereien war zuvor unkultivierte Wüste und Sumpfbereich, aber aus einem großen Teil – besonders in der Küstenebene nahe Haifa – waren tausende arabischer Pächter vertrieben worden, um Platz zu machen für jüdische Siedlungen.

Dies führte einerseits zu Landspekulation und Inflation und danach zum wirtschaftlichen Aufschwung/Zusammenbruch in der Periode 1925–27; andererseits entstand ein landloses Bauerntum und Lumpenproletariat in den Städten. Da keine starke proletarische Bewegung oder auch nur eine republikanische bürgerlich-nationalistische Bewegung existierte, konnten diese deklassierten Elemente leicht von muslimischen religiösen Führern wie dem Großmufti von Jerusalem zu interkommunalen Auseinandersetzungen mit den jüdischen Gemeinden aufgehetzt werden. So fanden die Aufstände von 1929 nicht zwischen der palästinensisch-arabischen und der hebräischen Nationalität statt, sondern zwischen islamischen und orthodox-jüdischen Gemeinschaften. Auslöser für die Aufstände 1929

war ausgerechnet ein Kampf um die alte „Klagemauer“ in Jerusalem.

Zionismus und die Arbeiterbewegung

Wo arabische und jüdische Arbeiter gezwungen waren, miteinander zu arbeiten, wie auf den Docks in der Hafenstadt Haifa, gab es nur sehr wenige interkommunale Auseinandersetzungen. Arabische und jüdische Arbeiter überquerten oft die Linien von Rasse und Religion und hörten nicht auf ihre jeweilige klerikalistisch-chauvinistische Führung; sie traten gemeinsam in Streikaktionen. Aber insgesamt hat der Zionismus in Zusammenarbeit mit dem britischen Imperialismus bewirkt, die Entwicklung einer vereinigten arabisch-hebräischen Arbeiterbewegung zu verhindern und auch die Entwicklung eines palästinensischen Proletariats oder selbst einer palästinensischen Bourgeoisie zu hemmen.

Das arabische Palästina war überwiegend ländlich und setzte sich zusammen aus einer armen Bauernschaft, den Fellachen, einer reichen Landbesitzerklasse, den Effendis, und einer winzigen Mittelklasse. Die Effendis waren meist wie der Mufti, Haj Amin el Husseini, auch religiöse Führer, und sie waren untereinander entlang Familienlinien gespalten. Jede Familie organisierte ihre eigene „politische Partei“. Der Mufti organisierte also eine „Palästinensisch-Arabische Partei“; ein anderer reicher prominenter Effendi-Clan, die Nashahibis (traditionelle Gegner der Husseinis), organisierte eine „Nationale Verteidigungspartei“ usw. Bei ihren Familienfehden versuchten sie die Briten und die Zionisten gegeneinander auszuspielen, aber meistens erfolglos.

Eine weitere Barriere zur arabisch-hebräischen proletarischen Einheit war die verräterische Rolle des palästinensischen Stalinismus. In ihren frühen Jahren hatte die Kommunistische Partei Palästinas (KPP) einen bescheidenen, aber realen Einfluss unter jüdischen Arbeitern. Sie konnte jedoch keine Organisation aufbauen, weil sie jenen hebräischen Arbeitern, die sie rekrutierte, korrekterweise sagte, sie sollten in ihre Ursprungsländer zurückkehren, um sich dort der revolutionären Bewegung anzuschließen. (Eine bedeutende Anzahl der Komintern-Agenten in Europa zwischen den Kriegen waren ehemalige Mitglieder der KPP, die diesem Rat folgten. Einer von ihnen war Leopold Trepper, Führer des berühmten sowjetischen Nachrichtennetzes „Rote Kapelle“ während des Zweiten Weltkriegs.)

Die Partei erkannte von Anfang an die Notwendigkeit, die arabischen Arbeiter und Fellachen zu erreichen, aber unter der Komintern Stalins nahm „Arabisierung“ eine andere Bedeutung an. Während der Aufstände 1929 spielte die KPP eine im wesentlichen korrekte Rolle, sie versuchte die interkommunalen Auseinandersetzungen zu beenden, gab dem Mandat die Verantwortung, verteidigte die jüdischen Viertel und wies auf die Situation in Haifa als ein Modell hin (wo die bewussten Arbeiter, arabische und hebräische, sich weigerten, sich in die Auseinandersetzungen hineinziehen zu lassen). Aber die Stalintern denunzierte die Rolle der KPP in den Aufständen 1929 und forderte die Säuberung all jener Parteimitglieder, die nicht „die Ansicht teilen, dass der August-Aufstand das Ergebnis der Radikalisierung der Massen war“.

Diese Ansicht war selbstverständlich unter den hebräischen Arbeitern nicht gerade populär, und so begann die KPP, getrennte Propaganda herauszugeben. Für die hebräischen Arbeiter betonte sie arabisch-hebräische Klasseneinheit, und für die arabischen Arbeiter wurde die KPP im Wesentlichen zum radikaleren Sprachrohr des Muftis. Dies legte die Grundlage für die spätere Spaltung der Partei in ihre jüdische und arabische Komponente, erstere wurde



bpb

Belagerungszustand in Palästina nach UN-Teilungsbeschluss. Britischer Armeeposten über Jerusalemer Altstadt

prozionistisch, letztere proarabisch-nationalistisch. Das ist die Logik des Stalinismus und des Nationalismus.

Jüdische Massenimmigration

Zwischen 1919 und 1931 wanderten etwa 117 000 Juden in Palästina ein. Aber das harte Leben, die feindliche Umgebung, die rassischen/religiösen Spannungen, die Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise der späten zwanziger Jahre bewegten viele, nach kurzem Aufenthalt wieder zu gehen. Zwischen 1924 und 1931 kamen auf 100 Juden, die ankamen, 29 Juden, die wieder fortgingen. 1931 gab es bei einer Gesamtbevölkerung von 1 036 000 eine jüdische Bevölkerung von 175 000, das entspricht 17,7 Prozent.

Ohne Hitlers Sieg 1933 und die darauf folgende Schließung der Grenzen für die jüdische Immigration – besonders der Grenzen der USA, Britanniens und der Sowjetunion, wo Juden aus Ost- und Mitteleuropa sich am leichtesten hätten assimilieren können – wäre der Zionismus nie eine Massenbewegung und die „jüdische Nationalheimat“ in Palästina nie ein Staat geworden. Die Jewish Agency, die vorgab, alle Juden zu repräsentieren, nicht nur die Juden in Israel, tat nichts, um die Grenzen der USA, Britanniens und der UdSSR für jüdische Immigration zu öffnen. Ganz im Gegenteil, sie wollte „ihre“ Juden für die Kolonisierung Palästinas. Und nicht nur Roosevelt, Churchill und Stalin wollten die Juden dort sehen, sondern auch Hitler.

Vor dem Zweiten Weltkrieg kamen die Jewish Agency und die Nazis zu gleichen Überlegungen darüber, wie Ost- und Mitteleuropa „seine Juden loswerden“ könnte. Die „verantwortungsbewusstesten“, „respektiertesten“, „prominentesten“ Zionisten prahlen sehr bereitwillig damit, dass durch ihre Kollaboration mit den Nazis einige tausend Juden mit ausreichend Geld und den richtigen Beziehungen „gerettet“ worden seien, während Millionen in die Gaskammern geschickt wurden. So schrieben beispielsweise der führende britische Zionist Jon Kimche und sein Bruder David (der nach der „Unabhängigkeit“ in den israelischen diplomatischen Dienst eintrat) ein Buch mit dem Titel *The Secret Roads: The „Illegal“ Migration of a People, 1938–1948* [Geheime Wege: Die „illegale“ Migration eines Volkes 1938–1948] (London, 1954). Es lohnt sich, daraus ausführlich zu zitieren:

„... der einzige Weg zur Emigration aus Österreich im großen Maßstab führte durch das Gestapo-Hauptquartier

Fortgesetzt auf Seite 20

Israel...

Fortsetzung von Seite 19

und das SS-Referat für Judenfragen, dafür war der prächtige Herrnsitz Baron Rothschilds beschlagnahmt worden. Dort saß als Verantwortlicher der ‚Zentralstelle für jüdische Auswanderung‘ [SS-Sturmbannführer] Karl Adolf Eichmann.

Bar-Gilad [ein Kibbuz-Führer] erklärte, dass er die Erlaubnis wolle, Pionier-Ausbildungslager zu errichten, um junge Leute für die Arbeit in Palästina auszubilden und so schnell wie möglich für ihre Auswanderung zu sorgen. Bar-Gilad konnte nicht wissen, dass der Mann, mit dem er sprach, der Hauptautor der Idee der ‚jüdischen Auswanderung auf Bezahlung‘ war. Eichmanns Zentralstelle war ursprünglich genau zu diesem Zweck gedacht. Alle jüdischen Anträge, Großdeutschland verlassen zu können, sollten ihm vorgelegt werden. Für alle, die seine Dienste bezahlen konnten – und seine Preise entsprachen dem Grad der Besorgnis seiner wohlhabenden Juden – würde Eichmann die bürokratischen Formalitäten und Verzögerungen hinwegfegen, Pässe und Visa ausstellen und die Überfahrt organisieren... Es war ein lukratives Geschäft für die Gestapo.

... [Eichmann] stellte die Bauernhöfe und die Ausrüstung zur Verfügung. In einem Fall vertrieb er eine Gruppe von Nonnen aus einem Kloster, um ein Ausbildungslager für junge Juden bereitzustellen. Ende 1938 trainierten etwa tausend junge Juden in diesen von den Nazis zur Verfügung gestellten Lagern.“

Der Geist von Arroganz und Realpolitik, der dieses Buch durchtränkt, die höchsten Qualitäten des zionistischen Selbstbildnisses des „neuen, harten Soldaten-Juden“, waren sicherlich notwendige „Tugenden“ einer zionistischen Intelligenz, die bald Apologet „ihres Staates“ werden sollte, der auf den Leichen von sechs Millionen Juden und dem Massenelend einer Million arabischer Flüchtlinge geboren wurde.

Der Zweite Weltkrieg

Obwohl die Führung des arabischen Aufstands 1936–39 klerikalistisch und mittelständisch war, war der Aufstand trotzdem ein echter Ausdruck des demokratischen Verlangens der Palästinenser. Die drei Forderungen des Aufstands

waren das Ende der jüdischen Einwanderung, der Stopp von Landverkäufen an Juden und eine eigene Regierung. Die Zionisten waren immer Gegner einer Selbstregierung Palästinas, weil ihnen klar war, dass ein wirklich demokratisches Regime die Kontrolle der Einwanderung in die Hände der arabischen Mehrheit legen würde. Der Aufstand 1936–39 richtete sich hauptsächlich gegen die Briten und nicht gegen die jüdischen Gemeinden. Trotzdem waren die Zionisten nur allzu bereit, den Briten zu helfen, um den Schutz des britischen Mandats zu erhalten. In dieser Periode während der langen arabischen Unruhe stärkten die Zionisten ihre Wirtschaft. (Die Revolte begann mit der Schließung arabischer Geschäfte, geführt von der Mittelklasse, als Protest gegen die projüdische Politik der Briten. Dann folgte ein von arabischen Arbeitern und Fellachen geführter Guerillakrieg.) Sie stärkten unter dem Schutz der Briten auch ihre Armee, die Hagana, um an britischen Polizeiaktionen gegen die Araber teilzunehmen. So wurde beispielsweise die Hagana von den britischen Mandatsbehörden beauftragt, britische Ölpipelines zu bewachen. Ohne die Kollaboration der Zionisten hätte der Streik nicht gebrochen und der Aufstand nicht unterdrückt werden können.

Zwanzig Jahre Herrschaft des britischen Imperialismus im Nahen Osten hatten bewirkt, dass sich am Vorabend des Zweiten Weltkriegs viele arabische Regierungen den Achsenmächten [Deutsches Reich und Italien] zuwandten. Um ihre wackelige arabische Unterstützung aufzustocken, waren die Briten gerne bereit, ihre treuen zionistischen Diener im Stich zu lassen. 1939 gaben sie ein neues „Weißbuch“ heraus, das die jüdische Einwanderung in den folgenden fünf Jahren auf 75 000 beschränkte und danach von der Zustimmung der arabischen Mehrheit abhängig machte. Und die Juden aus den europäischen Vertriebenenlagern – denen ein „sicherer Hafen“ in Palästina versprochen worden war – waren nicht nur von feindlichen britischen Streitkräften und den Achsenmächten freundlich gesonnenen arabischen Regierungen und Putschen umringt, sondern in Palästina selbst drohte eine deutsche Besetzung.

Am Ende des zweiten imperialistischen Krieges war Britannien, obwohl militärisch „siegreich“, ausgeblutet und lag in Trümmern. Eine von Attlee geführte Labour-Regierung, durch die Wahlen 1945 an die Macht gespült, erhielt von der britischen Bourgeoisie die undankbare Aufgabe, das britische Empire wieder zusammenzuflicken – und dabei die Verluste so gering wie möglich zu halten. Obwohl die Labour Party in der gleichen „Internationale“ wie die zionistischen „Sozialisten“ war und in elf früheren Konferenzen für einen jüdischen Staat gestimmt hatte, war Palästina trotzdem der britische „Rückzugsposten“ im arabischen Osten, und Attlee und sein Außenminister Bevin waren entschlossen, mit der Zähigkeit einer Bulldogge daran festzuhalten.

Bevin befahl, auffällige Schiffe zu requirieren, die vollgestopft waren mit der „Fracht“ verzweifelter Überlebender deutscher Konzentrationslager, wie 1947 die aus zionistischer Filmlegende bekannte *Exodus*, und er ordnete an, diese „Fracht“ solle entweder zurück nach Deutschland geschickt oder in speziell dafür eingerichteten Konzentrationslagern auf Zypern „gelagert“ werden. Auf der jährlichen Parteikonferenz der Labour Party im Juni 1946, der ersten seit dem Wahlsieg im Jahr davor, hatte Bevin eine fertige Antwort parat für die lautstarken und selbstgerechten Wellen der Empörung, die über den Atlantik aus den Vereinigten Staaten kamen. Die USA wollten die Juden in Palästina, „weil sie sie in New York nicht haben wollten“. Das war natürlich wahr, aber aus dem Munde von Bevin genauso heuchlerisch, weil die Labour-Regierung die Juden auch nicht in London haben wollte. Bevin machte auf dieser Konferenz auch ganz klar, warum er die übrigen 100 000 Juden in Vertriebenenlagern nicht nach Palästina lassen

HERBST 1938
Wie die antisemitische deutsche Bourgeoisie dem Staat Israel hilft
Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus
SPARTAKIST
Zionisten amnestieren Bourgeoisie von Auschwitz
Holocaust, „Kollektivschuld“ und deutscher Imperialismus
SPARTACIST
Die Rote Armee zerschlug das Naziregime!

Bestellt jetzt!

Spartakist
Zeitung der SpAD
Nr. 148, Herbst 2002
€ 0,50

Spartacist
Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL
Deutsche Ausgabe Nr. 20,
Sommer 1998
€ 2,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 119 88-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

wollte: Das würde Britannien eine zusätzliche Armeedivision und 200 Millionen Pfund kosten. Wie es Sir John Grubb in seinem Buch *Soldier With the Arabs* [Soldat bei den Arabern] (London, 1957) formulierte: „Die Frage war, wie viele Truppeneinheiten notwendig sein würden, um einen dreiseitigen Bürgerkrieg gleichzeitig gegen Juden und Araber zu bestreiten.“

Die USA eilten herbei, um sich an die Stelle der zerbröckelnden Reiche der Briten und Franzosen in Asien und im arabischen Osten zu setzen, und das Zentrum imperialistischer Patenschaft für den Zionismus verschob sich von London nach Washington. Truman wurde der Vorkämpfer für die „100 000“, nicht nur weil er sie nicht in New York haben wollte, sondern weil er wusste, dass Britannien es sich tatsächlich nicht leisten konnte, eine zusätzliche Division und 200 Millionen Pfund in Palästina zu investieren. Britannien konnte es sich nicht einmal leisten, ein Fünftel seiner Armee und die 35 Millionen Pfund einzusetzen, die nötig waren, um Palästina nach dem Zweiten Weltkrieg zu halten.

Die USA wollten schnell im arabischen Osten Fuß fassen. Sie fürchteten, die UdSSR würde in Persien das Gleiche tun wie in der Tschechoslowakei. Außerdem hatte sich nach Chaim Weizmann nun auch Britannien in der Schlange der Wohlfahrtsempfänger vor dem Weißen Haus angestellt, und die USA konnten einen enormen ökonomischen Druck auf England ausüben. Anfang 1947 hatte die Attlee-Regierung beschlossen, sich nicht länger die Hände mit Palästina schmutzig zu machen und das Problem der UNO zu übergeben. Stalin, eher durch irrationale Anglophobie als durch beschränkte konservativ-bürokratische Realpolitik motiviert, machte gemeinsame Sache mit Truman und unterstützte ebenfalls die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. (Der Preis des Thermidors [die Usurpierung der politischen Macht durch die stalinistische



Der Spiegel

New York 1965: Israels Ministerpräsident Ben Gurion, Bundeskanzler Adenauer. Bourgeoisie von Auschwitz bewaffnet seit 50er-Jahren zionistischen Staat

Bürokratie in der Sowjetunion] ist, dass die persönliche Laune des obersten Führers manchmal sogar den Interessen der bürokratischen Kaste, die er vertritt, widersprechen kann.) So wurde Stalin, der 1929 die Kommunistische Partei Palästinas säuberte und denunzierte, weil sie die arabischen Pogrome nicht unterstützte, und der 1936 die KPP dazu brachte, sich hinter den Mufti zu stellen, in den Jahren 1947/48 zum energischsten Verbündeten des Zionismus. Bestechung durch den Marshall-Plan zusammen mit stalinistischem Verrat führte dann dazu, dass die UNO am 29. November 1947 die Resolution zur Aufteilung Palästinas annahm. Britannien stimmte dann zu, sein Mandat zum kommenden 14. Mai aufzugeben.

Der Krieg 1948

Anmerkung des Herausgebers [1974]: *Der erste Teil dieses Artikels wurde in Workers Vanguard Nr. 33, 22. November 1973, abgedruckt. In der folgenden Periode unternahm die Spartacist League eine interne Diskussion über die nationale Frage, wie sie geografisch vermischte Völker im Allgemeinen und den Nahen Osten im Besonderen betrifft. Im Laufe dieser Diskussion gelangten wir zu einer kritischen Überprüfung unserer früheren Position zum arabisch-israelischen Krieg 1948, die in Spartacist, englische Ausgabe Nr. 11, März/April 1968 nachzulesen ist.*

Die Gründung des zionistischen Staates Israel war eine der Auswirkungen von der Auflösung des britischen Empire nach dem Zweiten Weltkrieg. Sechs Jahre imperialistischer Krieg in Europa und im Fernen Osten hatten die Ressourcen der führenden Kolonialmacht bis zum Bankrott ausgeblutet. Das Ergebnis war eine sich verschärfende soziale Krise in England, während die Kolonien in Kämpfen um Unabhängigkeit entflammten.

Die britische Arbeiterklasse bekundete ihren „Dank“ für Churchills „Sieg“ über den deutschen Imperialismus, indem sie ihn bei den Wahlen 1945 aus dem Amt fegte. Nach einer Generation in der Opposition besetzte die Labour Party am 17. Juli die Regierungsbänke, mit Clement Attlee als Premierminister und Ernest Bevin (einem Rechten innerhalb der Partei) als Außenminister. Bevin machte bald die Absicht der neuen Regierung klar, das „Weißbuch“ zu Palästina aus dem Jahre 1939, das die jüdische Einwanderung einschränkte, voll durchzusetzen. Auf Zypern wurden für gefangene illegale Einwanderer Internierungslager geschaffen und nach Palästina wurden zusätzliche

britische Truppen entsandt, um das Mandatsgebiet zu überwachen.

Der Kampf um Einwanderung

Während des Zweiten Weltkriegs hatten die Hagana, bewaffneter Arm der Jewish Agency, und die Irgun, eine rechtsgerichtete zionistische Kommandogruppe, einen Waffenstillstand mit den Briten geschlossen. Die so genannte Stern-Bande, die den Ruf hatte, Faschisten innerhalb des zionistischen Spektrums zu sein, spaltete sich wegen des Waffenstillstands von der Irgun ab und setzte ihre Guerillatätigkeit während des Krieges fort.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und mit Bevins Maßnahmen, die jüdische Einwanderung nach Palästina einzuschränken, nahmen die Hagana und die Irgun ihre Kommandoaktionen wieder auf. Im Oktober 1945 unterbrachen sie das palästinensische Eisenbahnnetz an 153 Stellen und legten den Verkehr völlig lahm. Am 20. Februar 1946 traf ein koordinierter Angriff der zionistischen bewaffneten Kräfte die Radarstation auf dem Berg Carmel, drei RAF-Flughäfen (15 Flugzeuge wurden zerstört) und eine Vielzahl von Polizeiposten. Am 16. Juni zerstörte die Eliteeinheit der Hagana, die Palmach, alle Brücken und Eisenbahnlinien, die die Grenze Palästinas überquerten. Die Briten antworteten mit der Besetzung von Büros der Jewish Agency und mit Massenverhaftungen. Die Zionisten wiederum schlugen mit der Sprengung des britischen Hauptquartiers im King-David-Hotel in Jerusalem am 22. Juli zurück. 80 Engländer, Araber und Juden wurden getötet.

Fortgesetzt auf Seite 22

Israel...

Fortsetzung von Seite 21

Während sich der Kampf zwischen Zionisten und Briten in den nächsten zwei Jahren hinzog, verordnete die Mandatsregierung Massenrazzien und Verhaftungen, sie riegelte ganze Städte ab und internierte Tausende von Verdächtigen in Straflagern in Palästina. Zusätzlich wurden Tausende „illegale Einwanderer“ in den Lagern auf Zypern eingesperrt. Der Hauptkonflikt drehte sich um eben diese Frage, die Einwanderung aus Europa.

Die jüdischen Einwanderer, um die es ging, entsprachen wirklich nicht dem Bild der fetten, arroganten, vom Imperialismus bestochenen Kolonialisten, hochgepöppelt mit Kiplings „white man's burden“ [rassistischer Begriff des Schriftstellers Rudyard Kipling über die „Bürde des weißen Mannes“ in Kolonialgebieten]. Im Gegenteil, sie waren die elenden Überlebenden der Nazi-Besatzung, „befreit“ durch die Alliierten, nur um zu erleben, wie ihre Konzentrationslager in „Vertriebenen“lager umgewandelt wurden. Ende des Zweiten Weltkriegs gab es mehr als 100 000 Juden in solchen Lagern in Westdeutschland; aber der Ausbruch von Pogromen in Polen und auf dem Balkan während des Sommers 1946 ließ die Zahl der Menschen in diesen Lagern auf eine Viertelmillion anschwellen.

In den Vereinigten Staaten führte die Socialist Workers Party (damals die trotzkistische Partei) eine Kampagne durch, die Regierung zu zwingen, dass sie ihr rassistisches Immigrationsquotensystem, das Osteuropäer diskriminierte, fallen lässt, um die Einwanderung von Juden in die USA zu ermöglichen. Jedoch wiesen viele Historiker darauf hin: „Zionisten zogen es vor, dass jüdische Flüchtlinge nach Palästina gehen ...“ (David Brody, „American Jewry, Refugees and Immigration Restriction“ [Das amerikanische Judentum, Flüchtlinge und Einwanderungsbeschränkungen], *Publications of the American Jewish Historical Society*, Juni 1956). Weit davon entfernt, gegen die diskriminierenden Einwanderungsquoten einzutreten, sagte Rabbi Wise (ein führender Zionist) vor einem Kongressausschuss 1939 aus: „Ich habe von keiner geistig gesunden Person den Vorschlag gehört, von bestehenden, jetzt gültigen Gesetzen abzugehen oder abzuweichen“ (ebenda)! Die Gründe waren offensichtlich: Wenn Hunderttausende europäischer Juden nach Amerika kämen, wären die Hoffnungen auf ein jüdisches Palästina zerschlagen.

Der US-Imperialismus ersetzt Britannien

Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg gab es eine scharfe Rezession, in Britannien besonders zugespitzt, die Anfang 1947 ihren Tiefpunkt erreichte. Die soziale und ökonomische Krise im eigenen Land machte es der Labour-Regierung urplötzlich klar, dass sie nicht die Mittel hatte, um das britische Empire unter Kontrolle zu halten. Im Mandatsgebiet hatte England etwa 80 000 reguläre Soldaten, 16 000 Polizisten sowie die von den Briten trainierte, kommandierte und ausgebildete transjordanische Arabische Legion. Sie alle lagen schwer auf der Tasche.

Schlag auf Schlag erklärte die Regierung am 28. Januar, dass Britannien sich aus Burma zurückziehen würde, am 18. Februar, dass die palästinensische Frage der UNO vorgelegt werden würde, und am 20. Februar, dass die Truppen Seiner Majestät bis spätestens Juni 1948 aus Indien abziehen würden. Am Tag darauf informierte der britische Botschafter in den USA Außenminister Marshall, dass England es sich nicht mehr leisten könne, Griechenland Militärhilfe zu geben.

Zu dieser Zeit besaßen US-Firmen 47 Prozent des Öls im Nahen Osten. Die Ölgesellschaften waren um den „guten Willen“ der Araber besorgt und deswegen den Bestrebungen der Zionisten gegenüber feindlich eingestellt. Verteidigungs-

minister Forrestal startete eine nationale Kampagne, um Angst vor einer „Energiekrise“ zu schüren und eine Lobby gegen die Aufteilung Palästinas zu mobilisieren. Das Außenministerium hatte eine große Komponente von Nahost-„Experten“, die proarabisch waren und Marshalls Gehör fanden.

Warum also unterstützten die USA die Aufteilung? Die internationale zionistische Interessenvertretung war lautstark, doch ganz sicher nicht stark genug, um Truman zu einer Politik zu bewegen, die den imperialistischen US-Interessen in dieser Region widersprach. Trumans Wunsch, sich bei den Wahlen 1948 die „jüdischen Stimmen“ zu sichern, spielte sicherlich auch eine Rolle, war aber auch nicht entscheidend. Und er verspürte sicherlich keine Sympathie für die Tausenden von „Vertriebenen“ in Europa, sonst hätte er die US-Grenzen für sie geöffnet.

Stalin unterstützte offenbar zu dieser Zeit die Aufteilung aus der Überzeugung heraus, dass sie die Auflösung der britischen Präsenz im Nahen Osten noch mehr vorantreiben würde. Aber obwohl die USA dabei waren, Britannien zu ersetzen, ist es fraglich, ob Truman das Tempo beschleunigen wollte (wenn man die Unruhen in Frankreich und Italien in Betracht zieht, ganz zu schweigen vom benachbarten Griechenland). Das Hauptinteresse des US-Imperialismus an der Schaffung eines zionistischen Staates in Palästina war eher, dass dieser ein zusätzlicher Faktor bei der Balkanisierung des Nahen Ostens war und ein Blitzableiter, um die erwachten nationalen und klassenmäßigen Bestrebungen der arabischen Fellachen und des Proletariats abzulenken.

Die Aufteilung

Als die UNO am 29. November 1947 die Aufteilungs-Resolution annahm, lebten etwa 600 000 Juden und 1,2 Millionen Araber in Palästina. Im Gegensatz zum Image aus dem Propagandamärchen von den kühnen zionistischen Pionieren, die in isolierten Kibbuzim das Land mit Hacke und Schaufel bearbeiten, war in Wirklichkeit über die Hälfte der jüdischen Bevölkerung in drei großen Städten konzentriert: 150 000 in Tel Aviv, 100 000 in Neu-Jerusalem und 80 000 in Haifa.

Diese und andere Städte waren entweder „gemischt“ (wie Haifa mit 70 000 arabischen Einwohnern) oder lagen direkt in der Nachbarschaft arabischer Städte (so lebten 70 000 Araber in Jaffa neben Tel Aviv). Der vorgeschlagene „jüdische Staat“ umfasste jede größere Stadt, einschließlich der Hafenstädte Haifa und Tel Aviv und der arabischen Stadt Jaffa, mit der Ausnahme von Jerusalem, das „internationalisiert“ werden sollte. Außerdem sollte dem zionistischen Staat das beste Land für den Anbau von Zitrusfrüchten zufallen (wofür dem arabischen Staat 4 Millionen Pfund jährlich gezahlt werden sollten).

Als die Teilung verkündet wurde, besaßen die Juden nur sechs Prozent des Landes in Palästina; dem UN-Plan zu Folge sollten sie 55 Prozent des gesamten Gebiets erhalten. Der zionistische Staat würde 538 000 Juden und 397 000 Araber umfassen, der arabische Staat etwa 804 000 Araber und nur 10 000 Juden. Kein Wunder, dass die Zionisten über die Teilung höchst erfreut waren, während die palästinensischen Araber sie verfluchten.

Interkommunaler Konflikt

Unmittelbar nach der UN-Abstimmung über die Teilung verschärfte sich der interkommunale Hader erheblich. In „gemischten“ Städten waren Heckenschützen rund um die Uhr aktiv. Zwischen den Städten wurden Versorgungs-Konvois regelmäßig aus dem Hinterhalt angegriffen. 50 Juden und 50 Araber starben wöchentlich in diesem nicht erklärten Krieg. Der Großmufti rief (von Damaskus aus) nach der Verkündung der UN-Abstimmung zu einem Generalstreik auf. Aber das war total ineffektiv, weil die Zionisten sich in



Pathfinder Press



Spartakist

New York 1938: Trotzistische SWP demonstriert für freie Einreise von Nazi-Opfern in die USA. Rechts: Berlin 1990, Spartakisten demonstrieren gegen Einwanderungsverbot gegen Juden aus der Sowjetunion

den Festungen ihrer geschlossenen Ökonomie eingemauert hatten. Der Mufti rief außerdem seine „Heimatgarde“, nominell 50 000 Mann, zum bewaffneten Aufstand auf. Aber die einzigen Waffen, die sie besaßen, waren altertümliche Gewehre fragwürdiger Brauchbarkeit; und einen Großteil ihrer Zeit lieferten sie sich Schießereien mit den „Garden“ anderer Effendis, die dem Mufti feindlich gesinnt waren.

Einer der unseligsten Aspekte des interkommunalen Kampfes, der auf die UN-Teilungs-Abstimmung folgte, war, dass er sich auch auf die wenigen Gebiete ausweitete, wo es eine lange Tradition des gemeinsamen arabischen und jüdischen Klassenkampfes gab, wie den Hafen und die Ölraffinerien Haifas. Weihnachten 1947 wurde in Palästina „gefeiert“ mit einer Orgie von Bombenanschlägen, Angriffen von Heckenschützen und Hinterhalten, besonders in Haifa und im „Niemandland“ zwischen Jaffa und Tel Aviv. Es gab mehr als 100 Tote. Am 30. Dezember warfen Mitglieder der Irgun aus einem Fahrzeug heraus Bomben in eine Gruppe arabischer Arbeiter, die vor den Toren einer Ölraffinerie in Haifa standen. Sechs wurden getötet und 47 verwundet. Daraufhin griffen arabische Arbeiter im Werk jüdische Arbeiter mit Messern und Spitzhacken an, töteten 41 und verwundeten 15.

Auftritt: Arabische Liga

Die von den Briten gesponserte Arabische Liga trat vom 12. bis 17. Dezember in Kairo zusammen. Während jeder Mitgliedstaat die Zionisten wild denunzierte und als Vorkämpfer für die Sache der Palästinenser und der arabischen Einheit auftrat, war jeder trotzdem nur daran interessiert, wie viel von Palästina er für sich selbst tranchieren könnte – und wie er die anderen Mitglieder daran hindern könnte, sich zu viel abzuschneiden.

Das Treffen wurde auf Initiative des irakischen Ministerpräsidenten Salah Jabr einberufen, der in seiner Rhetorik und in seinen Vorschlägen am radikalsten war und zu sofortiger bewaffneter Intervention aufrief. Jabr wusste, dass er zu Hause auf einem Vulkan sozialer Unruhen saß, er brauchte die Ablenkung eines „heiligen Krieges“ gegen den Zionismus. Aber er war zu spät dran. Nach der Veröffentlichung eines neuen Verteidigungsvertrags mit Britannien am 16. Januar brachen riesige Studentendemonstrationen aus, danach gingen auch Arbeiter und Arbeitslose auf die Straße. Folglich war während des gesamten arabisch-israelischen Krieges 1948 der größte Teil der irakischen Armee damit beschäftigt, in Bagdad für Ordnung zu sorgen.

König Abdullah von Transjordanien war der einzige noch lebende Sohn des Scherifen von Mekka und träumte davon, das historische Unrecht des Versailler Vertrages gegen seine

Linie der Königsfamilie rückgängig zu machen. Als ersten Schritt zur Wiederschaffung eines Großsiriens unter haschemitischer Herrschaft hatte er vor, den den Arabern zugesprochenen Teil Palästinas zu erobern, besonders Jerusalem, die als „Heilige Stadt“ des Islam an dritter Stelle steht und eine angemessene Stätte für seinen Thron wäre. Auch Syrien träumte vielleicht von der Wiedergeburt eines Großsiriens, hatte aber nur eine schlecht ausgerüstete Division, während Abdullah die erstklassige Arabische Legion hatte.

Der Großmufti von Jerusalem wollte natürlich keine Intervention von regulären Armeen, insbesondere nicht der von Abdullah, denn das haschemitische Königreich konnte nur auf Kosten des Muftis errichtet werden. Er wollte stattdessen Ausrüstung für seine irregulären Truppen. Es wurde schließlich beschlossen, 3000 Freiwillige zu trainieren und auszurüsten, die „Arabische Befreiungsarmee“ unter Fawzi el-Kaukji, Veteran sowohl des Guerillakampfes nach dem Generalstreik 1936 in Palästina als auch des den Achsenmächten freundlich gesinnten Militärputsches 1941 im Irak.

Bei solch byzantinischen Verhandlungen konnte man die Zionisten natürlich nicht außen vor lassen. Im November 1947, vor dem Kairo-Treffen der Arabischen Liga, hatte sich Abdullah schon heimlich mit Golda Meyerson (Meir) als Vertreterin der Jewish Agency getroffen. Er offenbarte ihr seine Pläne, die den Arabern zugesprochenen Teile Palästinas zu okkupieren: „Wir haben beide einen gemeinsamen Feind, der unsere Pläne durchkreuzen will – den Mufti.“ Ebenso traf sich Kaukji im Januar 1948 in seinem Hauptquartier in Zentralpalästina mit einem Vertreter der Jewish Agency und versprach, weder die Juden anzugreifen noch den irregulären palästinensischen Truppen des Muftis zu Hilfe zu kommen. Den ersten Teil seines Versprechens brach er und griff mehrere Siedlungen in Galiläa an, den zweiten Teil jedoch hielt er rigoros ein.

Die Flucht der palästinensischen Araber

Die Periode zwischen Dezember 1947 und März 1948 war hauptsächlich von interkommunalen Auseinandersetzungen und von diplomatischen Verhandlungen zwischen den arabischen Staaten gekennzeichnet. April und Anfang Mai waren dagegen von dem gemeinsamen Vorstoß der Zionisten bestimmt, ihre Kommunikationslinien zu sichern und anschließend die Araber aus den den Juden zugesprochenen Gebieten zu vertreiben. Dass die Zionisten von Anfang an eine solche Massenvertreibung planten, ist zweifelhaft, aber sie haben ohne Zweifel die beginnende Panik unter der arabischen Bevölkerung zu ihrem Vorteil ausgenutzt.

Fortgesetzt auf Seite 24



kein Bildnachweis

1948: Mehr als eine Million palästinensische Frauen, Männer und Kinder wurden vertrieben. Palästinenser blieben zeitlebens Flüchtlinge

Israel...

Fortsetzung von Seite 23

Am 9. April beging die Irgun das berüchtigte Massaker von Deir Yassin, 254 Araber wurden getötet, die meisten davon unbewaffnet. Die restlichen 150 Dorfbewohner wurden in LKWs verfrachtet und zur Schau durch die jüdischen Stadtteile von Jerusalem paradiert. Obgleich die Jewish Agency ihren „Ekel“ über Deir Yassin in einem Telegramm an König Abdullah zum Ausdruck brachte, benutzten die Jewish Agency und die Hagana diese Gräueltat trotzdem, um Terror zu verbreiten und eine Fluchtbewegung auszulösen.

In Haifa startete die Hagana am 22. April einen groß angelegten Angriff, der wichtige Regierungsgebäude überannte und entscheidende Teile der arabischen Bezirke besetzte. Die Hagana forderte, dass Araber alle Waffen abliefern sollten, ferner die Auslieferung aller Nicht-Palästinenser (Syrer, Iraker usw.) zur gerichtlichen Untersuchung und Internierung und die Anerkennung der jüdischen Kontrolle über die gesamte Stadt. Anstatt diese drückenden Bedingungen anzunehmen, räumte die arabische Bevölkerung die Stadt. Drei Tage später begann die Irgun einen gut bewaffneten Angriff auf die arabische Stadt Jaffa. Die Jewish Agency lehnte jede Verantwortung für diesen Angriff ab, aber als die Irgun sich aufzulösen begann und ihr Vormarsch gestoppt wurde, kam ihr die Hagana zu Hilfe und 70 000 Araber mussten fliehen.

So wurde sogar noch vor der Proklamierung des zionistischen Staates das palästinensische „Flüchtlingsproblem“ geschaffen. Mehr als 300 000 Araber waren ins Exil geflohen – als Ergebnis des zionistischen Terrors, wegen der unfähigen oder nicht existenten palästinensischen Führung und (an manchen Orten) wegen Ermahnungen der „Arabischen Befreiungsarmee“, die Kampfgebiete um die „gemischten Städte“ zu räumen.

Proklamation Israels und Einmarsch der arabischen Armeen

Als am 14. Mai die letzten britischen Truppen zum Abtransport eingeschifft wurden, proklamierten die Führer der Jewish Agency den Staat Israel. Am nächsten Tag überschritten die Armeen von fünf arabischen Staaten die Grenzen des ehemaligen Mandatsgebietes Palästina. Es ist wichtig, sich ein klares Bild von der militärischen Situation damals zu machen, um zu entscheiden, ob der anschließende Kampf ein nationaler Befreiungskrieg war, wie die Zio-

nisten (und Stalin) behaupteten, oder ganz im Gegenteil ein nationaler Expansionskrieg seitens Israel.

Erstens waren die britischen Truppen kein Faktor mehr. Das bedeutete, mit der Ausnahme des Nordens um Galiläa, dass die einzigen effektiven Streitkräfte im früheren Mandatsgebiet die der Zionisten waren. Die Arabische Legion, Hauptgegner der Hagana zu Beginn der Kämpfe, musste erst den Fluss Jordan überqueren und etwa 130–140 km zurücklegen, um auf die zionistischen Streitkräfte bei Jerusalem zu stoßen. Was also in den ersten Tagen des Krieges von 1948 hauptsächlich passierte, war, dass die Hagana das unter ihrer Kontrolle stehende Gebiet ausweitete und das von den Briten zurückgelassene Vakuum füllte.

Zweitens bestand ein ungefähres militärisches Gleichgewicht. Bis zum 15. Mai hatte die Hagana etwa 25 000 reguläre Soldaten mobilisiert, ihnen standen 10 000 Ägypter, 4500 Arabische Legionäre, 7000 Syrer, 3000 Iraker und 3000 Libanesen gegenüber – insgesamt 27 500 auf der arabischen Seite. Die arabischen Armeen waren anfangs besser ausgerüstet, aber die Zionisten hatten den Vorteil kürzerer Verbindungswege und straffer Verteidigungslinien in einem Land von der Größe des US-Bundesstaates Vermont.

Am wichtigsten jedoch war die Tatsache, dass das Kommando der Zionisten (mehr oder weniger) vereinigt war, während jede arabische Armee eine unabhängige und oft den anderen widersprechende Politik verfolgte. Laut der endgültigen arabischen Invasionspläne war der irakische General Nur ad-Din Mahmoud „Kommandeur der regulären und irregulären Streitkräfte zur Rettung Palästinas“. Er sollte einen koordinierten Zangenangriff im Norden kombiniert mit Blockademanövern im Süden führen, mit dem Ziel, Haifa einzunehmen. Am 13. Mai jedoch informierte Abdullah die anderen Mitglieder der Arabischen Liga, dass er selbst Oberkommandierender sein würde und nicht an Haifa, sondern an Jerusalem interessiert sei. Folglich wurden alle Pläne geändert und die arabischen Armeen ins Chaos gestürzt, eine überlegene militärische Strategie wurde fallengelassen und durch eine ersetzt, deren höchstes Ziel es war, Abdullah zum König von Jerusalem zu machen. Wie er den Zionisten mehrfach gesagt hatte, hatte Abdullah kein Interesse daran, die jüdischen Wohngebiete zu besetzen; er versuchte es auch niemals während des Krieges.

Die eigentlichen Kämpfe während der ersten vier Wochen des Krieges (15. Mai bis 11. Juni) konzentrierten sich auf die Kommunikationslinien mit Jerusalem. Wegen der militärischen Effektivität der Zionisten, der mangelnden Koordinierung der arabischen Armeen und weil das ausschließliche Interesse des arabischen Hauptkontrahenten den nicht-jüdischen Gebieten galt, war die physische Existenz der jüdischen Gemeinde in Palästina während der Kämpfe nie in Frage gestellt.

Nach vier Wochen Kampf hielt die Arabische Legion Latrun, einen strategischen Punkt, der die Hauptstraße von Tel Aviv nach Jerusalem blockierte; jedoch hatte die Hagana es geschafft, eine neue Umgehungsstraße um das Gebiet zu bauen. Die Legionäre von General Glubb hatten auch Sheikh Jarrah eingenommen, ein Dorf, dessen einzige Bedeutung darin lag, dass es genau zwischen Neu-Jerusalem und dem Berg Scopus lag. Und sie hatten die „Altstadt“ Jerusalems eingenommen, deren Bedeutung rein religiös und symbolisch war. Die irakische Armee nahm Dschenin ein und rührte sich dort für den Rest des Krieges nicht mehr

fort. Die Ägypter eroberten drei Siedlungen im Negev. Militärisches Ergebnis der ersten Runde war ein Unentschieden.

Ein von der UNO auferlegter vierwöchiger Waffenstillstand vom 11. Juni bis zum 9. Juli wurde von beiden Seiten dazu benutzt, die Streitkräfte wieder in Schuss zu bringen. Die arabischen Staaten vergrößerten ihre Truppenstärke um 15 000 Mann. Aber die Zionisten zogen den größten Vorteil aus der Ruhepause. Entsprechend der russischen Politik, die den israelischen Kampf als progressiven antiimperialistischen nationalen Befreiungskrieg einschätzte, lieferte die Tschechoslowakei erhebliche Waffenmengen und einen ganzen Flugplatz. Von den USA und England erhielten die Zionisten Bomben- und Kampfflugzeuge.

Bis zum Ende des Waffenstillstands hatte Israel einen klaren militärischen Vorteil erreicht, in der darauf folgenden „Zehntageoffensive“ richteten die Israelis Kaukjis Arabische Befreiungsarmee in Galiläa übel zu und eroberten Ramalah, Lydda und benachbarte arabische Dörfer in Zentralpalästina. Wo auch immer die Hagana auf arabisches Territorium vorstieß, wurde die Zivilbevölkerung vertrieben

auf Selbstbestimmung? War der Krieg 1948 eine Anwendung dieses Rechts? Und allgemeiner, was ist die Bedeutung der Selbstbestimmung für Völker, die auf dem gleichen Gebiet miteinander vermischt leben?

Tatsache ist, dass die jüdisch-zionistischen Gemeinschaften in Palästina bis 1948 eines ihrer Ziele erreicht hatten, ein eigenes Nationalwesen. (Dessen Ursprung kann zurückverfolgt werden zur Niederlage des arabischen Generalstreiks und Aufstands 1936–39. Danach hatten die palästinensischen Juden eine funktionierende geschlossene Wirtschaft, im Wesentlichen unabhängig von den arabischen Gemeinschaften. Diese Trennung war die Basis für die Entwicklung der jüdischen Wirtschaft im Zweiten Weltkrieg, als die Isolierung Palästinas die Entwicklung von ganzen neuen Industriezweigen erzwang.) Wir stellen dies fest als Anerkennung einer vollzogenen Tatsache und implizieren damit keinerlei „Beifall“.

Lenin und Trotzki waren entschiedene Gegner der bürgerlichen Ideologie des Zionismus und waren gegen die jüdische Besiedlung Palästinas. Aber eine Nation ist nicht eine metaphysische moralische Kategorie; sie ist eine soziale Kategorie

**Beirut,
September 1982:
Palästinensische Frau
beweint ihre
Verwandten.
Mehrere tausend
Palästinenser wurden in
den Flüchtlingslagern
Sabra und Schatila
von christlichen
Falangisten mit Wissen
und Duldung der
israelischen Armee
unter Scharon
ermordet**



UPI



Bibliographisches Institut AG, Mannheim

**Tel Aviv,
4. Juli 1982:
Krieg und
Massaker im
Libanon
führten in
Israel zu
riesigen
Demonstra-
tionen gegen
die eigene
Regierung
und den
Schlächter
Scharon**

und ihre Häuser und Dörfer dem Erdboden gleichgemacht und gesprengt. Bis Ende Oktober waren mehr als 472 000 Araber von ihrem Land und ins Exil vertrieben worden.

Nach einem neuen Waffenstillstand vom 18. Juli bis Oktober konzentrierten sich die Zionisten darauf, die ägyptischen Stellungen im Negev auszuradieren und Säuberungsaktionen in Galiläa abzuschließen. Am Ende der Kämpfe Anfang 1949 hatten sie das ganze Territorium besetzt, das den Juden unter dem UN-Teilungsplan zugesprochen worden war, und hatten zusätzlich Ostgaliläa eingenommen, Teile von Zentralpalästina (einschließlich der Neustadt Jerusalems) und Teile des Negev. Ägypten nahm sich den Gazastreifen, Transjordanien die Westbank. Abdullah erfüllte sich trotz einiger militärischer Niederlagen seinen lebenslangen Traum und krönte sich zum König (eines Teils) von Jerusalem und des (teilweise) wiederhergestellten haschemitischen Königreichs. Um nicht in den Schatten gestellt zu werden, errichtete Ägypten eine „Arabische Regierung Palästinas“ im Gazastreifen.

Eine hebräische Nation in Palästina?

Der Krieg 1948 schuf den Rahmen, in dem die darauf folgenden arabisch-israelischen Konflikte stattfanden. Schon allein aus diesem Grund verdient er eine ernsthafte Untersuchung durch revolutionäre Sozialisten. Zusätzlich zu der offensichtlichen Frage, welche Position Marxisten in diesem Konflikt einnehmen sollten, stellt er eine ganze Reihe weiterer wichtiger politischer Fragen: Waren die Juden in Palästina eine Nation? Wenn ja, unterstützten Leninisten ihr Recht

mit einem materiellen Inhalt. Stalins Broschüre *Marxismus und nationale Frage*, geschrieben 1913, als er noch ein Bolschewik war und unter Lenins Anleitung stand, definiert eine Nation mit folgenden Worten: „Eine Nation ist eine historisch entstandene stabile Gemeinschaft von Menschen, entstanden auf der Grundlage der Gemeinschaft der Sprache, des Territoriums, des Wirtschaftslebens und der sich in der Gemeinschaft der Kultur offenbarenden psychischen Wesensart“ (Hervorhebung im Original). Diese Definition verneinte explizit, dass die europäischen Juden eine Nation darstellten. Sie wurden von Stalin und Lenin entweder als assimiliert eingeschätzt (wie in Westeuropa) oder als eine unterdrückte Kaste (wie in Russland und allgemein in Osteuropa).

Den Zionisten war auch klar, dass für das verstreute europäische Judentum, ein „Volk ohne Land“, die Schaffung einer Nation unmöglich wäre ohne ein entsprechendes „Land ohne Volk“ – oder ein Land, das durch Zwangsvertriebung der Einheimischen zu einem Land ohne Volk gemacht werden konnte. Genau das taten sie in Palästina, indem sie zuerst die arabischen Fellachen vom Land verdrängten (gekauft von den feudalen Gutsbesitzern), dann eine geschlossene Wirtschaft der jüdischen Gemeinschaften aufbauten und schließlich 1948 den größten Teil des Mandatsgebietes Palästina eroberten – mit einer Armee, die vor der Teilung aufgebaut worden war – und die Mehrheit der arabischen Bevölkerung vertrieben.

Aus der Zerstörung des europäischen Judentums durch

Fortgesetzt auf Seite 26

Israel...

Fortsetzung von Seite 25

Hitler (ohne dessen Hilfe die Zionisten nicht erfolgreicher geworden wären als die Shaker und andere utopische Sekten) und auf Kosten der palästinensischen Araber wurde eine Siedlerkolonie in eine Nation verwandelt.

Selbstbestimmung für die hebräische Nation?

Diese hebräische Nation kam durch Gewalt und Zwang ins Leben, durch Unterdrückung, Zwangsvertreibung und Völkermord an anderen Völkern. Kommunisten müssen solch brutale nationale Unterdrückung bekämpfen. Wenn jedoch die historische Tatsache vollzogen ist, müssen wir natürlich das Recht jener Nation auf Selbstbestimmung anerkennen, denn die Alternative wäre nationaler Völkermord.

Die Vereinigten Staaten selber (wie auch beträchtliche Teile des spanischen Kolonialamerikas) wurden durch die brutalste, schließlich völkermörderische Ausraubung der einheimischen Indianerbevölkerung geschaffen. In Uruguay, Costa Rica und Kuba zum Beispiel wurde die einheimische Bevölkerung fast vollständig ausgelöscht. Verneinen Marxisten deswegen das Recht der USA auf Selbstbestimmung, zum Beispiel während des Unabhängigkeitskriegs 1776? Verweigern wir dieses Recht den von den Spaniern abstammenden Bewohnern Lateinamerikas? Sollen wir das Recht Iraks auf Selbstbestimmung verneinen, weil dort die Kurden unterdrückt werden, verweigern wir Nigeria dieses demokratische Recht wegen des Massakers in Biafra oder dem Sudan, weil der arabische Norden Hunderttausende Schwarze im Süden des Landes hingemetzelt hat? Verweigern wir der heutigen Türkei das Recht auf Selbstbestimmung, weil sie auf den Leichen von einer Million Armeniern und Griechen geschmiedet wurde? Die Unterdrückung und die Massaker an diesen unterjochten Völkern waren große historische Ungerechtigkeiten, aber das macht Irredentismus [Bewegung, die den Anschluss gewisser Gebiete ans so deklarierte Mutterland anstrebt, z. B. die „Heim-ins-Reich“-Bewegung der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei in den 30er-Jahren] nicht plötzlich zum Leninismus. Vielmehr unterstreicht es die Notwendigkeit, die nationale Frage innerhalb des internationalistischen Rahmens des Proletariats zu sehen, zu erkennen, dass Nationalismus – eine kleinbürgerliche Ideologie, die die expansionistischen und völkermörderischen Appetite der Bourgeoisie deckt – unfähig ist, soziale Gerechtigkeit zu erreichen, selbst auf dem Gebiet der bürgerlich-demokratischen nationalen Rechte.

Die ex-trotzkistische Socialist Workers Party [SWP in den USA] leugnet jetzt das Recht der hebräischsprachigen Bevölkerung Israels auf Selbstbestimmung. Sie argumentiert: „Vom Standpunkt des leninistischen Begriffs des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung ist der entscheidende Faktor die Frage, ob die gegebene Nationalität eine unterdrückte Nationalität oder eine Unterdrückernationalität ist“ („Israel and the Arab Revolution“, Konferenz-Resolution der SWP 1971). Es ist eine Sache, zu unterscheiden zwischen dem Nationalismus der Unterdrücker (der vollständig reaktionär ist) und dem Nationalismus der Unterdrückten (der zwar auch eine bürgerliche Ideologie ist, die von Sozialisten bekämpft werden muss, aber teilweise ein Ausdruck der Opposition gegen Unterdrückung ist). Doch Marxisten bilden sich nicht ein, wie die Götter im Himmel zu thronen, um die guten, aber unterdrückten Völker majestätisch mit dem Recht auf Selbstbestimmung zu belohnen, während die bösen Unterdrückervölker in alle vier Winde zerstreut werden.

Die SWP behauptet, dass der Leninismus nur die Forderung unterdrückter Nationen nach dem Recht auf Selbstbestimmung anerkennt. Das wäre eine Neuigkeit für Lenin!

In seinem Artikel „Über das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ (April-Juni 1914) zitiert er zustimmend die Resolution zur nationalen Frage vom (Londoner) Kongress der Sozialistischen (Zweiten) Internationale 1896: „Der Kongress erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt ...“ Um den Punkt zu unterstreichen, fährt Lenin fort:

„In der Resolution der Internationale sind denn auch die wesentlichsten, grundlegendsten Leitsätze dieses Standpunkts wiedergegeben: einerseits die ganz offene und unmißverständliche Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; andererseits werden die Arbeiter ebenso unzweideutig zur *internationalen* Einheit ihres Klassenkampfes aufgefordert.

Wir glauben, daß diese Resolution absolut richtig ist ...“ (Hervorhebung im Original)

Unter normalen Umständen steht die Selbstbestimmung von Unterdrückernationalen natürlich nicht in Frage. Die Forderung nach Selbstbestimmung für unterdrückte Völker bedeutet, dass sie die gleichen nationalen Rechte haben sollen, die die etablierten Nationen schon haben, nicht dass unterdrückte Völker einen Anspruch auf nationale Rechte haben, während „Unterdrückervölker“ keinen haben.

Wenn Marxisten allen Nationen das Recht auf Selbstbestimmung zugestehen, heißt das nicht, dass Marxisten unter allen Bedingungen die Ausübung dieses Rechtes unterstützen (Lenin verglich Selbstbestimmung mit Scheidung; die Anerkennung des Rechts auf Scheidung heißt nicht notwendigerweise, die Auflösung einer bestimmten Ehe zu befürworten). Außerdem ist für den Fall, dass demokratische Rechte miteinander in Konflikt geraten, das Besondere dem Allgemeinen unterzuordnen. Dies wurde von der damals noch trotzkistischen SWP in ihrem Leitartikel „The Arab-Jewish War in Palestine“ [Der arabisch-jüdische Krieg in Palästina] (*Militant*, 31. Mai 1948) anerkannt: „Hat nicht die jüdische Bevölkerung das Recht auf Selbstbestimmung und auf einen Staat wie andere Völker? Ja – aber selbst wenn wir diese Frage von der zuvor erwähnten sozialen Realität abstrahieren, bleibt die Tatsache, dass sie sich nicht einfach einen Staat herauschneiden dürfen auf Kosten der nationalen Rechte der arabischen Völker. Das ist nicht Selbstbestimmung, sondern die Eroberung des Territoriums eines anderen Volkes.“ Die SWP war ein energischer Gegner des UN-Teilungsplans und rief auf zu einem „gemeinsamen Kampf gegen die imperialistischen Unterdrücker auf der Grundlage eines revolutionären sozialistischen Programms“.

Selbstbestimmung für geografisch vermischte Völker?

Die SWP war trotzdem vage in ihrer damaligen Propaganda und neigte dazu, ihre korrekten Ansichten nicht auf eine Position zum Krieg reduzieren zu können. Das war nicht zufällig, sondern ergab sich aus der Komplexität der Situation, dem Mangel an harter Information über den Krieg selbst (die Berichterstattung in der bürgerlichen Presse beschränkte sich weitgehend auf hysterische Propaganda über die Not der armen belagerten Juden) und dem theoretischen Dilemma, das sich beim Versuch stellt, das Selbstbestimmungsrecht auf im gleichen Gebiet lebende vermischte Völker anzuwenden.

Es war klar, dass die Schaffung eines unabhängigen Nationalstaates in Palästina, ob durch palästinensische Araber oder Juden, nur auf Kosten der jeweils anderen Nation geschehen würde. Wenn nationale Bevölkerungen geografisch vermischt sind, wie in Palästina, kann ein unabhängiger Nationalstaat nur durch ihre gewaltsame Trennung geschaffen werden (Zwangsumsiedlungen usw.). So wird das demokratische Recht auf Selbstbestimmung abstrakt, da es nur dadurch ausgeübt werden kann, dass die stärkere nationale

Gruppierung die schwächere vertreibt oder zerstört.

In solchen Fällen besteht die einzige Möglichkeit einer demokratischen Lösung in einer sozialen Transformation. So leitete zum Beispiel der Zerfall des alten multinationalen türkischen Reiches eine Periode von verschärften, mörderischen nationalen Konflikten auf dem Balkan ein. Die Jahrhunderte von nationalem Hass und von Massakern beispielsweise zwischen dem serbischen und dem kroatischen Volk übertreffen die Geschichte der nationalen Auseinandersetzungen zwischen Hebräern und Arabern im Nahen Osten. Die einzige Grundlage für die Einheit der Serben und Kroaten (und anderer Völker) Jugoslawiens war der Sieg der Partisanenarmeen, gegen alle Nationalisten, der nach dem Zweiten Weltkrieg in einem Kampf gipfelte, der die Ketten des Kapitalismus sprengte und zur Schaffung eines deformierten Arbeiterstaates in Jugoslawien führte.

Unter dem Kapitalismus ist das Recht auf Selbstbestimmung in einem solchen Kontext strikt *negativ*: das bedeutet, sich gegen die Verletzung der nationalen Rechte sowohl der arabischen als auch der hebräischsprachigen Bevölkerung zu stellen. Wenn im Krieg 1948 beispielsweise eine unabhängige Streitmacht der palästinensischen Araber existiert hätte, hätten Marxisten sie militärisch unterstützen können sowohl gegen die Expansion des die Araber ausschließenden zionistischen Staates als auch gegen den Angriff der Armeen der Arabischen Liga, die alle gemeinsam die nationale Existenz der palästinensischen Araber unterdrückten. Wenn es entsprechend einen irredentistischen Angriff der arabischen Staaten gegeben hätte, der das Überleben der hebräischen Nation in Palästina gefährdete, hätten Marxisten eine Position der revolutionären Verteidigung des Überlebens dieser Nation eingenommen.

Bis vor kurzem hatte die Spartacist League die Position, dass die Intervention der Arabischen Legion nach Israels Unabhängigkeitserklärung den Krieg 1948 in einen Kampf zur Verteidigung der Existenz des hebräischen Volkes und seines Rechts auf Selbstbestimmung verwandelt habe. Obwohl wir gegen die Teilung waren und für die Rückkehr der vertriebenen Palästinenser kämpften, hätten wir trotzdem zum Sieg der Hagana gegen die Arabische Legion aufgerufen.

Die Kriterien, nach denen wir einen solchen Krieg einschätzen, haben sich nicht geändert. Jedoch machen es zusätzliche Enthüllungen der Umstände des Krieges 1948 – neues Faktenmaterial, vieles davon erst seit kurzem erhältlich – ganz klar, dass die arabischen Armeen zu keinem Zeitpunkt im Krieg 1948 in der Lage waren, das Überleben der hebräischen Nation in Frage zu stellen. Insbesondere verweisen wir unsere Leser auf den Artikel von Y. Rad, „On the First Arab-Israeli War“ [Über den ersten arabisch-israelischen Krieg], *Workers Vanguard* Nr. 35, 4. Januar 1974.

Angesichts dieses und anderen Materials nahm das SL-Zentralkomitee am 16. März [1974] folgenden Antrag an:

„Die korrekte trotzkistische Linie im Palästinakrieg 1948 war revolutionärer Defätismus (und das Eintreten für die Selbstverteidigung bestimmter Dörfer und Siedlungen, wenn sie unter Angriff standen), denn:

- 1) Die Lösung der demokratischen Frage der Selbstbestimmung für jede von zwei Nationalitäten oder Völkern, die geografisch vermischt sind, ist auf gerechte Weise nur denkbar im Rahmen des Proletariats an der Macht;
- 2) konkret 1948 – die zionistisch geführten Juden besaßen die soziale/militärische Organisation, um ihren eigenen Nationalstaat zu schaffen und auszuweiten. Die palästinensischen Araber waren desorganisiert, ineffektiv und von allen Seiten verraten. Mit Ausnahme der Schlacht um Jerusalem bestanden die transjordanischen (und von den Briten angeregten und unterstützten) Kriegsziele darin,



Spartakist

Berlin, September 2002: Spartakist-Kontingent in Verteidigung der Palästinenser

mit den Juden um die Aufteilung des Landes der palästinensischen Araber zu wetteifern. Die Rolle der anderen ausländischen arabischen Armeen war es im Wesentlichen, sich in Positur zu werfen beim Versuch, Unzufriedenheit in ihren eigenen Ländern abzulenken.“

1948 erkannte die Revolutionary Communist League, die palästinensische Sektion der trotzkistischen Vierten Internationale, zwar das Recht der Juden auf Selbstbestimmung an, war aber ein entschiedener Gegner der Aufteilung Palästinas und nahm im arabisch-zionistischen Krieg eine revolutionär-defätistische Position ein. „Diesem Krieg kann von beiden Seiten kein progressiver Charakter zugesprochen werden... *Er schwächt das Proletariat und stärkt den Imperialismus in beiden Lagern. Der einzige Weg zum Frieden zwischen beiden Völkern dieses Landes ist, die Gewehre umzudrehen gegen die Anstifter zum Mord in beiden Lagern*“ („Against the Stream“, nach *Fourth International*, Mai 1948, Hervorhebung im Original). Es ist klar, dass eine Neuuntersuchung der historischen Tatsachen die damalige Position der Trotzkisten bestätigt: Das Überleben der hebräischen Nation stand nicht in Frage. Es gab keine effektiven Kräfte, die für die Rechte der palästinensisch-arabischen Nation kämpften; keine der arabischen Streitkräfte kämpfte für die nationalen Rechte der Palästinenser oder gegen den Imperialismus, sondern gegen die Zionisten und gegeneinander, um die palästinensische arabische Nation unter sich aufzuteilen und/oder um von sozialen Kämpfen in ihren eigenen Ländern abzulenken.

Obwohl die imperialistischen Mächte sicherlich ein Interesse an dem Ausgang hatten und intervenierten, um den Ausgang des Krieges zu beeinflussen, kann der Kampf auf keiner Seite als antiimperialistisch betrachtet werden. Die Israelis wurden von den USA und von der UdSSR unterstützt (diplomatisch und zumindest indirekt militärisch), während Ägypter, Iraker und Jordanier allesamt militärische Hilfe von Britannien erhielten. (Allerdings verfolgten nicht nur die Israelis, sondern auch jedes beteiligte arabische Land eifrig seine eigenen nationalen Ziele, so dass es gleichfalls unmöglich ist, den Krieg auf einen einfachen Konflikt zwischen den Großmächten zu reduzieren.)

Marxisten konnten im Palästinakrieg 1948 keiner Seite militärische Unterstützung geben. Unsere Position des proletarischen Internationalismus erfordert, dass dieser Krieg aus der Notwendigkeit des revolutionären Defätismus auf beiden Seiten betrachtet wird. Wir stellen dem Sieg jeder Seite die Perspektive des vereinigten proletarischen Kampfes entgegen, die einzige Möglichkeit, das Recht auf Selbstbestimmung wirklich zu erfüllen – durch eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens. ■

Die Rolle der KPD...

Fortsetzung von Seite 4

Stattdessen wurde die „Sozialfaschismus“-„Theorie“ klammheimlich fallen gelassen ... und mit ihr jegliche Kritik an der Sozialdemokratie! Ein Manifest der stalinistischen Komintern-Führung, „An die Arbeiter aller Länder“ vom 5. März 1933, rief zur Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Führern auf. Also genau das, was die Stalinisten in den vorangegangenen fünf Jahren zurückgewiesen hatten, d. h. in der entscheidenden Periode, *bevor* Hitler an die Macht kam – eine Tatsache, über die Fritz hinweggeht. Dieses Manifest rief jedoch die Kommunistischen Parteien auf, „auf alle Angriffe gegen sozialdemokratische Organisationen für die Zeit des gemeinsamen Kampfes zu verzichten“. In der frühen Komintern hatte Trotzki gemeinsam mit Lenin für die *Einheitsfront der Arbeiterklasse* gekämpft, die die Unabhängigkeit von der Bourgeoisie voraussetzt und auch das Recht gegenseitiger Kritik innerhalb der Einheitsfront. Verzicht auf die Kritik am Verbündeten führt unmittelbar zur Kapitulation vor dem Reformismus.

Die KPD- und die Komintern-Führung antworteten auf den Verrat von 1933 mit der Wende zum Reformismus und Sozialpatriotismus, was auf dem VII. Weltkongress der Komintern 1935 besiegelt wurde. Der Faschismus wurde von dem Stalinisten Georgi Dimitroff fälschlicherweise als die Herrschaft des reaktionärsten Teils des Finanzkapitals dargestellt. Nicht nur leugnet das die Massenbasis des Faschismus im Kleinbürgertum, sondern diente dann als Rechtfertigung dafür, sich einen Flügel der „nicht so reaktionären Kapitalisten“ suchen zu können. Laut dieser Theorie wird der Kampf für die Diktatur des Proletariats und für Sozialismus in der gegenwärtigen Periode zugunsten der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie von der Tagesordnung gestrichen. Die Kommunistischen Parteien wurden mobilisiert, breite „Volksfronten“ unter Einschluss des „antifaschistischen“ Flügels der Bourgeoisie zu bilden. So, wie die leninistische Einheitsfronttaktik während der „Dritten Periode“ über Bord geschmissen wurde, wurde nun das leninistische Prinzip der proletarischen Klassenunabhängigkeit weggeschmissen – in der frühen Komintern dagegen war „Klasse gegen Klasse“ eine zentrale Einheitsfront-Lösung – und die Interessen der Arbeiterklasse wurden denen der Bourgeoisie untergeordnet. Die Folgen hatte die Arbeiterklasse wenig später in Frankreich, Spanien und anderen Ländern zu tragen, als die Stalinisten, für den Traum eines Bündnisses mit dem „progressiven“ Flügel der Bourgeoisie, die Revolution ausverkauften und weitere welthistorische Niederlagen für die Arbeiterklasse vorbereiteten. *Die Volks-*

front ist keine Taktik, sondern das größte Verbrechen an der Arbeiterklasse!

Die „Volksfront“ wird heute noch von Linken in der Tradition der stalinistischen KPD als „Kampf gegen Faschismus“ hochgehalten. Daher ist es nicht so überraschend, dass sich Fritz über unsere Erklärung „SPD/PDS: keine Gegner des Faschismus“ aufregt. Dies war gegen die Regierungs-Volksfront-Kampagne „Aufstand der Anständigen“ im Herbst 2000 gerichtet. Damit zogen wir eine Linie gegen die Heuchelei von Schröder, Gysi, Fischer und Co., die gerade versuchten sich als Antifaschisten darzustellen, während die SPD/Grünen-Regierung mit „Nie wieder Auschwitz!“ auf den Lippen Jugoslawien angegriffen hatte, zu Hause mit Abschiebungen und rassistischem Staatsterror Immigranten angriff und mit brutaler Bullengewalt jede Nazi-Provokation gegen wütende Antifaschisten schützte. Die PDS-Zeitung *Neues Deutschland* (18. Mai 2000) biederte sich den Nazis an: „PDS hat keine Angst vor NPD-Abtrünnigen“, und die PDS ließ sich von Nazis „gesundes Nationalempfinden“ bestätigen, während sie die ganze Zeit in den Kommunen der Ex-DDR über „akzeptierende Jugendarbeit“ die Nazis finanziert und ihnen Organisationszentren zur Verfügung stellt. Gegen diesen ganzen Dreck musste eine Linie gezogen werden. Das taten wir mit unserem Artikel und sind stolz darauf. Die DKP jedoch, die eine ähnliche Politik hat, wie Fritz sie argumentiert, ordnete sich diesem Regierungstheater unter. In ihrem Flugblatt vom 9. November 2000 gab es neben allgemeiner Kritik am Kapitalismus keine Kritik an SPD, PDS und Grünen – sie wurden nicht einmal erwähnt! Passend dazu ist der Titel der DKP-Erklärung zur damaligen Regierungsdemonstration: „Ein breites gesellschaftliches Bündnis – wichtigste Antwort auf Neofaschismus heute“. Die DKP half der kapitalistischen Regierung des deutschen Imperialismus, sich dieses antifaschistische Mäntelchen umzuhängen. Der Zweck der Kampagne war, der SPD/Grünen-Regierung nach dem Balkankrieg wieder ein besseres Image zu geben und die weiteren Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu ermöglichen.

Nur wir Trotzkiisten können eine revolutionäre Antwort auf die Niederlage von 1933 geben, weil unsere Vorläufer der Linken Opposition einzigartig dafür kämpften, den KPD-Kurs zu ändern und die KPD für die notwendige proletarisch-revolutionäre Strategie zu gewinnen, den Faschismus durch Arbeitereinheitsfrontaktion zu stoppen und die proletarische Revolution auf die Tagesordnung zu setzen. In der Tradition von Lenin nennen wir die Dinge beim richtigen Namen und wollen die Verantwortung der Führung der Arbeiterklasse so klar aufzeigen, wie es nur geht. Das stört Fritz, der es vorzieht, die Fragen politischer Verantwortung in Hinblick auf persönliche gute Absichten der Arbeiterführer zu betrachten. Das aber ist hinderlich in dem Kampf, die Arbeiterklasse mit revolutionärem Marxismus politisch zu bewaffnen. Ein anderer Aspekt davon, die Verantwortung der Arbeiterführer für Hitlers Machtergreifung zu leugnen, besteht darin, die arbeiterfeindliche Lüge der „Kollektivschuld“ aller Deutschen zu verbreiten, die der Arbeiterklasse die Verantwortung gibt für die fürchterlichen Verbrechen der Nazis und der deutschen Bourgeoisie. Diese Lüge war die politische Grundlage der Spasibo-Volksfront-Demo am 8. Mai in Berlin, die auch von der DKP unterstützt wurde. Während DKP-Unterstützer richtigerweise die Bedrohung durch die „Antideutschen“ erkennen und danach streben, gegen sie zu mobilisieren, unterstützte ihre Partei dennoch eine Demo, die eine politische Abdeckung für die „Antideutschen“ gab. Diejenigen, die den rassistischen „antideutschen“ Provokateuren das Handwerk legen wollen, müssen sich über die notwendige politische Grundlage dafür klar werden. Dazu ist es unbedingt notwendig, die Lehren der Geschichte zu ziehen. ■

WORKERS VANGUARD 50¢
1. Juni 2000

Down With Big Brother "Real ID" Act!

Full Citizenship Rights for All Immigrants!



South Africa:
Down With Neo-Apartheid Capitalism!
See Page 8

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe) und *Black History*

**Luftpost € 25,-
11 Ausgaben € 12,50**

Bestell bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Linkspartei...

Fortsetzung von Seite 10

listen aber sehen keinen Sinn mehr darin, den „Sozialstaat“ aufrecht zu erhalten, da sie ihn seit der Konterrevolution Anfang der 90er-Jahre nicht mehr als „Alternative“ zum Sozialismus brauchen. Jetzt, da die Gefahr des Kommunismus gebannt zu sein scheint, geht es für die Kapitalisten darum, die Profite so hoch zu schrauben, dass sie in dem globalen Kampf um Märkte mit den anderen Imperialisten mithalten können. Ein Teil davon ist, das Sozialsystem zu privatisieren, so dass das Geld für Investitionen zur Verfügung steht. Ein anderer Teil ist, die Bundeswehr umzurüsten für weltweite Einsätze, um deutsche Interessen auch am Hindukusch, so SPD- Kriegsminister Struck, vertreten zu können. Wir fordern: **Bundeswehr raus aus dem Balkan und Afghanistan! Keinen Mann, keinen Pfennig für die imperialistische Armee!**

Das notwendige Geld dafür muss der Arbeiterklasse abgepresst werden. So, wie die SPD/Grünen-Regierung zentral dafür war, den Balkan- und den Afghanistankrieg zu führen, so war sie auch wichtig dabei, die Gewerkschaften zu lähmen, zu diskreditieren und sturmreif zu machen für die Angriffe der nächsten, vermutlich CDU-geführten Regierung. Mehr denn je sind der Bruch mit der Politik sozialdemokratischer Klassenzusammenarbeit und die Mobilisierung der Arbeiterklasse unabhängig von der Bourgeoisie nötig. Wir brauchen eine revolutionäre Avantgardepartei, um die unvermeidlichen Klassenkämpfe zu einer erfolgreichen, revolutionären Lösung zu führen. Diese Partei wird durch die Intervention in soziale Kämpfe aufgebaut werden, indem die klassenbewusstesten Kämpfer zu einem revolutionären Kader geschmiedet werden und darum kämpfen, das Klassenbewusstsein der Arbeiter zu heben. Dieser Kampf muss geführt werden gegen WASG und PDS, die die Arbeiterklasse immer wieder an den Kapitalismus binden.

Hamburg...

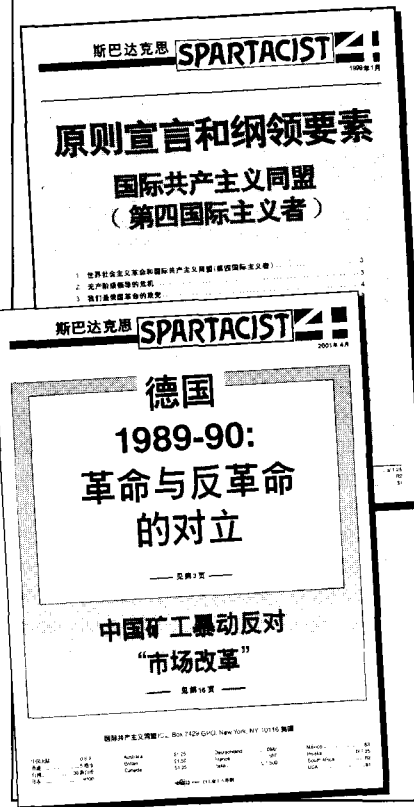
Fortsetzung von Seite 3

für Widerstand gegen diese Rassisten werben.

Die Vielfalt der politischen Weltanschauungen der Linken und Gewerkschafter, die sich versammelten und sicherstellten, dass die Veranstaltung ohne Störungen oder Gewaltandrohungen stattfinden konnte, ist ein bescheidenes Beispiel für die Maßnahmen, die notwendig sind, um die reaktionären „antideutschen“ Gangster zu besiegen. Der Raum war bis auf den letzten Platz gefüllt, während es draußen Verteidigungsteams gab. Mit dem Gefühl der Solidarität und mit so vielen verschiedenen Meinungen hatten wir eine lebhaft und interessante Diskussion. Unter anderem kam es zu einem Meinungsaustausch über die „demokratischen“ imperialistischen Alliierten neben der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Ein Unterstützer der DKP begrüßte den damaligen Pakt Stalins mit Hitler und die spätere Allianz der Sowjetunion mit den Westmächten. Dies traf auf vielfache Gegenrede, denn die westlichen, imperialistischen Alliierten führten Krieg um die Neuaufteilung und Ausbeutung der Welt. Sie haben ihre zweite Front erst 1944 eröffnet, um zu verhindern, dass die Rote Armee ganz Europa erobert und um Arbeiterrevolutionen in Europa zu unterdrücken. Die Möglichkeit einer freien und offenen Diskussion ist notwendig für eine erfolgreiche Einheitsfrontaktion. Nur durch die freie Diskussion der unterschiedlichen Positionen kann das Bewusstsein gehoben werden und das politisch richtige Programm gewinnen. Niemand muss seine Politik draußen lassen oder so tun, als gäbe es Übereinstimmung mit den Spartakisten oder ande-

Brecht mit allen Arten von Sozialdemokratie, ob SPD, PDS, WASG oder Linkspartei. **Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die die Arbeiterklasse an die Macht führt und damit imperialistischen Krieg, Rassismus und kapitalistische Ausbeutung für immer beendet!** ■

In chinesischer Sprache erhältlich



Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms

€ 1,-

(20 Seiten)

„1989/90: Revolution und Konterrevolution“ in Deutschland

€ 1,-

(24 Seiten)

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 23 555
10127 Berlin
Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

ren. Eine solche offene Diskussion unter Linken über den Nahen Osten ist genau das, was wir brauchen. Wir bedanken uns bei allen, die mobilisiert haben und gekommen sind, um sicherzustellen, dass die „Antideutschen“ die Veranstaltung nicht stören konnten.

Nachfolgend drucken wir unser *Spartakist*-Flugblatt vom 24. Mai ab.

„Antideutscher“ Überfall auf Spartakisten zurückgeschlagen!

Am 14. Mai um 16 Uhr führten wir in Hamburg im Café – Raum der AIDS-Hilfe e. V. eine Veranstaltung mit dem Thema „8. Mai 1945: Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime! SPD/Grüne/PDS – Volksfront für deutschen Imperialismus“ durch. Wir feiern den 8. Mai als den Tag des Sieges der Roten Armee über Nazideutschland. Wir stehen in der Tradition der Trotzlisten, die im Zweiten Weltkrieg den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat bedingungslos militärisch verteidigten und für die Niederlage der imperialistischen Bourgeoisien von Deutschland, Japan, USA, Britannien und Frankreich kämpften. Die Imperialisten, egal ob Achsenmächte oder „Demokraten“, rangen um die Neuaufteilung der Welt. Während die westlichen Imperialisten die Arbeiterviertel von Hamburg und Dresden bombardierten, war es die Rote Armee, die dem Holocaust ein Ende setzte und die osteuropäischen Völker von der Nazi-Barbarei befreite. Erst als klar war, dass die Sowjetunion

Fortgesetzt auf Seite 30

Hamburg...

Fortsetzung von Seite 29

siegen würde, eröffneten die West-Alliierten 1944 die zweite Front, um das kapitalistische Europa vor der Roten Armee „zu retten“. Deshalb ist es falsch, wenn Linke heute die „demokratischen“ westlichen Imperialisten als „Befreier“ bejubeln. Nachdem wir das Café der AIDS-Hilfe in der Langen Reihe verlassen hatten und ein Teil der Teilnehmer in eine nahe gelegene Kneipe ging, tauchte gegen 19.30 Uhr ein fast ausnahmslos in schwarz gekleideter Trupp von 10 bis 15 „Antideutschen“ auf. Die Bande verfolgte zwei unserer Genossen bis in die Kneipe und drohte: „Wir sind zum Nachschlag gekommen!“ Wir forderten die Provokateure auf, die Kneipe zu verlassen und informierten die übrigen Gäste, dass es sich um Rassisten handelt, die staatlichen Terror gegen muslimische Immigranten und die Unterdrückung der Palästinenser bejubeln. Als wir klar machten, dass diese Leute dafür bekannt sind Linke anzugreifen, stieß einer der Provokateure eine jüdische Genossin von uns gegen eine Wand. Als wir diesen Schläger zurückhalten wollten, schlugen weitere Angreifer einer anderen Genossin ins Gesicht.

Beim Zurückdrängen wurden von den „Antideutschen“ zwei junge Arbeiter verletzt, und sie zerschlugen die Brille des einen. Schnell gelang es uns, die Schlägerbande erfolgreich aus der Kneipe zu jagen, wobei sie noch Tische umschmissen und versuchten, Stühle als Waffen zu benutzen. Letztlich ergriff die feige Bande die Flucht. **Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Für Einheitsfrontaktionen von Arbeitern, Linken und Immigranten zur Verteidigung gegen „antideutsche“ Schläger!**

Dieser Überfall ist der neueste in einer ganzen Serie „antideutscher“ Angriffe auf Linke, Immigranten und andere, die nicht ihrem rassistischen proimperialistischen Weltbild entsprechen. In Berlin überfielen sie 2003 zwei unserer Veranstaltungen an der Humboldt-Uni, einmal sogar mit einer Rauchbombe. Zuletzt am 28. April 2005 attackierten sie dort unseren Büchertisch. Uns hassen sie besonders, weil

Bestell!

Artikel der Spartakist-Jugend, erschienen in Spartakist Nr. 158, Nr. 152 und Nr. 153:

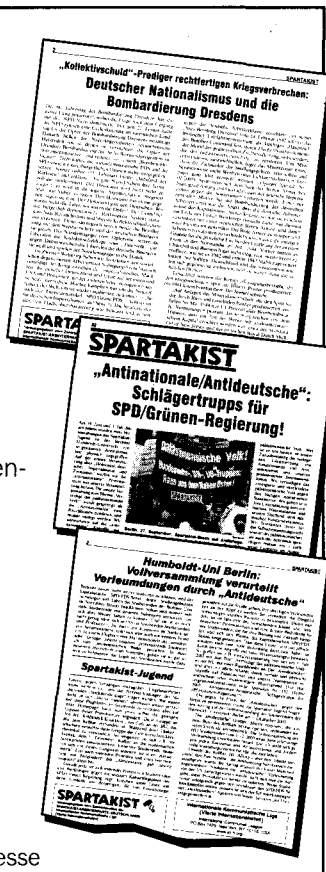
„Kollektivschuld“-Prediger rechtfertigen Kriegsverbrechen: Deutscher Nationalismus und die Bombardierung Dresdens

„Antinationale/Antideutsche“: Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung!“

„Humboldt-Uni Berlin: Vollversammlung verurteilt Verleumdungen durch „Antideutsche““

€ 1,50

Zu beziehen über die Kontaktadresse



wir ihre Rolle als Zerstörer der Linken aufdeckten und Erfolge erzielten, sie politisch zu isolieren. Nicht zuletzt mit unserem Artikel „Antinationale/Antideutsche“: Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung!“ (*Spartakist* Nr. 152, Herbst 2003), in dem wir ihre Finanzierung durch Regierungsstellen nachwiesen. Die „Antideutschen“ sind Schläger und Provokateure und arbeiten Hand in Hand mit dem bürgerlichen Staat. Am 8. Mai in Berlin versuchten sie, dem attac-Kontingent auf der Antifademo des Spasibo-Bündnisses den Strom abzudrehen, weil attac-Leute gegen die blutige US-Besetzung des Irak rappten. In unserem Flugblatt „Antideutsche“: Schläger für deutschen Imperialismus“ (4. Mai) hatten wir bereits vor der Demo gewarnt: „Die „Antideutschen“ spüren Wind in ihren Segeln. Der politische Hintergrund dafür ist eine Annäherung von linken Antifas mit diesen Rassisten im Namen einer klassenübergreifenden „antifaschistischen Einheit“. Wir intervenierten für eine proletarische internationalistische Perspektive, um die Nazis zu stoppen. „Antideutsche“, allen voran die Gruppe Kritik & Praxis, durften auf der Bündnisdemo am Ende der Demo mitlaufen. Sie liefen mit wendenden Fahnen der Staaten der „Anti-Hitler-Koalition“, der USA, Frankreichs, Britanniens und der Sowjetunion. Außerdem trugen sie israelische Fahnen. Die „Antideutschen“ setzen bewußt die reaktionären Kräfte des arabischen Nationalismus und des islamischen Fundamentalismus mit dem Faschismus gleich, um für [eine] Neuauflage der „Anti-Nazi-Koalition“ zu mobilisieren, in Verteidigung des US-Imperialismus und seines Juniorpartners Israel im Nahen Osten. So ist das, was sie als „Antifaschismus“ zu verkaufen versuchen, in Wirklichkeit die Verteidigung von zionistischem Terror gegen die Palästinenser und imperialistischem Krieg. Sie haben die NATO-Bombardierung Afghanistans und den US-Krieg gegen Irak bejubelt und unterstützen deren koloniale Besetzung. Ihr Rassismus gegen Immigranten muslimischen Hintergrunds deckt sich mit dem der US-Neokonservativen wie Richard Perle und Paul Wolfowitz, die von „antideutschen“ Gazetten wie *Jungle World* positiv zitiert werden und die einen Großteil der christlich-fundamentalistischen Bush-Administration ausmachen. Und ihr Rassismus deckt sich auch mit dem der SPD/Grünen-Regierung, die den deutschen Imperialismus für die Bourgeoisie verwaltet. Man kann nicht gemeinsam mit rassistischen Kriegstreibern wie den „Antideutschen“ gegen die Nazis kämpfen! **Die „Antideutschen“ sind keine Linken, sondern Fischer/Schilys und Bushs/Blairs Helfershelfer!**

Im Mai 2004 griffen „Antideutsche“ der Gruppe Kritik & Praxis beim Karneval der Kulturen in Berlin das Kontingent für Mumia Abu-Jamal an, ein schwarzer Journalist und ehemaliges Mitglied der Black Panther Party, der unschuldig in den USA in der Todeszelle sitzt. Als ihr Angriff abgewehrt wurde, schickten die „Antideutschen“ den Mumia-Unterstützern die Bullen auf den Hals. Wir verteidigten die RK (Revolutionäre Kommunisten), die das Mumia-Kontingent unterstützten, gegen die folgende rassistische Hetzkampagne der „Antideutschen“. Resultat ihrer Verleumdungen ist, dass das Mumia-Kontingent dieses Jahr beim Karneval komplett verboten wurde. Mumia Abu-Jamal wird von den „Antideutschen“ gehasst, weil er gegen die rassistische Politik des US-Imperialismus auftritt, der von den „Antideutschen“ wiederum fahnenschwenkend bejubelt wird. Wir fordern: **Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**

In Hamburg sind wir auch ins Fadenkreuz dieser Schläger geraten, weil wir zur Verteidigung von Professor Hanichs Seminaren, wo er für das Existenzrecht sowohl der Israelis als auch der Palästinenser argumentiert, gegen „antideutsche“ Provokationen und Verbotsversuche aufriefen. In unserem Mobilisierungsflugblatt zum Uni-Streik gegen Studiengebühren schrieben wir: „Die Provokationen

der ‚Antideutschen‘ folgen alle dem Muster, den deutschen kapitalistischen Staat auf ihre jeweiligen Opfer zu hetzen. So forderten sie Uni-Präsident Lühje (vergeblich) auf, das Seminar von Prof. Hanisch zu verbieten. Antirassistische Studenten müssen das Seminar gegen die Zensurversuche der rassistischen ‚Antideutschen‘ verteidigen. Im Wintersemester 2003/04 verleumdete Berliner ‚Antideutsche‘ den Uni-Streik in Berlin als ‚antisemitisch‘. Die Appelle von der ‚antideutschen‘ Gruppe Bad Weather und Leuten der Hamburger Studienbibliothek an denselben Lühje, der die Bullen auf die Studierenden hetzt, Prof. Hanischs Seminare zu verbieten, sind eine Bedrohung für alle, die gegen Studiengebühren protestieren, sowie aller, die sich eine Meinung zum Nahen Osten bilden wollen. Mindestens einer der Angreifer vom 14. Mai befand sich auch unter den ‚Antideutschen‘, die an der Hamburger Uni mehrere Seminare von Prof. Hanisch störten und bereits am 12. Mai handgreiflich gegen uns wurden, als wir vor einem Seminar Flugblätter verteilten. Bad Weather hat schon im Juli 2003 an der Hamburger Uni Todesdrohungen gegen einen Linguistik-Professor ausgestoßen, weil er einen Aufruf von Hochschuldozenten aus Britannien und Israel unterstützt hatte, Israel aus Protest gegen seine Besatzungspolitik zu isolieren. Alle Verteidiger von Palästinensern, einschließlich nichtzionistischer Juden und solcher Menschenrechtler wie Prof. Hanisch, werden von den ‚Antideutschen‘ als Antisemiten beschimpft. *Arbeiter, Linke, Immigranten und Antirassisten – verteidigt freies Rederecht! Verteidigt Prof. Hanisch und seine Vorlesungen und Seminare!*

Wir treten ein für den Sturz der Scheichs, Mullahs, Obristen und zionistischen Schlächter und für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens. Im Gegensatz zu den Nationalisten *aller* Couleur wollen wir die hebräischsprachigen Arbeiter für die Verteidigung der Palästinenser gewinnen. Israel ist nicht „der einzige sichere Ort“, sondern eine Todesfalle für Juden. Gerade Juden aus Osteuropa werden von der israelischen Bourgeoisie im schmutzigen Krieg gegen die Palästinenser verheizt. In Israel/Palästina, ein Gebiet, das von zwei Volksgruppen beansprucht wird, kann nur eine arabisch-hebräische Arbeiterrevolution die Frage des nationalen Selbstbestimmungsrechts, sowohl des palästinensischen als auch des hebräischen Volkes, demokratisch lösen. *Israelische Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten! Verteidigt die Palästinenser! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!*

Das Schicksal von Juden ist den ‚Antideutschen‘ aber absolut egal. Nachdem die Kohl-Regierung 1990 einen Einwanderungsstopp für Juden aus der damaligen Sowjetunion verhängte, plant die SPD/Grünen-Regierung in Abstimmung mit der israelischen Regierung seit Ende 2004 einen erneuten antisemitischen Einwanderungsstopp gegen Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland. Die Innenministerkonferenz stellte Aufnahmekriterien auf, nach denen nur noch „ökonomisch nützliche“ Juden nach Deutschland kommen dürften. Während wir vehement gegen einen solchen antisemitischen und rassistischen Einwanderungsstopp protestierten, sind die ‚Antideutschen‘ stumm geblieben. Genauso stellen sie sich auch beim staatlichen „Krieg gegen Terror“ auf die Seite der Regierung. So am 10. Juli 2004, als 150 von ihnen mit USA- und Israel-Fahnen, sowie Schlachtrufen wie „Panzer in Ramallah – das ist die wahre Antifa“ und „Wer Kreuzberg mag muss scheiße sein!“ die Immigrantenzentren Berlin-Neukölln und Kreuzberg terrorisierten. Ohne den Schutz von 200 Bullen, die mehrere Ge-



Spartakist

Berlin, 10. Juli 2004: „Antideutsche“ rassistische Provokation gegen muslimische Immigranten in Neukölln und Kreuzberg

gendemonstranten verhafteten, hätten sie diesen rassistischen antiarabischen Aufmarsch nicht durchführen können, denn sie trafen auf die Wut von 250 Linken und Anwohnern, die sich ihnen entgegen stellten. Wir fordern: *Volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!*

Der Grund, warum die ‚Antideutschen‘ immer noch von Teilen der Linken toleriert werden, ist der weit verbreitete Glaube an „Kollektivschuld“. Die „Kollektivschuld“-lüge von der Verantwortung aller Deutschen für den Holocaust wäscht die wahren Schuldigen weiß. Es war die deutsche Bourgeoisie, die Hitler Anfang der 30er-Jahre an die Macht brachte. Sie wurde dabei unterstützt durch die verräterische KPD-Führung, die sich weigerte die SPD-Führung in eine Einheitsfront zu zwingen um die Nazis zu stoppen. Stattdessen bezeichneten die KPD-Führer die SPD als „sozialfaschistisch“. So entfremdeten sie sozialdemokratische Arbeiter davon, den gemeinsamen Kampf gegen die Nazis weiter zu verfolgen. Die KPD-Führung überließ die Arbeiterbasis der SPD ihrer prokapitalistischen Führung, die die unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Nazis fürchtete. Statt einer Mobilisierung der Arbeiter rief die SPD-Führung 1932 auf, Hindenburg als kleineres Übel zu wählen, der dann im Januar 1933 Hitler zum Kanzler ernannte. Der Wille des deutschen Proletariats zum Kampf gegen Hitler wurde verraten von den Führungen von KPD und SPD. Deshalb kam Hitler an die Macht, ohne dass ein Schuss abgegeben wurde. Die Nazis zerschlugen zu erst die Kommunistische Partei, dann die Gewerkschaften und schließlich die SPD. Erst nachdem sie die Arbeiterbewegung atomisiert hatten, konnten die Nazis ihren Krieg gegen die Sowjetunion und den Holocaust durchführen. Der Holocaust war die industrielle Vernichtung von 6 Millionen Juden und 500 000 Roma und Sinti und Unzähligen mehr. Heute nutzt die SPD/Grünen-Regierung die Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag der Befreiung, um im Namen der „Verantwortung der Deutschen“ für Weltkrieg und Holocaust die Interessen des deutschen Imperialismus voranzutreiben. Schon 1999 musste „Nie wieder Auschwitz!“ als Schlachtruf im Krieg gegen Serbien erhalten, um den ersten Kriegeinsatz der Bundeswehr seit Ende des Zweiten Weltkriegs ideologisch zu rechtfertigen. Nur eine erfolgreiche Arbeiterrevolution wird die Opfer des Holocaust rächen. Dazu ist es notwendig, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen, die sich jeder Form von Unterdrückung entgegenstellt. ■

SPARTAKIST

Kirchen, NGOs und CIA-Kohle Sozialforen – ein Schwindel

Nachfolgend drucken wir die Übersetzung eines Artikels aus Workers Hammers Nr. 191, Sommer 2005, ab.

Wenn die Kampagne „Make Poverty History“ [Lasst Armut Geschichte sein] tatsächlich irgend etwas damit zu tun hätte, gegen die Geißel von Armut, AIDS, Analphabetentum sowie allseitiges Elend und Mittellosigkeit der Völker

Spartakist-Jugend

Afrikas anzugehen, würde sie dann von Tony Blair und Gordon Brown unterstützt werden? Diese Irak-Schlächter versuchen, Labours Popularität bei den Wählern zu Hause wiederherzustellen und das Ansehen des blutgetränkten britischen Imperialismus aufzupolieren. Hinter ihnen steht ein ganzer Klüngel von Prominenten, religiösen Wohltätigkeitsvereinen, NGOs [Nichtregierungsorganisationen], Gewerkschaftsbürokraten und Reformisten wie der Socialist Workers Party (SWP, in Deutschland Linksruck), die den Schwindel „Make Poverty History“ unterstützen.

Nicht jeder lässt sich von Tony Blairs und Gordon Browns neu entdeckter Sorge um die Belange der Armen übertölpeln. In einem Brief an den Glasgower *Herald* (6. Juni) gibt es die trockene Bemerkung: „Gordon Browns Ernsthaftigkeit über die Ausmerzungen der Armut ist so ernsthaft wie und direkt proportional zu seiner Bereitschaft, eine Demonstration von Bankiers, Finanziers und Aktienhändlern durch die Straßen von Edinburgh zu führen mit einem Banner ‚Lang lebe die Kubanische Revolution!‘“. Was imperia-

listische Heuchelei über Hilfe für die „Dritte Welt“ angeht, so finden wir gut, wie Engels 1845 bürgerliche Wohltätigkeit charakterisiert hat. An die englische Bourgeoisie gerichtet schrieb er: „Als ob dem Proletarier damit gedient wäre, daß ihr ihn erst bis aufs Blut aussaugt, um nachher eure selbstgefälligen, pharisäischen Wohltätigkeitskitzel an ihm üben zu können und vor der Welt als gewaltige Wohltäter der Menschheit dazustehen, wenn ihr dem Ausgesogenen den hundertsten Teil dessen wiedergibt, was ihm zukommt!“ (*Die Lage der arbeitenden Klasse in England*). Die arbeitenden Massen und Unterdrückten der Welt „bis aufs Blut aussaugen“ ist genau das, wofür es bei den G8 geht.

Für diejenigen, die gegen das G8-Treffen protestieren wollen, sich aber nicht dem Wanderzirkus „We are the world“ anschließen möchten, gibt es die eiserne Faust staatlicher Repression. Monatelang haben die Boulevardpresse und andere Medien die Schauergeschichten der Polizei von „gewalttätigen“ Anarchisten, die den G8-Gipfel angreifen, nachgeplappert. Eine Armee von 10000 Bullen wurde mobilisiert; ein fünf Meilen langer Zaun wurde errichtet um das Fünf-Sterne-Hotel in Gleneagles, wo das Treffen stattfinden wird; und es wurde berichtet, dass die USA einen Flugzeugträger voller Marines vor der Westküste Schottlands stationieren.

Das sind die Methoden, wie die kapitalistischen Herrscher mit jedem Protest, der ihrer Meinung nach gegen ihre Herrschaft gerichtet ist, umzugehen pflegen: staatliche Repression einerseits und politische Übernahme andererseits.

Fortgesetzt auf Seite 11

WSF-Lösung: „Eine andere Welt ist möglich“. Aber wessen Welt? Hier sind einige der Agenturen, von denen die Sozialforen gesponsert und finanziert wurden